



Bericht des Regierungsrats an den
Grossen Rat zum Controlling der Wach-
stumsstrategie (2004 und version 2007)
sowie zur Strategie für eine differenzierte
Stärkung des ländlichen Raums (2005)

RRB 0039 vom 13. Januar 2010

Controllingbericht zur Wachstumsstrategie

Bezugsadresse:

beco Berner Wirtschaft
Münsterplatz 3
3011 Bern
031 633 45 34
info.beco@vol.be.ch

oder elektronisch unter www.be.ch/wachstumsstrategie

© beco 2010: Abdruck mit Quellenangaben erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

Der Kanton Bern macht vorwärts!	4
Auf einen Blick	5
1. Antrag	7
2. Ausgangslage und Auftrag	7
3. Wirtschaftslage	8
4. Wirtschafts- und Wachstumspolitik	12
4.1. Wachstumspolitik Bund	13
4.2. Wachstumspolitik in den Kantonen	14
5. Kanton Bern: Wachstumspolitik als Teil der Regierungspolitik	15
5.1. Regierungsrichtlinien	15
5.2. wachstumsstrategie version 2007	16
6. Controlling wachstumsstrategie version 2007	18
6.1. Übersicht	18
6.2. Ergebnisse der 30 Massnahmen	21
6.2.1. Handlungsfeld Bildung, Innovation und Wirtschaft	21
6.2.2. Handlungsfeld Finanzen und Leistungen	33
6.2.3. Handlungsfeld Raumentwicklung und Gesamtmobilität	37
6.2.4. Handlungsfeld «Marke Kanton Bern»	46
7. Controlling der Wachstumsstrategie 2004 und der Strategie ländlicher Raum	51
7.1. Wachstumsstrategie 2004	51
7.2. Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums	51
8. Planungserklärungen	51
9. Ausblick	52
Anhang 1: Massnahmen wachstumsstrategie version 2007	54
Anhang 2: Massnahmen Wachstumsstrategie 2004	84
Anhang 3: Massnahmen der Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums	91
Anhang 4: Planungserklärungen	112

Der Kanton Bern macht vorwärts!

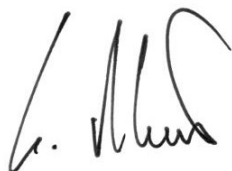
Im April 2007 hat der Regierungsrat seine wachstumsstrategie version 2007 unter dem Titel «Der Kanton Bern macht vorwärts!» publiziert. Heute dürfen wir feststellen: Den Worten sind effektiv Taten gefolgt.

Der vorliegende Controllingbericht zeigt: Wir haben wichtige Etappen erreicht. Der Kanton Bern verfügt über ein modernes Bildungsangebot. Dies versetzt die Bevölkerung in die Lage, in einer globalisierten Wirtschaft mitzuhalten. Unsere Verkehrsinfrastruktur wird zielgerichtet ausgebaut. Damit wird der Wirtschaft ein wichtiger Standortvorteil bereitgestellt. Wir passen unsere Strukturen konsequent den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts an: bei der Verwaltungsorganisation, der interkommunalen Zusammenarbeit oder im Tourismus. Mit den erfolgreichen Durchführungen der EURO 08 und der Eishockey-WM 2009 haben wir unsere Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und sowohl national wie auch international an Profil gewonnen.

Eine aktive Wirtschaftspolitik, die unsere Wirtschaftskraft stärkt, ist eine Daueraufgabe. An dieser Daueraufgabe müssen wir beharrlich weiterarbeiten, auch wenn uns in der Wirtschaftspolitik zurzeit andere Fragen beschäftigen: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich stark auf die Berner Wirtschaft aus. Die Bewältigung der Folgen dieser Krise, vor allem die steigende Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Betroffenen wie auch die Erhaltung der finanzpolitischen Solidität, fordern uns und binden unsere Kräfte.

Eine langfristig orientierte, nachhaltige und zielgerichtete Wachstumspolitik wird auch in der nächsten Legislatur ein zentrales Thema bleiben, damit der Kanton Bern als Wirtschafts- und Wohnstandort attraktiv bleibt.

Regierungsrat Andreas Rickenbacher



Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern

Bern, 13. Januar 2010

Auf einen Blick

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2007 die wachstumsstrategie version 2007 zur Kenntnis genommen. Teil dieser Strategie war der Controllingbericht zur Wachstumsstrategie 2004 und zur Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums. Der Grosse Rat erteilte dem Regierungsrat den Auftrag, einen weiteren Controllingbericht mit Sticht datum 31. Dezember 2009 vorzulegen.

Die wachstumsstrategie version 2007 beinhaltet vier Handlungsfelder: «Bildung, Innovation und Wirtschaft», «Finanzen und Leistungen», «Raumentwicklung und Gesamtmobilität» und «Marke Kanton Bern» sowie 30 einzelne Massnahmen. Die Beurteilung der Wachstumsstrategie misst sich am Stand der Umsetzung dieser Massnahmen.

- Bei neun Massnahmen wurden die Meilensteine erreicht. Als Massnahmen der wachstumsstrategie 2007 sind sie deshalb abgeschlossen. Es handelt sich aber jeweils um eine **Daueraufgabe**, die über das Jahr 2009 hinaus weitergeführt wird.
- 17 Massnahmen haben einen Zeithorizont, der über das Jahr 2009 hinausgeht. Die anvisierten Meilensteine wurden erreicht oder zumindest teilweise erreicht, d.h. die Massnahmen sind **auf Kurs**, aber nicht abgeschlossen.
- Zwei Massnahmen mit Projektcharakter waren bis Ende 2009 **beendet**.
- Eine Massnahme ist **vorläufig sistiert**.
- Eine Massnahme wurde **abgebrochen**.

In den vier Handlungsfeldern wurde mit der Wachstumsstrategie (2004 und version 2007) Folgendes erreicht:

Bildung, Innovation und Wirtschaft: Der Kanton Bern hat sein Bildungsangebot auf allen Stufen konsequent auf die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtet. Die Integration in der Schule und im Arbeitsmarkt wird unterstützt und gefördert. Mit dem deutlichen Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Weitergeführt und ausgebaut wird ebenfalls der Wissens- und Technologietransfer.

Finanzen und Leistungen: Positive Rechnungsabschlüsse in den Jahren 2004 bis 2008, ein substanzieller Schuldenabbau und Steuerentlastungen für Familien und den Mittelstand prägten die Finanz- und Steuerpolitik der vergangenen Jahre. Trotz der raschen Verschlechterung der Finanzlage im Jahr 2009 als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die erhöhte Investitionstätigkeit, soweit finanzpolitisch möglich, weitergeführt.

Raumentwicklung und Gesamtmobilität: Mit den Agglomerationsprogrammen sind die Grundlagen geschaffen worden für die notwendige Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Mobilität. Die vom Regierungsrat verabschiedete Gesamtmobilitätsstrategie definiert die Leitplanken für ein gut funktionierendes, umweltverträgliches Mobilitätssystem. Grosse Infrastrukturvorhaben wurden realisiert oder befinden sich im Bau. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Strassengesetzes wird das Strassenbauprogramm durch den neuen Strassennetzplan abgelöst. Das neue langfristige Planungsinstrument wird eine bessere auf die Raumentwicklung abgestimmte Planung der Strasseninfrastruktur ermöglichen. Mit den neuen Regionalkonferenzen wurden Strukturen geschaffen, um interkommunale Aufgaben künftig gemeinsam und verbindlich zu lösen.

«Marke Kanton Bern»: Die Bernerinnen und Berner stellen ihre Stärken nicht gerne in den Vordergrund. Grosse Veranstaltungen wie die EURO 08, aber auch gezielte Aktivitäten zur Positionierung des Wirtschafts-, Wohn- und Kulturstandorts Kanton Bern leisteten einen Beitrag für eine bessere Profilierung.

Die Strategie zur Stärkung des ländlichen Raums ist einerseits in das kantonale Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) eingeflossen. Andererseits handelt es sich um grössere Infrastrukturvorhaben, die dem Grossen Rat einzeln vorgelegt werden.

Der vorliegende Controllingbericht schliesst die Berichterstattung zur Umsetzung der wachstumsstrategie version 2007, der Wachstumsstrategie 2004 und der Strategie für eine differenzierten Stärkung des ländlichen Raums in der bisherigen Form ab. Die Berichterstattung wird einerseits in den regelmässigen Berichterstattungen des Regierungsrats weitergeführt werden (z.B. Controllingbericht zum Richtplan Bildungsstrategie). Andererseits lassen sich einzelne Projekte anhand der Geschäftsberichte der Direktionen weiter verfolgen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen und eine nachhaltige Wachstumspolitik bleiben Daueraufgaben. Der Regierungsrat wird im Laufe des Jahres 2010 die notwendigen Arbeiten aufnehmen und seine neue Strategie voraussichtlich im Jahr 2011 dem Grossen Rat vorlegen. In diese Arbeiten einfließen werden die Richtlinien der Regierungspolitik 2010 bis 2014 und die Wirtschafts- und Wachstumspolitik des Bundes.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, vom Bericht «Controlling wachstumsstrategie version 2007» Kenntnis zu nehmen.

1. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat vom Bericht «Controlling wachstumsstrategie version 2007» Kenntnis zu nehmen¹.

Bern, 13. Januar 2010

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: *Käser*

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

2. Ausgangslage und Auftrag

Wachstumspolitik ist langfristig ausgerichtet und will die Rahmenbedingungen und das Entwicklungspotenzial eines Standorts dauerhaft verbessern. Wirtschaftswachstum ist aber nicht Selbstzweck, sondern Grundlage für Beschäftigung, Einkommen und Lebensqualität.

Im April 2007 hat der Regierungsrat die wachstumsstrategie version 2007² mit 30 Massnahmen aus den Handlungsfeldern «Bildung, Innovation und Wirtschaft», «Finanzen und Leistungen», «Raumentwicklung und Gesamtmobilität» sowie «Marke Kanton Bern» vorgestellt. Sie enthielt ebenfalls den Controllingbericht 2006 zur Wachstumsstrategie 2004 und zur Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums (Strategie ländlicher Raum). Der Grosse Rat hat in der Junisession 2007 diesen Bericht zur Kenntnis genommen, verschiedene Planungserklärungen überwiesen und den Auftrag erteilt, einen Controllingbericht mit Stichdatum 31. Dezember 2009 vorzulegen. Mit dem vorliegenden Bericht kommt der Regierungsrat diesem Auftrag nach.

Von der längerfristigen Wachstumspolitik sind konjunkturelle Massnahmen zu unterscheiden. Diese haben eine kurzfristige Orientierung, sollen Schwankungen in der Wirtschaftsentwicklung ausgleichen und die Folgen einer Rezession dämpfen. Der vorliegende Bericht geht daher nicht auf die kurzfristigen Massnahmen ein, die 2008 und 2009 aufgrund der schlechten Konjunktur ergriffen worden sind. Eine Zusammenstellung der bisher ergriffenen Massnahmen findet sich im Vortrag zum Voranschlag 2010.

Weitere Informationen: www.fin.be.ch → Finanzplanung → Voranschlag und Aufgaben-/Finanzplan für 2010.

¹ Kenntnisnahme gemäss Art. 61 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. November 1988 über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21)

² RRB Nr. 0619 vom 4. April 2007, Controlling der Wachstumsstrategie und der Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums: Genehmigung und Antrag an den Grossen Rat

3. Wirtschaftslage

Bevor auf das Controlling eingegangen wird, ist kurz die wirtschaftliche Lage des Kantons Bern darzustellen. Ausführliche Zahlen publiziert das beco Berner Wirtschaft alle zwei Jahre, letztmals im März 2009 (Bericht zur Wirtschaftslage, Daten und Fakten zur wirtschaftlichen Situation im Kanton Bern).

Weitere Informationen: www.be.ch/wirtschaftsdaten

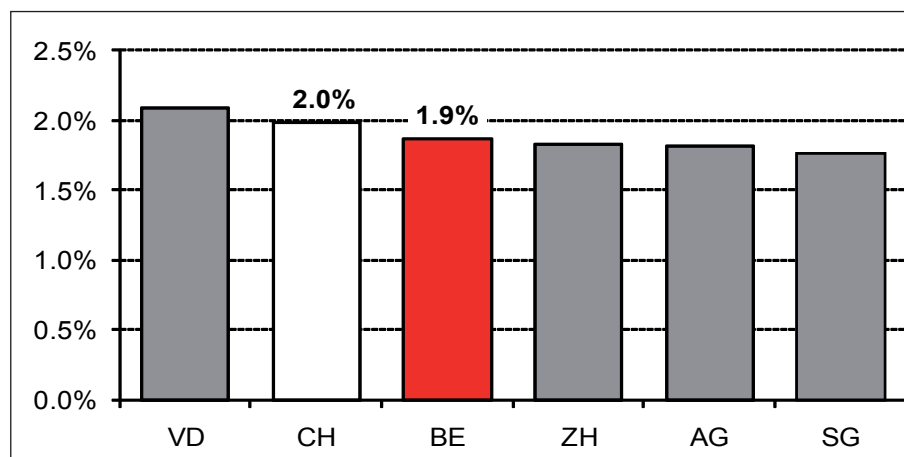
Die wirtschaftliche Lage des Kantons Bern wird massgeblich durch die internationale und nationale Entwicklung bestimmt. Der Einfluss einzelner wachstumspolitischer Massnahmen lässt sich nicht ermitteln. Volkswirtschaftliche Kennzahlen sind keine geeigneten Indikatoren, um die Ergebnisse der wachstumsstrategie version 2007 zu beurteilen. In Kapitel 6 wird deshalb die Umsetzung der Massnahmen ohne Bezug auf die volkswirtschaftlichen Kennzahlen dargestellt.

Der Kanton Bern ist der zweitgrösste Kanton der Schweiz in Bezug auf Fläche, Bevölkerung, Anzahl Arbeitsplätze und Anzahl Betriebe. Topografie, Regionalstruktur und Branchenstruktur prägen die wirtschaftliche Lage sowie den Arbeitsmarkt und somit die Wirtschaftsentwicklung. In Phasen des Konjunkturaufschwungs bewegt sich das Wirtschaftswachstum tendenziell unter dem Schweizer Wachstum. Während einer rezessiven Phase liegt das Wachstum erfahrungsgemäss über dem Schweizer Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit im Kanton Bern liegt strukturell bedingt tiefer als die schweizerische Quote. Bei wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen tendiert der Kanton Bern aufgrund seiner Grösse und seiner Struktur zum Schweizer Durchschnitt.

Referenz für den Kanton Bern sind die Kennzahlen jener Kantone, die in Bezug auf Bevölkerungszahl und Arbeitsplätze sowie in Bezug auf das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen vergleichbar sind, d.h. die Kantone Zürich, Waadt, Aargau und St. Gallen (im Folgenden Vergleichskantone genannt).

Beim Bruttoinlandprodukt (BIP), der wohl wichtigsten wirtschaftlichen Kenngrösse, steht der Kanton Bern gut da. In den vergangenen 10 Jahren hat sich das BIP des Kantons Bern im Trend wie das BIP der Schweiz und der Vergleichskantone folgendermassen entwickelt:

Abb. 1 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des realen BIP, 1998-2008



Die Zahlen für 2008 sind provisorisch

Quelle: BAKBASEL

Das jahresdurchschnittliche Wachstum weist die entsprechenden Wachstumszahlen bei konstantem Wirtschaftswachstums aus. Gesamthaft ist das BIP in den Jahren 1998 bis 2008 um 20.3 Prozent gestiegen.

Eine Detailanalyse zeigt, dass die durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP pro Kopf in den vergangenen 10 Jahren im Kanton Bern 1.6 Prozent, im schweizerischen Durchschnitt 1.3 Prozent betrug.

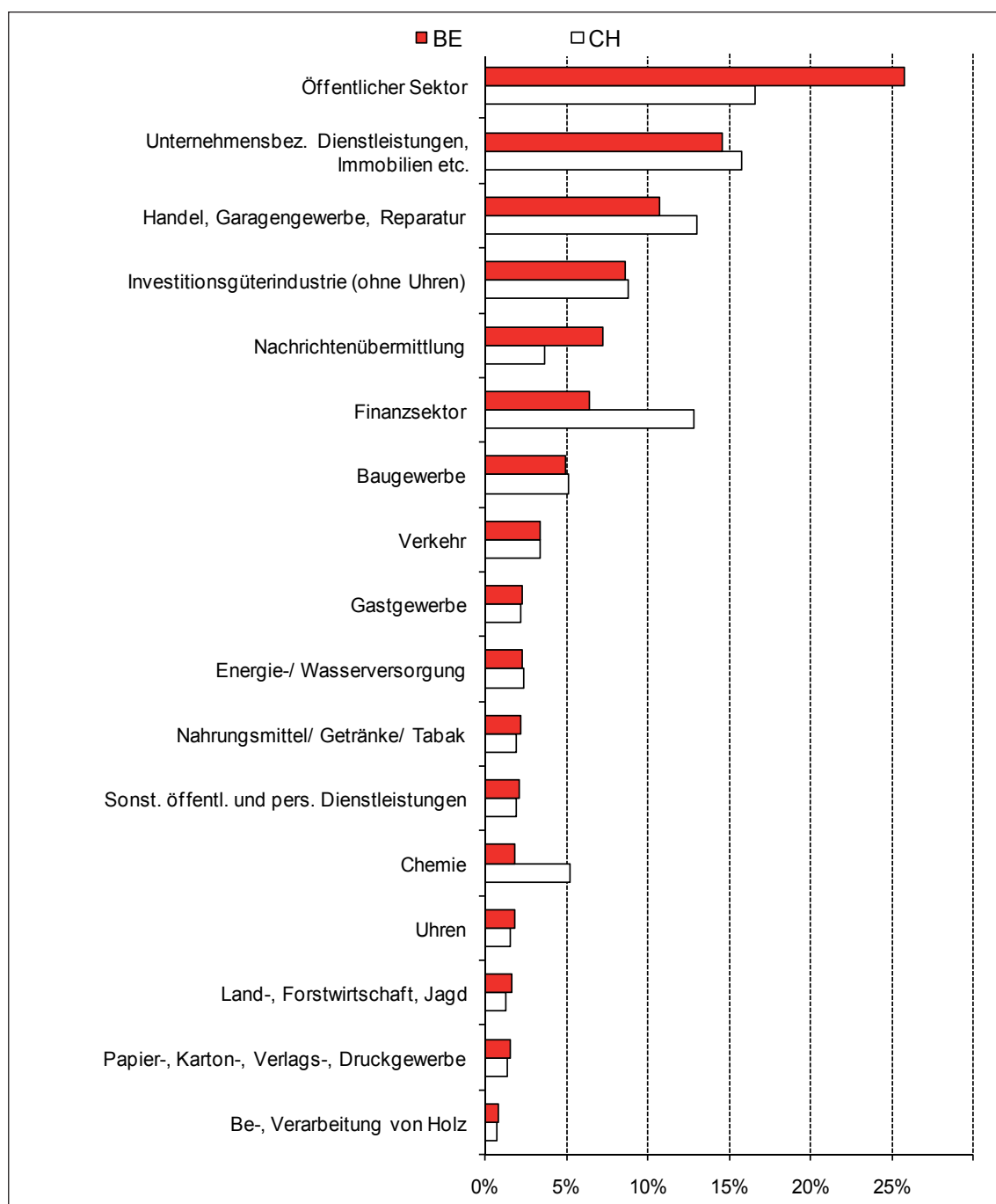
Beim Ressourcenindex, der das Ressourcenpotenzial pro Einwohner eines Kantons misst, hat sich der Kanton Bern zwischen 2008 und 2009 von allen Kantonen nach Zürich am meisten verbessert und liegt neu auf dem 7. Rang.

Im Kanton Bern gingen 2008 rund 590'000 Personen einer Erwerbstätigkeit nach, was einer Erwerbsquote von über 80 Prozent entspricht. Davon waren im 1. Sektor 6 Prozent, im 2. Sektor 22 Prozent und im 3. Sektor 72 Prozent erwerbstätig.

Die Arbeitslosenquote lag 2009 mit 2.6 Prozent unter dem nationalen Durchschnitt von 3.7 Prozent. In den vergangenen zwölf Monaten mit stark steigenden Arbeitslosenzahlen lag der Kanton Bern jeweils rund ein Prozentpunkt unter dem gesamtschweizerischen Wert und auch unter den Arbeitslosenquoten der Vergleichskantone.

Die wirtschaftliche Situation des Kantons Bern ist vor allem das Resultat der Branchenstruktur. Im kantonalen Vergleich sind die Landwirtschaft und der öffentliche Sektor überdurchschnittlich vertreten. Ansonsten entspricht die Branchenstruktur in etwa dem schweizerischen Durchschnitt.

Abb. 2 Anteile der Branchen am BIP (real)

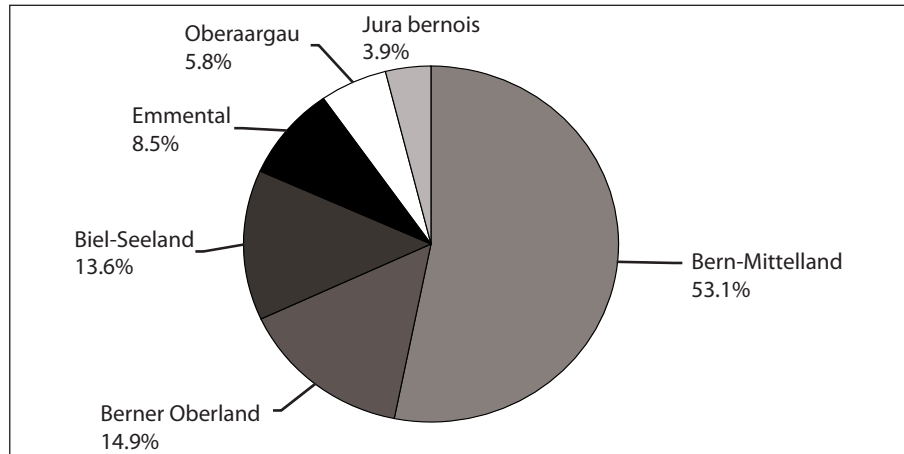


Zahlen 2008; provisorische Werte

Quelle: BAKBASEL

Die einzelnen Branchen haben regionale Schwerpunkte. Die Region Bern-Mittelland bildet das Dienstleistungszentrum. Im Berner Oberland ist der Tourismus der wichtigste Wirtschaftszweig. Charakteristisch für die Regionen Oberraargau, Berner Jura und Seeland sind die Investitionsgüter- und die Präzisionsindustrie. Die Heterogenität des Wirtschaftsgebiets widerspiegelt sich in regional unterschiedlichen wirtschaftlichen Kennzahlen.

Abb. 3 Anteile der Wirtschaftsregionen am kantonalen BIP (real)



Zahlen für 2008, provisorische Werte; die Abweichung zu 100% beruht auf Rundungsdifferenzen

Quelle: BAKBASEL

Aufgrund seiner Topografie, seiner Branchen- und seiner Regionalstruktur wird der Kanton Bern kaum je einen Spitzenrang in Bezug auf die Wirtschaftskraft erreichen. Die Grösse des Kantons lässt vorhandene Stärken in einzelnen Regionen (z.B. in Bern-Mittelland) weniger sichtbar werden und verstärkt die Tendenz zum schweizerischen Durchschnitt. Der Hauptgrund für die durchschnittliche Wirtschaftsleistung ergibt sich deshalb nicht aus (falschem) wirtschaftspolitischen Handeln, sondern aufgrund der strukturellen Ausgangslage.

4. Wirtschafts- und Wachstumspolitik

Der Bund und verschiedene Kantone haben in den letzten Jahren eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik entwickelt, die darauf angelegt war, die Standortqualität zu verbessern sowie das Potenzial für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auszubauen und soweit möglich auszuschöpfen.

Massnahmen setzen jeweils bei wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern an. In einer Reihe von Handlungsfeldern bestimmt der Bund ausschliesslich die politische Stossrichtung. Dazu gehören die Aussenwirtschafts-, die Wettbewerbs- und die Geldpolitik. Zahlreiche wirtschaftspolitische Handlungsfelder fallen in den gemeinsamen Gestaltungsbereich von Bund und Kantonen. In einzelnen Bereichen liegen die Kompetenzen bei den Kantonen.

Abb. 4 Wirtschaftspolitische Handlungsfelder



Quelle: Eigene Darstellung

4.1. Wachstumspolitik Bund

Der Anlass für eine nationale Wachstumspolitik bildete die schlechte Wirtschaftsentwicklung in den Neunzigerjahren. Die Schweiz wies über längere Zeit eine der tiefsten Wachstumsraten der OECD-Länder aus.

Kernstück des Wachstumspakets der Legislaturperiode 2004 bis 2007 waren 19 Massnahmen, die für das Wachstumspotenzial der Schweizer Wirtschaft als wichtig erachtet wurden³.

Folgende Massnahmen sind vollständig realisiert:

- Binnenmarktgesetz
- Agrarpolitik 2011
- Dienstleistungsbericht
- Ausweitung der Personenfreizügigkeit
- Mehrwertsteuer-Bericht
- strukturelles Defizit/Staatsquote
- administrative Entlastung
- Bericht über Tertiärbildung
- Corporate Governance
- Reform der Ehepaarbesteuerung (Sofortmassnahmen).

Bei folgenden Massnahmen bestehen Verspätungen bzw. sind noch Fragen offen:

- Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen
- Krankenversicherungsgesetz
- Stromversorgungsgesetz
- Unternehmensbesteuerung
- Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer
- Invalidenversicherung
- Bericht über die Weiterbildung
- wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Trust, Lex Koller, Immobilien, Patente)
- Revision des Gesetzes über die technischen Handelshemmnisse.

3 EVD-Wachstumsbericht 2002: «Der Wachstumsbericht: Determinanten des Schweizer Wirtschaftswachstums und Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik»

Im Frühling 2008 hat der Bundesrat die Stossrichtungen und Massnahmen der Wachstumspolitik 2008-2011 vorgestellt⁴. Anders als beim ersten Massnahmenpaket soll sich die Wachstumspolitik 2008 bis 2011 nicht mehr auf Massnahmen beschränken, die der Bund selbst umsetzen kann. Vielmehr sollen neben den innenpolitischen Bundesaktivitäten auch die aussenpolitischen Verhandlungen sowie die Aktivitäten der Kantone einbezogen werden. Das Konzept sieht deshalb vor, dass die schweizerische Wachstumspolitik drei Agenden umfasst:

- Die erste Agenda beinhaltet, was der Bund selber umsetzen kann.
- Die zweite Agenda umfasst die Verhandlungen im Bereich der Aussenwirtschaft. Hier kann der Bund nicht, oder jedenfalls nicht allein, für die Termine und Inhalte die Verantwortung übernehmen.
- Die dritte Agenda enthält, was die Kantone zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz beitragen können.

Die beiden Agenden des Bundes konzentrieren sich auf folgende drei Stossrichtungen:

- Hohes Kostenniveau senken durch Massnahmen, die darauf abzielen, den Wettbewerb im Binnenmarkt zu stärken, unter anderem durch vermehrte Importkonkurrenz.
- Unternehmensstandort aufwerten durch Massnahmen zur Sicherung des Marktzugangs im Ausland, zu einem guten Preis-/Leistungsverhältnis bei den Infrastrukturen, zur Verbesserung des Fiskalklimas und zur Schaffung eines unternehmensfreundlichen Rechtsrahmens.
- Lohnende Erwerbsbeteiligung gewährleisten durch Massnahmen, dank denen das nationale und internationale Arbeitskräftepotenzial genutzt werden kann und mit denen die individuellen beruflichen Fähigkeiten, das Humankapital, gefördert werden können.

Weitere Informationen: www.seco.admin.ch → Strukturanalysen und Wirtschaftswachstum

4.2. Wachstumspolitik in den Kantonen

Wachstumspolitik fällt auch in den Gestaltungsspielraum der Kantone. Deshalb haben verschiedene Kantone in den vergangenen Jahren eine eigene Wachstumspolitik definiert und diese als Teil der Legislaturziele⁵ oder als eigenständige Strategiekonzepte⁶ kommuniziert.

Die Legislaturprogramme und Wirtschaftsstrategien der Kantone setzen alle mit jeweils individuellen Prioritäten bei den Handlungsfeldern Verkehrsinfrastrukturen, Bildung und Innovation sowie bei der Raumplanung an. Massnahmen sind auch vorgesehen in den Bereichen Steuern, Standortpromotion, Dienstleistungsorientierung der Verwaltung sowie effiziente Verfahren und Vorschriften. Bei diesen Handlungsfeldern setzt auch die Wachstumspolitik des Kantons Bern an.

Weitere Informationen: www.vdk.ch → VDK → Wachstumspolitik

4 Wachstumspolitik 2008-2011: Massnahmen zur weiteren Stärkung des Schweizer Wirtschaftswachstums; Bericht in Erfüllung der Motion 01.3089: «Wachstumspolitik: Sieben Massnahmen»; vom Bundesrat am 2. April 2008 gutgeheissen

5 Basel-Landschaft, Luzern, Neuchâtel, Thurgau, Tessin, Uri, Zug, Zürich

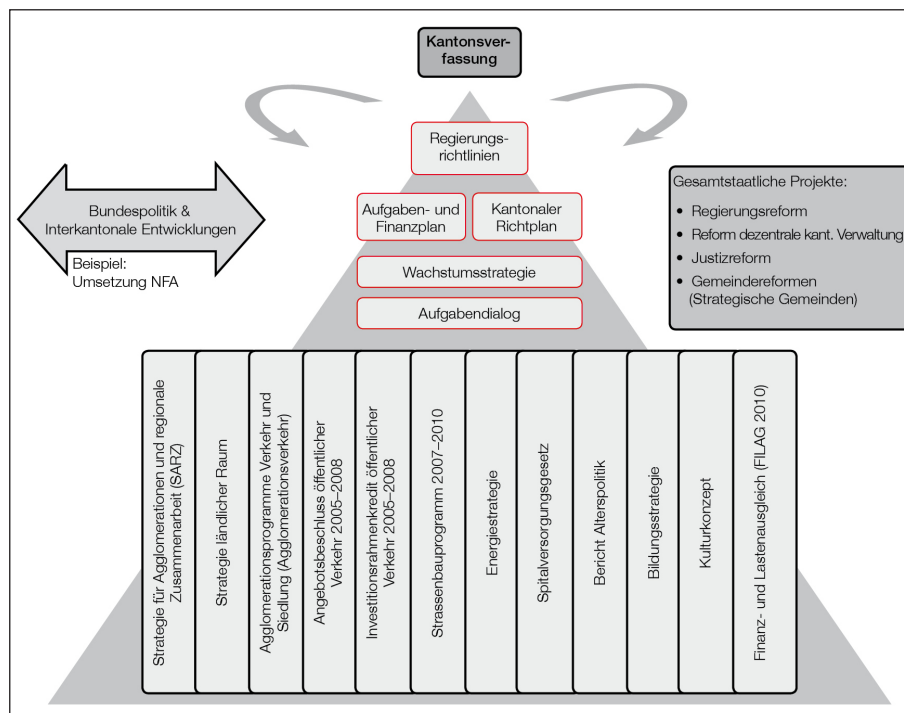
6 Aargau, Basel-Stadt, Bern, Glarus, Jura, Schwyz, St. Gallen

5. Kanton Bern: Wachstumspolitik als Teil der Regierungspolitik

5.1. Regierungsrichtlinien

Die Wachstumspolitik bildet ein zentrales Element der Wirtschaftspolitik des Regierungsrats. Der Prozess der politischen Gesamtplanung ist komplex. Aufgrund unterschiedlicher Zeithorizonte und gegenseitiger Abhängigkeiten kann die Gesamtplanung nicht übergeordnet bestimmen und steuern, sondern berücksichtigt und integriert bestehende Konzepte und Strategien in einzelnen Politikbereichen.

Abb. 5 Strategisches Umfeld im Jahr 2007



Quelle: eigene Darstellung

Die Richtlinien der Regierungspolitik 2007–2010 stehen unter der Grundmaxime «Nachhaltige Entwicklung stärken»: Die Politik des Regierungsrats orientiert sich in allen Bereichen an den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung. Es geht dabei um positive Impulse für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die gesellschaftliche Solidarität und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Zur Verwirklichung dieser Grundmaximen bildete der Regierungsrat folgende Schwerpunkte:

- **Innovation:** Es wird ein innovationsfreundliches Umfeld geschaffen durch geeignete Rahmenbedingungen, unter anderem durch die Optimierung des Wissensaustausches zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Potenziale der Regionen werden gestärkt.
- **Zuverlässige und stabile Finanzpolitik:** Die zuverlässige und stabile Finanzpolitik wird fortgesetzt. Die Entschuldung wird weitergeführt, damit finanzpolitischer Spielraum entsteht.
- **Zusammenhalt:** Der Zusammenhalt im Kanton Bern wird gestärkt.
- **Raumentwicklung und Gesamtmobilität:** Raumentwicklung und Gesamtmobilität werden aufeinander abgestimmt.
- **Gesellschaftspolitik:** Die selbst bestimmte Lebensgestaltung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die soziale Integration werden gefördert.
- **Energiepolitik:** Mit einer vorausschauenden Energiepolitik wird ein Beitrag an den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und an einen attraktiven Wirtschaftsstandort Kanton Bern geleistet.

5.2. wachstumsstrategie version 2007

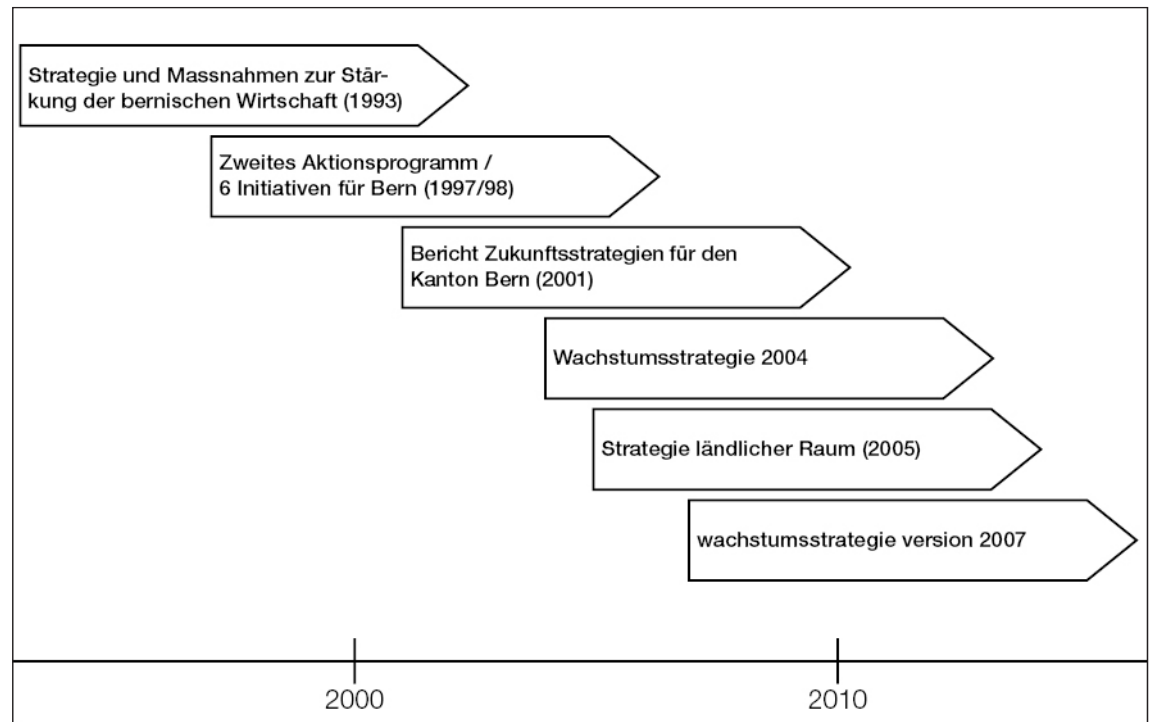
Die wachstumsstrategie version 2007⁷ hat folgende drei Stossrichtungen:

- **Wirtschaftsstandort stärken:** Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Hauptverkehrsachsen «Bern-Burgdorf-Langenthal» und «Thun-Bern-Biel-Moutier» stärken.
- **Wohnstandort fördern:** Mit planerischen Massnahmen und einer gezielten Vermarktung den Kanton Bern als Wohnstandort fördern.
- **Leistungsfähigkeit sichern:** Entschuldung weiterführen, staatliche Aufgaben fokussieren und Handlungsspielraum für neue Herausforderungen schaffen.

7 «wachstumsstrategie version 2007»; Controllingbericht 2006 zur Wachstumsstrategie 2004 und zur Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums; Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 4. April 2007; vom Grossen Rat am 14. Juni 2007 zur Kenntnis genommen

30 Massnahmen konkretisieren diese drei Stossrichtungen. Die wachstumsstrategie version 2007 basiert auf Vorgänger-Strategien, die in die Neunzigerjahre zurückreichen:

Abb. 6 Meilensteine der Wachstumspolitik



Quelle: Eigene Darstellung

Bereits in den Neunzigerjahren hat der Kanton Bern eine wirtschaftspolitische Strategie für mehr Wachstum unter dem Titel «Strategien und Massnahmen zur Stärkung der bernischen Wirtschaftskraft»⁸ formuliert (mit einem Umsetzungsprogramm 1993-1994 sowie einem zweiten Aktionsprogramm 1997-1998). Im Jahr 2001 folgte der Bericht «Zukunftsstrategien für den Kanton Bern» des Wirtschaftsrats. Die Wachstumsstrategie 2004⁹ nahm die Empfehlungen des Wirtschaftsrats auf und entwickelte diese weiter. Als Ergänzung zur Wachstumsstrategie 2004 und als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Pro Regio: gleiche Chancen für alle Regionen» hat der Regierungsrat im Jahr 2005 seine Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums¹⁰ vorgelegt.

Die wachstumsstrategie version 2007 fügt sich somit ein in eine Reihe von wachstumspolitischen Strategien zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und der Standortattraktivität des Kantons Bern.

8 Strategien und Massnahmen zur Stärkung der bernischen Wirtschaftskraft; Bericht des Regierungsrats vom 10. Februar 1993
 9 Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie für den Kanton Bern; Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 11. Februar 2004
 10 Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums; Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 19. Oktober 2005; vom Grossen Rat am 2. Februar 2006 zustimmend zur Kenntnis genommen

6. Controlling wachstumsstrategie version 2007

6.1. Übersicht

Die wachstumsstrategie version 2007 setzt mit ihren Massnahmen dort an, wo der Kanton selber die Rahmenbedingungen und die Standortqualität verbessern kann. Die Beurteilung der wachstumsstrategie version 2007 muss sich deshalb an den pro Massnahmen ausgelösten Aktivitäten und den bisher realisierten Ergebnissen messen. Bei den einzelnen Massnahmen handelt es sich teilweise um Daueraufgaben, teilweise um Projekte. Bei allen Massnahmen waren im Rahmen der wachstumsstrategie version 2007 klar definierte Meilensteine zu erreichen.

Bei sämtlichen 30 Massnahmen aus den vier Handlungsfeldern «Bildung, Innovation und Wirtschaft», «Finanzen und Leistungen», «Raumentwicklung und Gesamtmobilität» sowie «Marke Kanton Bern» hat der Regierungsrat im Jahr 2007 die notwendigen Umsetzungsaufträge erteilt¹¹. Der Stand der Umsetzung präsentiert sich Ende 2009 wie folgt:

- Bei neun Massnahmen wurden die Meilensteine **erreicht**. Als Massnahmen der wachstumsstrategie 2007 sind sie deshalb abgeschlossen. Es handelt sich aber jeweils um eine **Daueraufgabe**, die über das Jahr 2009 hinaus weitergeführt wird.
- 17 Massnahmen haben einen Zeithorizont, der über das Jahr 2009 hinausgeht. Die anvisierten Meilensteine wurden erreicht oder zumindest teilweise erreicht, d.h. die Massnahmen sind **auf Kurs**, aber nicht abgeschlossen.
- Zwei Massnahmen mit Projektcharakter waren bis Ende 2009 **beendet**.
- Eine Massnahme ist **vorläufig sistiert**.
- Eine Massnahme wurde **abgebrochen**.

In den vier Handlungsfeldern wurde mit der Wachstumsstrategie (2004 und version 2007) Folgendes erreicht:

Bildung, Innovation und Wirtschaft: Der Kanton Bern hat sein Bildungsangebot auf allen Stufen konsequent auf die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtet. Die Integration in der Schule und im Arbeitsmarkt wird unterstützt und gefördert. Mit dem deutlichen Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Weitergeführt und ausgebaut wird ebenfalls der Wissens- und Technologietransfer.

Finanzen und Leistungen: Positive Rechnungsabschlüsse in den Jahren 2004 bis 2008, ein substanzieller Schuldenabbau und Steuerentlastungen für Familien und den Mittelstand prägten die Finanz- und Steuerpolitik der vergangenen Jahre. Trotz der raschen Verschlechterung der Finanzlage im Jahr 2009 als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die erhöhte Investitionstätigkeit, soweit finanzpolitisch möglich, weitergeführt.

11 RRB Nr. 1466 vom 29. August 2007; Controlling der Wachstumsstrategie und der Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums: Weiteres Vorgehen

Raumentwicklung und Gesamtmobilität: Mit den Agglomerationsprogrammen sind die Grundlagen geschaffen worden für die notwendige Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Mobilität. Die vom Regierungsrat verabschiedete Gesamtmobilitätsstrategie definiert die Leitplanken für ein gut funktionierendes, umweltverträgliches Mobilitätssystem. Grosse Infrastrukturvorhaben wurden realisiert oder befinden sich im Bau. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Strassengesetzes wird das Strassenbauprogramm durch den neuen Strassennetzplan abgelöst. Das neue langfristige Planungsinstrument wird eine bessere auf die Raumentwicklung abgestimmte Planung der Strasseninfrastruktur ermöglichen. Mit den neuen Regionalkonferenzen wurden Strukturen geschaffen, um interkommunale Aufgaben künftig gemeinsam und verbindlich zu lösen.

«**Marke Kanton Bern**»: Die Bernerinnen und Berner stellen ihre Stärken nicht gerne in den Vordergrund. Grosse Veranstaltungen wie die EURO 08, aber auch gezielte Aktivitäten zur Positionierung des Wirtschafts-, Wohn- und Kulturstandortes Kanton Bern leisteten einen Beitrag für eine bessere Profilierung.

Die kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen hat die wachstumsstrategie version 2007 sowie die Alterspolitik des Kantons Bern aus einer Gender- und Gleichstellungssicht analysiert¹². Sie bemängelt, dass die jeweiligen Ziele ohne vorangehende Analyse der Ausgangslage aus Gendersicht formuliert wurden. Positiv vermerkt sie die Massnahme «Beruf und Familie vereinbaren». Verschiedene Strategien des Regierungsrats stellen Anforderungen an die Bevölkerung. Eine Herausforderung der Zukunft werde sein, die verschiedenen Anforderungen aufeinander abzustimmen.

Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über den Umsetzungsstand der einzelnen Massnahmen und es wird angegeben, ob es sich um Projekte oder um Daueraufgaben handelt. Die Beurteilung «auf Kurs», «erreicht» und «Daueraufgabe» bedeutet Folgendes:

- «**erreicht**» heisst, dass die im Rahmen wachstumsstrategie version 2007 definierten Meilensteine abgeschlossen und die anvisierten Ergebnisse erreicht sind. Einige Massnahmen werden als Daueraufgabe im Rahmen des normalen Aufgabenvollzugs weitergeführt.
- «**auf Kurs**» bedeutet, dass wichtige Zwischenschritte erreicht sind, die Umsetzung der Massnahme gemäss wachstumsstrategie version 2007 aber weitergeht. Auch bei diesen Massnahmen handelt es sich teilweise um Daueraufgaben.

Der vorliegende Controllingbericht schliesst die Berichterstattung über die Umsetzung der wachstumsstrategie version 2007 in der bisherigen Form ab. Die Berichterstattung wird einerseits in den regelmässigen Berichterstattungen des Regierungsrats weitergeführt (z.B. Controllingbericht zum Richtplan Bildungsstrategie). Andererseits lassen sich einzelne Projekte anhand der Geschäftsberichte der Direktionen weiter verfolgen.

12 Analyse ausgewählter Aspekte von Wachstumsstrategie und Alterspolitik des Kantons Bern aus Gender- und Gleichstellungssicht im Auftrag der Kantonalen Fachkommission für Gleichstellungsfragen; Marianne Schär Moser, März 2009

Tab. 1 Stand der Umsetzung: Überblick

Nr.	Massnahme	Status	Daueraufgabe
Handlungsfeld Bildung, Innovation und Wirtschaft			
1	Gute Bildungsqualität anbieten	auf Kurs	X
2	Bildung und Wirtschaft vernetzen	erreicht	X
3	Berner Hochschulen als Standortfaktor positionieren	auf Kurs	X
4	Forschung und Entwicklung fördern	erreicht, abgeschlossen	
5	Medizinalstandort Bern stärken	auf Kurs	X
6	Familie und Beruf vereinbaren	auf Kurs	X
7	Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen	erreicht	X
8	Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern	erreicht	X
9	Internationales Schulangebot schaffen	auf Kurs	
10	Wettbewerbsfähige Tourismus-Destinationen fördern	auf Kurs	
11	Energieversorgung zukunftsfähig sicherstellen	auf Kurs	
12	Wirtschaft und Verwaltung – als Partner zusammenarbeiten	erreicht	X
Handlungsfeld Finanzen und Leistungen			
13	Leistungsprofil definieren	abgebrochen	
14	Immobilienmanagement aktivieren	auf Kurs	
15	Investitionen priorisieren	auf Kurs	
16	Steuern reformieren	erreicht	X
Handlungsfeld Raumentwicklung und Gesamtmobilität			
17	Agglomerationsprogramme – Verkehrs- und Siedlungsentwicklung abstimmen	erreicht	X
18	Gesamtheitliche Verkehrslösungen bieten	erreicht	X
19	Schiene, Strasse, Luft: Erreichbarkeit sichern	auf Kurs	X
20	Einbindung in nationalen Schienenverkehr verbessern	erreicht	X
21	Kantonale Raumplanung stärken – Umsetzung und Bewirtschaftung des kantonalen Richtplans	auf Kurs	X
22	Entwicklungsschwerpunkte – attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen (ESP)	auf Kurs	X
23	Kräfte konzentrieren – Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)	auf Kurs	
24	Berner Regionen stärken	auf Kurs	X
25	Strukturentwicklung in der Landwirtschaft begleiten	auf Kurs	X
Handlungsfeld «Marke Kanton Bern»			
26	Profil für den Kanton Bern schaffen	vorläufig sistiert	
27	Kanton Bern als Wohnstandort fördern	erreicht	X
28	Bundesstadt als politisches Entscheidzentrum vermarkten	auf Kurs	
29	EURO 08 – Bern wirkt Wunder	erreicht, abgeschlossen	
30	Kultur als Standortfaktor positionieren	auf Kurs	

6.2. Ergebnisse der 30 Massnahmen

Nachfolgend werden pro Massnahme die in der wachstumsstrategie version 2007 formulierten Ziele und die bisher erzielten Ergebnisse dargestellt.

Eine detaillierte Übersicht über den Umsetzungsstand und das weitere Vorgehen pro Massnahme finden sich in **Anhang 1**.

6.2.1. Handlungsfeld Bildung, Innovation und Wirtschaft

Massnahme 1: Gute Bildungsqualität anbieten

Federführung:

Erziehungsdirektion

Ziele:

Der Kanton Bern will ein qualitativ überdurchschnittliches Bildungssystem, das mit der Wissenschaft, der Arbeits- und Lebenswelt harmoniert.

Die Kinder und Jugendlichen im Kanton Bern sollen unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft, Sprache, Religion und Nationalität die gleichen schulischen Chancen erhalten.

Ergebnisse:

Mit dem Inkrafttreten des teilrevidierten Volksschulgesetzes per 1. August 2009 sind wichtige Meilensteine realisiert (z.B. neue Schulorganisation, flächendeckendes Angebot an Tagesschulen, Integration von Schülern mit besonderen Bedürfnissen in Regelklassen).

Weitere wichtige Anliegen (z.B. Französischunterricht ab dem 3. Schuljahr, flächendeckende Leistungstests) werden in die laufende Totalrevision des Volksschulgesetzes (geplantes Inkrafttreten: 1. August 2012) aufgenommen.

Weitere Informationen:

www.erz.ch → Fachportal Bildung → Bildungsstrategie

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 2: Bildung und Wirtschaft vernetzen

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Förderung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

Ergebnisse:

Der Schlussbericht der Strategiegruppe Innovation vom 27. April 2009 stellt fest: Der Wissens- und Technologietransfer funktioniert grundsätzlich gut. Sowohl die Hochschulen und Fachhochschulen als auch die Wirtschaft leisten gute Arbeit. Die Wirtschaftsförderung des Kantons Bern WFB hat einen Leistungsauftrag mit der Innovationsberatungsstelle innoBE AG im Bereich des Wissens- und Technologietransfers sowie in der Gründerberatung. Die Empfehlungen der Strategiegruppe Innovation sind in die neuen Leistungsaufträge der Universität Bern, der BFH sowie in die Leistungsvereinbarung mit der innoBE AG eingeflossen.

Weitere Informationen:

www.be.ch/wachstumsstrategie

Status:

Die Ziele sind mit dem Schlussbericht der Strategiegruppe Innovation erreicht. Bildung und Wirtschaft zu vernetzen, bleibt eine Daueraufgabe.

Massnahme 3: Berner Hochschulen als Standortfaktor positionieren

Federführung:

Erziehungsdirektion

Ziele:

Der Kanton Bern will mit einer hohen Qualität der Hochschulen seine Zukunft als Bildungs- und Wissensstandort sichern. Dies führt zu einer Stärkung des Innovations- und Wirtschaftsstandorts.

Der Regierungsrat setzt dafür mit seinen Leistungsaufträgen an die Hochschulen optimale Rahmenbedingungen.

Die Hochschulen erhalten für die Umsetzung ihrer Aufträge genügend Spielraum.

Ergebnisse:

Mit der geplanten Teilrevision des Universitätsgesetzes mit gleichzeitiger indirekter Anpassung des Fachhochschulgesetzes sowie des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Bern (PHB) sollen die Berner Hochschulen in die Lage versetzt werden, rascher und gezielter auf wissenschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Der Wissens- und Technologietransfer wird explizit als Gesetzesauftrag der Hochschulen festgelegt. Wissens- und Technologietransfer sind als Aufträge der Universität Bern und der Berner Fachhochschule in die jeweiligen Leistungsaufträge des Regierungsrats aufgenommen worden und werden im Rahmen der periodischen Controllinggespräche überprüft und angepasst.

Weitere Informationen:

www.erz.ch → Fachportal Bildung → Bildungsstrategie

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 4: Forschung und Entwicklung fördern

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Forschung und Entwicklung im Kanton Bern stärker fördern.

Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Forschungsstellen.

Verbesserung der Beziehungen zwischen den Bildungsinstitutionen und den Unternehmen.

Ergebnisse:

Die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene sind ausreichend. Deshalb wird auf ein Public Private Partnership-Gefäss auf Kantonsebene verzichtet, zumal die Bereitschaft der Wirtschaft zur Mitfinanzierung nicht gegeben ist. Durch eine Anpassung der Kriterien der Wirtschaftsförderung des Kantons Bern WFB können seit 2007 auch Aufwendungen von Berner Firmen in KTI-Projekten unterstützt werden.

Weitere Informationen:

www.be.ch/wachstumsstrategie

Status:

Die Zielsetzungen sind erreicht, das Projekt ist abgeschlossen.

Massnahme 5: Medizinalstandort Bern stärken

Federführung:

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Ziele:

Den Medizinalstandort Kanton Bern als medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie-, Ausbildungs- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung festigen und ausbauen.

Ergebnisse:

Die «Vereinbarung betreffend Strategische Allianz Medizin Basel-Bern», die Interkantonale Vereinbarung über die hoch spezialisierte Medizin sowie das «Competence Center for Medical Technology CCMT» tragen wesentlich zur Stärkung des Inselspitals als Universitäts-spital und damit zur Stärkung des Medizinalstandorts Bern bei.

Weitere Informationen:

www.insel.ch → Lehre und Forschung

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs; es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 6: Familie und Beruf vereinbaren

Federführung:

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Ziele:

Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird grosses Gewicht beigemessen. Der Kanton schafft Förderanreize und unterstützt die Entwicklung innovativer, tragfähiger Lösungen zwischen den beteiligten Partnern.

Förderung von Tagesschulen.

Förderung von Schulsozialarbeit und Kindertagesstätten.

Ergebnisse:

Das Thema wird in Zukunft in erster Linie im Rahmen der Familienkonferenz behandelt werden. Die familienexterne Kinderbetreuung wird kontinuierlich ausgebaut. Im Schuljahr 2009/10 stehen 80 Tagesschulangebote mit einer Million Betreuungsstunden zur Verfügung. 2010 wird eine zweisprachige Internetplattform zum Thema Vereinbarkeit Familie und Beruf aufgeschaltet und startet ein Aktionsprogramm «Vereinbarkeit von Familie und Beruf».

Weitere Informationen:

www.gef.be.ch → Soziales → Kinder und Jugend

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs; es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 7: Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen

Federführung:

Erziehungsdirektion

Ziele:

Allen Jugendlichen und Erwachsenen wird ein Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglicht. Dies bedingt eine Verbesserung der Nahtstelle Volksschule / Sekundarstufe II.

Ergebnisse:

Mit zahlreichen Massnahmen wird auf das Ziel hingearbeitet. Das Lehrstellenangebot konnte trotz der schlechten Wirtschaftslage gehalten werden. Von den angestrebten 800 Plätzen für eine Attestausbildung wurden 530 in 26 Berufen realisiert.

Weitere Informationen:

www.erz.ch → Fachportal Bildung → Bildungsstrategie

Status:

Die Zielsetzungen dieser Massnahme sind erreicht; es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 8: Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Das primäre Ziel ist es, dass stellensuchende, junge Erwerbstätige mit einem Bildungsabschluss den Einstieg in ein längerfristiges Arbeitsverhältnis schaffen.

Ergebnisse:

Die Massnahmen des Kantons Bern zeigen Wirkung. Mit den Lehrstellenberichten und -konferenzen werden die Massnahmen weiterentwickelt. Die Arbeitslosenquoten bei den Jugendlichen und den jungen Erwachsenen liegen im Kanton Bern regelmässig unter den entsprechenden Schweizer Werten. Dies resultiert einerseits aus den strukturellen Unterschieden zum Schweizer Arbeitsmarkt und andererseits aus dem grossen Engagement des Kantons und der Betriebe bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Weitere Informationen:

www.erz.be.ch → Schule Lehre Studium → Berufliche Grundbildung

Status:

Die Zielsetzungen dieser Massnahme sind erreicht; es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 9: Internationales Schulangebot schaffen

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Der Kanton Bern verfügt über ein qualitativ hochstehendes internationales Schulangebot.

Ergebnisse:

Mit dem Inkrafttreten des teilrevidierten Volksschulgesetzes besteht eine Rechtsgrundlage für die Ausrichtung von Beiträgen an internationale Schulen. Weiterhin ungelöst ist die Standortfrage der International School of Berne (ISB). Eine notwendige Umzonung wurde von den Stimmberechtigten von Muri-Gümligen im Mai 2009 abgelehnt. Eine neue Volksabstimmung ist im Mai 2010 geplant. Offene Fragen bestehen noch in Bezug auf die Finanzierung des geplanten Campus der ISB.

Weitere Informationen:

www.erz.ch → Fachportal Bildung → Bildungsstrategie und www.isberne.ch

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 10: Wettbewerbsfähige Tourismusdestinationen fördern

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Förderung von international konkurrenzfähiger Tourismusstrukturen und Vorantreiben des Professionalisierungsprozesses im Destinationsmanagement.

Ergebnisse:

Die Weiterentwicklung der Strukturen im Tourismus hat einige wichtige Ziele erreicht, benötigt aber mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Erreicht wurden:

- Gründung der Jungfrau Marketing AG (2007)
- Gründung einer (interkantonalen) Marketingkooperation im Raum Drei-Seen-Land/Arc Jurassien (2008)
- Gründung Marketingkooperation Berner Oberland Mitte (2009) und Destination Bern (2009)

Weitere Informationen:

www.be.ch/tourismus

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 11: Energieversorgung zukunftsfähig sicherstellen

Federführung:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Ziele:

4000-Watt-Gesellschaft im Kanton Bern bis 2035.

Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandorts Bern mit Impulsen zur Entwicklung energieeffizienter Systeme und zur Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien.

Schaffen von Arbeitsplätzen in der «Biomasse- und Holzkette» sowie in neuen Branchen.

Marktchancen für lokale KMU.

Ergebnisse:

Der Regierungsrat hat am 4. April 2007 einen Massnahmenplan zur Umsetzung der Energiestrategie verabschiedet. Über diesen Massnahmenplan wird 2011 Bericht erstattet.

Weitere Elemente, darunter die Lenkungsabgabe auf Elektrizität, sind in der Revision des kantonalen Energiegesetzes enthalten (erste Lesung in der Novembersession 2009).

Weitere Informationen:

www.bve.be.ch → Publikationen → Energiestrategie 2006

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 12: Wirtschaft und Verwaltung – als Partner zusammenarbeiten

Federführung:

Finanzdirektion

Ziele:

Wirtschaft und Verwaltung suchen vermehrt gemeinsame Lösungen für anstehende Herausforderungen.

Ergebnisse:

Dienstleistungsorientierung und effiziente Abläufe stellen eine Daueraufgabe dar. Folgende Massnahmen sind zu erwähnen:

- Steuererklärung über das Programm «TaxMe» auf CD oder online
- Stage-Programm «Perspektivenwechsel» für Mitarbeitende der Kantonsverwaltung bei Unternehmen
- Public Private Partnership-Projekt Zeughausareal Burgdorf: Partner mit einer Bietergemeinschaft gefunden (September 2009)
- Key Account Management für grössere Unternehmen

Weitere Informationen:

www.fin.be.ch → Steuerverwaltung → TaxMe

www.fin.be.ch → Personalamt → Personalentwicklung → Perspektivenwechsel

Status:

Die Zielsetzungen dieser Massnahme sind erreicht; es handelt sich um Daueraufgaben.

6.2.2. Handlungsfeld Finanzen und Leistungen

Massnahme 13: Leistungsprofil definieren

Federführung:

Finanzdirektion

Ziele:

Das Ziel dieser Massnahme ist es, die Aufgaben und ihre Finanzierung langfristig sicherzustellen und aufeinander abzustimmen. Damit werden finanzpolitische Handlungsspielräume geschaffen, um sowohl für Aufgaben mit hoher Priorität wie auch für Steuersenkungen ausreichende Mittel zu haben.

Ergebnisse:

Der im August 2008 publizierte Bericht «Aufgabendialog» dokumentierte die Ergebnisse der umfangreichen Befragungen und schloss die Projektarbeiten ab. Die Massnahme wird nicht weitergeführt.

Die ständige Überprüfung der Aufgaben des Kantons stellt eine Daueraufgabe dar und erfolgt jährlich im Rahmen der normalen Planungsprozesse.

Weitere Informationen:

www.fin.be.ch → Aufgabendialog

Status:

Die Massnahme wurde abgebrochen.

Massnahme 14: Immobilienmanagement aktivieren

Federführung:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Ziele:

Die Grundstücke und Gebäude, die der Kanton nutzt oder im Eigentum hat, stellen einen wichtigen Kosten-Nutzenfaktor dar und sind ein Teil unseres Kulturguts. Sie müssen umfassend und mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung bewirtschaftet werden.

Ergebnisse:

Im Rahmen der Mittelfristigen Investitionsplanung MIP+ liegt ein erster Zwischenbericht aus Sicht des Amts für Grundstücke und Gebäude (AGG) mit Aussagen zur Wirtschaftlichkeit und zur Entwicklung pro Teilportfolio vor. Die Einführung der flächendeckenden Raumkostenverrechnung (RKV) hat der Regierungsrat zurückgestellt (voraussichtliche Einführung 2012).

Weitere Informationen:

www.bve.be.ch → Amt für Grundstücke und Gebäude

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 15: Investitionen priorisieren

Federführung:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Ziele:

Die Investitionen auf strategischer Ebene gezielt priorisieren, um die strategischen Ziele des Regierungsrats zu erreichen.

Ergebnisse:

Aufgrund des hohen Abstimmungsbedarfs hat sich das Projekt verzögert. Im Planungsprozess 2010 für den Voranschlag 2011 und für den Aufgaben- und Finanzplan 2012–2014 sollen mit der Mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) erste Erfahrungen gesammelt werden.

Weitere Informationen:

www.bve.be.ch

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 16: Steuern reformieren

Federführung:

Finanzdirektion

Ziele:

Begründet durch das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung will der Regierungsrat das Steuersystem im Kanton Bern reformieren. Grundsätzlich sollen Entlastungen dort stattfinden, wo die Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich über dem Durchschnitt liegt. Steuereinnahmen sollen eher in jenen Bereichen erzielt werden, in denen gleichzeitig nachteiliges Verhalten reduziert werden kann (bspw. Umweltbelastung). Zudem will der Regierungsrat sozialpolitische Ziele verfolgen, indem er Familien mit Kindern steuerlich entlastet.

Ergebnisse:

Die Revision des Steuergesetzes per 1. Januar 2009 führte zu einer deutlichen Entlastung von Familien und des Mittelstands, die im interkantonalen Vergleich besonders stark belastet waren.

Eine Arbeitsgruppe hat verschiedene Möglichkeiten für ökologische Steuerreformen geprüft und im «Bericht vom Januar 2009 über mögliche Reformen bei den direkten Steuern und den übrigen Abgaben» dargestellt. Die darin empfohlene Stromabgabe wurde vom Grossen Rat jedoch in der Novembersession 2009 in der ersten Lesung zur Revision des Energiegesetzes abgelehnt. Als langfristige Option ist das Mobility Pricing zu sehen. Im Weiteren wurden im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge die Voraussetzungen für eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern geschaffen. Der Grosse Rat hat in der Novembersession 2009 dem Vorschlag der Kommission in der zweiten Lesung zugestimmt.

Trotz der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage haben der Regierungsrat und noch weitergehend der Grosse Rat steuerlichen Entlastungen zugestimmt (erste Lesung Novembersession 2009). Diese werden voraussichtlich mindestens 130 Millionen Franken betragen.

Weitere Informationen:

www.fin.be.ch → Steuerverwaltung

Status:

Die einzelnen Zielsetzungen dieser Massnahme sind erreicht; es handelt sich um Daueraufgaben.

6.2.3. Handlungsfeld Raumentwicklung und Gesamtmobilität

Massnahme 17: Agglomerationsprogramme – Verkehrs- und Siedlungsentwicklung abstimmen

Federführung:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion und Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Ziele:

Raumentwicklung und Mobilität aufeinander abstimmen.

Ergebnisse:

Die bernischen Agglomerationsprogramme (AP) wurden Ende 2007 zusammen mit dem kantonalen Synthesebericht beim Bund eingereicht. Mit Ausnahme des AP Langenthal, welches zurückgewiesen wurde, schneiden die bernischen AP im schweizweiten Vergleich gut ab. Die Programme bilden die Grundlage für namhafte Bundesbeiträge (Entscheid der eidgenössischen Räte 2010).

Die Arbeiten an den Agglomerationsprogrammen der zweiten Generation sind aufgenommen: Sie sind im Kanton Bern Bestandteil der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte.

Die Beiträge aus dem Infrastrukturfonds des Bundes an dringende Projekte des Agglomerationsverkehrs fliessen seit 2008.

Weitere Informationen:

www.jgk.be.ch → Amt für Gemeinden und Raumordnung → Agglomerationsprogramme Verkehr+Siedlung

Status:

Die mit der Massnahme verbundenen Zielsetzungen sind erreicht. Es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 18: Gesamtheitliche Verkehrslösungen anbieten

Federführung:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Ziele:

Die einzelnen Verkehrsträger entsprechend ihren Vorteilen einsetzen und miteinander verknüpfen.

Ergebnisse:

Die Gesamtmobilitätsstrategie des Regierungsrats liegt vor (2008) und gibt eine Übersicht über die Rolle der einzelnen Verkehrsträger und deren Verknüpfung. Sie wird mit der Richtplananpassung 2010 in den Richtplan übernommen.

Weitere Informationen:

www.bve.be.ch → Publikationen → Gesamtmobilitätsstrategie

Status:

Die mit der Massnahme verbundenen Zielsetzungen sind erreicht. Es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 19: Schiene, Strasse, Luft: Erreichbarkeit sicherstellen**Federführung:**

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Ziele:

Erhaltung und Verbesserung der nationalen und internationalen Erreichbarkeit auf der Schiene, der Strasse und durch die Luft.

Ergebnisse:

Auf der Strasse sind der Baubeginn A5 Ostast in Biel und die Realisierung weiterer Etappen der Transjurane zu erwähnen.

Der Lötschberg-Basistunnel wurde eröffnet. Die Bundesvorlage Gesamtschau FinöV mit dem ZEB-Gesetz (Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur) wurde im März 2009 von der Bundesversammlung verabschiedet. Sie bringt für den Kanton Bern einige infrastrukturelle Verbesserungen. Der Kanton setzt sich dafür ein, dass die Erweiterungsoptionen möglichst in der Folgevorlage Bahn 2030 enthalten sind, weil sie für den Kanton wichtige Elemente umfassen (Jurafusslinie mit Ligerz-Tunnel, Bern-Visp).

Im internationalen Zugsverkehr bestehen Qualitätsprobleme bei den Cisalpino-Verbindungen nach Italien (Übernahme durch die Staatsbahnen auf den Fahrplanwechsel Ende 2009). Das Angebot wird auf drei Direktverbindungen reduziert, wobei die neuen ETR610-Züge eingesetzt werden. Das Angebot nach Paris verschlechtert sich, und es besteht nur noch eine tägliche Verbindung je Richtung. Die wegfallende Verbindung wird durch einen Zubringerzug nach Frasné ersetzt. Weiterhin gut sind die Direktverbindungen zwischen Deutschland und Interlaken: Die Züge verkehren rund alle zwei Stunden.

Die vom Kanton mitfinanzierte Pistenverlängerung auf dem Regionalflughafen Bern-Belp ist realisiert. Die Passagierzahlen des Regionalflughafens Bern-Belp sind stabil, liegen allerdings deutlich tiefer als vor zehn Jahren. Es werden täglich zwei Direktverbindungen je Richtung nach München und Paris angeboten.

Weitere Informationen:

www.bve.be.ch → Publikationen → Gesamtmobilitätsstrategie

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 20: Einbindung in den nationalen Schienenverkehr verbessern

Federführung:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Ziele:

Voraussetzungen schaffen zur Verbesserung der nationalen Erreichbarkeit auf der Schiene. Die Erreichbarkeit im Bereich öV kann – wie in Massnahme 19 beschrieben – nur verbessert werden, wenn die notwendigen finanziellen Mittel dazu sichergestellt werden können.

Ergebnisse:

Siehe Kommentar zu Massnahme 19.

Weitere Informationen:

www.bve.be.ch → Publikationen → Gesamtmobilitätsstrategie

Status:

Die mit der Massnahme verbundenen Zielsetzungen sind erreicht. Es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 21: Kantonale Raumplanung stärken – Umsetzung und Bewirtschaftung des kantonalen Richtplanes

Federführung:

Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion

Ziele:

Konzentration der Kräfte auf wirtschaftlichen Erfolg versprechende Gebiete; Förderung der regionalen Stärken; wirkungsorientierter Mitteleinsatz. Die im kantonalen Richtplan festgelegte Zentralitätsstruktur mit Zentren und Entwicklungsachsen unterstützt einen konzentrierten Mitteleinsatz.

Ergebnisse:

Im Richtplancontrolling 2008 hat der Regierungsrat im April 2009 die Massnahmenblätter des kantonalen Richtplans überprüft und notwendige Anpassungen vorgenommen.

Weitere Informationen:

www.jgk.be.ch → Amt für Gemeinden und Raumordnung → Kantonaler Richtplan

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 22: Entwicklungsschwerpunkte (ESP) – attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen

Federführung:

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Ziele:

Attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten an zentralen, gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen schaffen.

Ergebnisse:

Das ESP-Programm ist auf Kurs (vgl. 6. Zwischenbericht zum ESP-Programm; August 2008). Neue Standorte als Ersatz für bereits realisierte Standorte werden evaluiert. Im Rahmen des Wettbewerbs ESP Wohnen wurden 2007 vier Projekte prämiert, 2008 zwei Projekte.

Weitere Informationen:

www.jgk.be.ch → Amt für Gemeinden und Raumordnung → Kantonale Raumplanung → Siedlung / Wirtschaft

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 23: Kräfte konzentrieren – Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)

Federführung:

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Ziele:

Die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden fördern und verbindlich ausgestalten.

Ergebnisse:

Die Umsetzung von SARZ kommt gut voran. Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden hat sich sehr gut angelassen und trägt erste Früchte in der Erarbeitung der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK) und in weiteren Zusammenarbeitsfeldern.

Bei den Regionalkonferenzen ist folgender Stand erreicht:

- Regionalkonferenz Oberland Ost: Aufnahme der operativen Tätigkeit per 1.7.2008.
- Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Aufnahme der operativen Tätigkeit per 1.1.2010.
- Regionalkonferenz Thun Oberland-West: Die regionalen Volksabstimmungen sind für den 13. Juni 2010 geplant, die Aufnahme der operativen Tätigkeit ist für den 1. Januar 2011 vorgesehen.
- Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois: Die Vorarbeiten laufen. Abstimmungen sind für das Jahr 2011 geplant.
- Vorabklärungen in den Regionen Oberaargau und Emmental sind im Gang.

Weitere Informationen:

www.jgk.be.ch → Amt für Gemeinden und Raumordnung → Agglomerationspolitik

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 24: Berner Regionen stärken

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Mit zahlreichen innovativen, unternehmerischen Initiativen und wertschöpfungsorientierten Entwicklungsprojekten, die in sechs regionalen Förderprogrammen erarbeitet werden, leistet der ländliche Raum seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Kantons.

Ergebnisse:

Das kantonale Umsetzungsprogramm 2008-2011 zur Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde vom Bund genehmigt (April 2008). Gestützt darauf wurden Leistungsvereinbarungen mit regionalen Partnern für das Regionalmanagement abgeschlossen und zahlreiche Projekte unterstützt.

Weitere Informationen:

www.be.ch/nrp

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 25: Strukturentwicklung in der Landwirtschaft begleiten

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Die Wettbewerbsfähigkeit der bernischen Landwirtschaft stärken, die Lebensgrundlagen, die Lebensgemeinschaften sowie die traditionellen Kulturlandschaften langfristig erhalten.

Ergebnisse:

Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen werden weitgehend vom Bund gesetzt, der kantonale Spielraum ist entsprechend eingeschränkt. Die nachhaltig produzierende Landwirtschaft wurde mit differenzierten Strukturverbesserungsmassnahmen sowie mit Beratung und Bildungsmassnahmen, namentlich mit neuen Kursen im biologischen Landbau, gestärkt. Für die zusätzlich energetische Nutzung der landwirtschaftlichen Biomasse wurde ein Förderprogramm Vergärungsanlagen gestartet. Den Landwirtschaftsbetrieben wurden höhere Anreize zur Erbringung von Umweltleistungen von hoher Qualität geboten.

Weitere Informationen:

www.be.ch/lanat → Landwirtschaft

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

6.2.4. Handlungsfeld «Marke Kanton Bern»

Massnahme 26: Profil für den Kanton Bern schaffen

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Den Kanton Bern als Marke mit attraktiven Inhalten positionieren – durch gezielte Marketing- und Kommunikationsmassnahmen bei der eigenen Bevölkerung, der schweizerischen Öffentlichkeit und bei ausländischen Zielgruppen.

Ergebnisse:

Die Projektarbeiten wurden im Februar 2009 aufgrund veränderter finanzpolitischer Rahmenbedingungen vorläufig sistiert. Der Aufbau einer Corporate Identity benötigt finanzielle und personelle Ressourcen, die zurzeit nicht vorhanden sind. Es liegen eine Imagestudie zum Kanton Bern und ein Soll-Profil vor (Institut für Marketing und Unternehmensführung, Universität Bern). Damit existiert eine fundierte Aussensicht zum Kanton Bern.

Weitere Informationen:

www.vol.be.ch → Referate → 2008 → Profil für den Kanton Bern schaffen

Status:

Die Massnahme ist vorläufig sistiert.

Massnahme 27: Kanton Bern als Wohnstandort fördern

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Aktives Wohnstandortmarketing betreiben, um zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner für den Kanton Bern zu gewinnen.

Ergebnisse:

Durch Teilnahme an Messen und Anlässen sowie der Zusammenarbeit mit Immobilien-Dienstleistern wird der Kanton Bern als Wohnstandort bekannt gemacht. Eine eigene Website enthält vielseitige Informationen zum Wohnstandort (zum Wettbewerb ESP-Wohnen vgl. Massnahme 22).

Weitere Informationen:

www.be.ch/wohnen

Status:

Die mit dieser Massnahme verbundenen Aktivitäten sind erreicht, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Massnahme 28: Bundesstadt als politisches Entscheidzentrum vermarkten

Federführung:

Volkswirtschaftsdirektion

Ziele:

Die Vorteile des Faktors Politzentrum aufzeigen und Unternehmen und Organisationen ansiedeln, die attraktive und vergleichsweise krisenresistente Arbeitsplätze schaffen.

Ergebnisse:

Die Umsetzung wurde mit einer Leistungsvereinbarung für die Jahre 2008 und 2009 der Stadt Bern übertragen (verschiedene Aktivitäten wie Anlaufstelle, Durchführung von Events, Kontaktbesuche).

Mit dem Projekt «Hauptstadtregion Schweiz» ergab sich im Jahr 2009 eine neue Situation: Ziel des Projekts ist neben der angemessenen Berücksichtigung des Grossraums Bern im Raumkonzept Schweiz vor allem eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und den Städten in der Hauptstadtregion. Zu diesem Zweck haben Kanton und Stadt Bern ein Projekt gestartet, das – analog zu den anderen Metropolitanräumen – die Möglichkeiten für eine intensive Kooperation mit den Nachbarkantonen und den relevanten Städten ausleuchten soll.

Weitere Informationen:

www.hauptstadtregion-schweiz.ch

Status:

Die ursprünglich gesetzten Ziele sind erreicht. Die Massnahme ist auf Kurs.

Massnahme 29: EURO 08 – Bern wirkt Wunder

Federführung:

Polizei- und Militärdirektion

Ziele:

Die EURO 08 als Plattform nutzen für die Präsentation des Kantons Bern im In- und Ausland als attraktive Ferienregion und als idealen Wirtschafts- und Wohnstandort.

Ergebnisse:

Stadt und Kanton Bern haben die EURO 08 mit grossem Erfolg durchgeführt. Das Ziel, die EURO 08 als Plattform für die Standortpromotion zu nutzen, wurde erreicht. Der Schlussbericht von Januar 2009 zieht umfassend Bilanz:

«Der Standort Bern hat mit der Durchführung der EURO 2008 bewiesen, dass internationale Grossanlässe durchaus in einen vernünftigen finanziellen Rahmen gestellt werden, Nachhaltigkeitsanliegen respektieren und die eigene Bevölkerung begeistern können.»

Der Grosse Rat hat vom Schlussbericht in der Aprilsession 2009 Kenntnis genommen.

Weitere Informationen:

www.be.ch → Mediacenter → Medienmitteilungen → Schlussbericht EURO 08

Status:

Die Zielsetzungen wurden erreicht, die Massnahme ist abgeschlossen.

Massnahme 30: Kultur als Standortfaktor positionieren

Federführung:

Erziehungsdirektion

Ziele:

Die kulturellen Stärken des Kantons Bern als Standortfaktor positionieren.

Ergebnisse:

Der Grosse Rat hat die Kulturstrategie «Kulturkanton Bern – Kulturstrategie für den Kanton Bern» in der Aprilsession 2009 zur Kenntnis genommen. Damit liegt die wichtigste Basis für die Revision des Kulturförderungsgesetzes vor. Das NRP-Projekt «KulTour.BE» soll die touristische Vermarktung der Schlösser und Museen rund um den Thunersee verbessern.

Weitere Informationen:

www.erz.be.ch/kulturstrategie

Status:

Die Massnahme ist auf Kurs.

7. Controlling der Wachstumsstrategie 2004 und der Strategie ländlicher Raum

7.1. Wachstumsstrategie 2004

Die Wachstumsstrategie 2004 trägt den Titel «Stärken und Potenziale entwickeln». Sie hat folgende drei Stossrichtungen¹³:

- **Wirtschaftsstandort stärken:** Den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort entlang den Achsen Bern-Burgdorf-Langenthal und Thun-Bern-Biel stärken.
- **Wohnstandort fördern:** Mit planerischen Massnahmen und einer gezielten Vermarktung den Kanton Bern als Wohnstandort fördern.
- **Entschuldung weiterführen:** Die staatlichen Leistungen fokussieren, die Ausgaben reduzieren und Steuersenkungen ermöglichen.

Die Umsetzung erfolgte in 9 Handlungsfeldern mit 67 Massnahmen. **Anhang 2** informiert über den Stand der Umsetzung und schliesst die Berichterstattung über die Wachstumsstrategie 2004 ab.

7.2. Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums

Die Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums (Strategie ländlicher Raum)¹⁴ bildete den indirekten Gegenvorschlag des Regierungsrats zur Volksinitiative «Pro Region: gleiche Chancen für alle Regionen im Kanton Bern» (im Januar 2005 eingereicht). Grundgedanke hinter der Strategie ländlicher Raum ist die Tatsache, dass mit den auf den ländlichen Raum ausgerichteten Instrumenten der Regional- und Tourismuspolitik sowie der Landwirtschafts- und Forstpolitik die wirtschaftliche Entwicklung nur in einem begrenzten Rahmen beeinflusst werden kann. Wesentlich stärker ist der Einfluss der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, der Bildungs- oder der Gesundheitspolitik. Sechs regionale Arbeitsgruppen (Berner Oberland, Emmental, Oberriggen, Gantrisch, Seeland, Berner Jura) hatten im Auftrag des Kantons deshalb Massnahmen entwickelt zur Stärkung der regionalen Potenziale. Der Regierungsrat hatte diese Massnahmen mit Prioritäten versehen und zur Strategie ländlicher Raum verdichtet.

Anhang 3 informiert über den Umsetzungsstand bei den über 100 Massnahmen der Strategie ländlicher Raum und schliesst die Berichterstattung ab.

8. Planungserklärungen

Der Grosse Rat hatte in der Junisession 2007 im Zusammenhang mit der Diskussion der wachstumsstrategie version 2007 fünf Planungserklärungen überwiesen, die umgesetzt worden sind (vgl. **Anhang 4**).

¹³ Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie; Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 11. Februar 2004; vom Grossen Rat am 22. Juni 2004 zustimmend zur Kenntnis genommen

¹⁴ Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums; Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 19. Oktober 2005; vom Grossen Rat am 2. Februar 2006 zustimmend zur Kenntnis genommen

9. Ausblick

Der vorliegende Controllingbericht setzt einen Schlusspunkt unter die detaillierte Berichterstattung über die Umsetzung der Massnahmen aus der wachstumsstrategie version 2007, der Wachstumsstrategie 2004 und der Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums. Die Wachstumspolitik bleibt eine Daueraufgabe.

Der Regierungsrat wird sich in der Legislatur 2010 bis 2014 intensiv mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Standortqualität des Kantons Bern auseinandersetzen. Die wachstumsstrategie 2007 sowie der nun vorliegende Controllingbericht bilden eine wichtige Grundlage dazu.

Die Erfahrung zeigt, dass bei den Massnahmen eine noch stärkere Fokussierung sinnvoll ist. Eine neue Strategie wird sich einerseits an den bestehenden und langfristig angelegten Grundmaximen bernischer Politik orientieren und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, andererseits Antworten geben auf künftige Herausforderungen. Sie wird ebenfalls mit der Wirtschafts- und Wachstumspolitik des Bundes abzustimmen sein.

Eine weitere wichtige Grundlage werden die Regierungsrichtlinien 2010 bis 2014 darstellen. Die Arbeiten zur neuen Wachstumspolitik werden im Laufe des Jahres 2010 aufgenommen. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse dem Grossen Rat im Jahr 2011 vorzulegen.

Handlungsfeld Bildung, Innovation und Wirtschaft

Massnahme Nr. 1

«Gute Bildungsqualität anbieten»

Federführung: ERZ

Mitarbeit: -

Ziele

Der Kanton Bern will ein qualitativ überdurchschnittliches Bildungssystem, das mit der Wissenschaft, der Arbeits- und Lebenswelt harmoniert.

Die Kinder und Jugendlichen im Kanton Bern sollen unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft, Sprache, Religion und Nationalität die gleichen schulischen Chancen erhalten.

Wissen als wichtige Ressource in unserer rohstoffarmen und dienstleistungsorientierten Volkswirtschaft wird im Kanton Bern gepflegt.

Ergebnisse

August 2008: Inkrafttreten des teilrevidierten Volksschulgesetzes (VSG) mit Förderung von Tagesschulangeboten (Schuljahr 2009/10: 80 Tagesschulangebote mit ca. 1 Mio. Betreuungsstunden), Blockzeiten und schulorganisatorischen Neuerungen.

August 2009: Abschluss der Umsetzung der **B**esonderen Massnahmen in Kindergärten und **V**olksschule (BMV: 112 Mio. CHF) in den Gemeinden im Interesse der verstärkten Integration von Kindern mit besonderem Bedarf in Regel-Schulklassen, d.h. 70 von bisher insgesamt 414 besonderen Klassen weniger.

Beurteilung

Die vorgesehenen Massnahmen sind z.T. umgesetzt oder befinden sich noch in der Umsetzung.
Der Kurs stimmt.

Status / Weiteres Vorgehen

Totalrevision des VSG in Vorbereitung. Mit Inkrafttreten des neuen VSG im Jahr 2012 wird diese Massnahme zur Daueraufgabe.

Die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts ist für das Schuljahr 2011/12 geplant (Französisch für 3. Schuljahr).

2013: Durchführung von Leistungstests (praktisch flächendeckend) bei Schülerinnen der Sekundarstufe I.

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ

Massnahme Nr. 2

«Bildung und Wirtschaft vernetzen»	
Federführung: VOL	Mitarbeit: ERZ
Förderung des Wissens- und Technologietransfers (WTT) zwischen Hochschulen und Wirtschaft. <i>Für eine entwickelte Volkswirtschaft ist Innovation von entscheidender Bedeutung. Nur so gelingt es, attraktive und gut entlohnte Arbeitsplätze zu sichern. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen wird intensiviert. Die Voraussetzungen im Kanton Bern sind dank Universität, Fachhochschulen und Transferstellen sehr gut.</i>	
Im Schlussbericht «Innovation im Kanton Bern» vom April 2009 hält die Strategiegruppe Innovation fest, dass der Wissens- und Technologietransfer grundsätzlich gut funktioniert. Diverse Empfehlungen werden aufgeführt: - mehr Autonomie für Hochschulen - Zugang für KMU zu Hochschulen weiter vereinfachen - Anbindung an bestehende (inter-)nationale Institutionen statt Bildung neuer Gefässe - Coaching von Neugründungen durch erfahrene Unternehmer - Kommunikation über bestehende Kooperationen verstärken Bildung der Plattform für WTT erfolgt. Plattform ist Teil der Leistungsvereinbarung WFB mit innoBE. Finanzielle Mittel aus der Neuen Regionalpolitik werden für WTT und Cluster eingesetzt. Der Leistungsauftrag der Wirtschaftsförderung Kanton Bern WFB an die Innovationsberatungsstelle innoBE AG im Bereich des Wissens- und Technologietransfers sowie in der Gründerberatung wurde angepasst.	

Ziele

Beurteilung

Die Potenziale für eine Verbesserung des WTT sind erkannt. Auf kantonaler Ebene wird besser zusammengearbeitet.

Die Empfehlungen der Strategiegruppe Innovation setzt der Kanton Bern derzeit um (vgl. auch Massnahmen 3 bis 5).

Ergebnisse

Status / Weiteres Vorgehen

Abgeschlossen

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsberichte VOL und ERZ

Massnahme Nr. 3

«Berner Hochschulen als Standortfaktor positionieren»	
Federführung: ERZ	Mitarbeit: VOL
Der Kanton Bern will mit einer hohen Qualität der Hochschulen seine Zukunft als Bildungs- und Wissensstandort sichern. Dies führt zu einer Stärkung des Innovations- und Wirtschaftsstandorts. <i>Der Regierungsrat setzt mit seinen Leistungsaufträgen an die Hochschulen dafür optimale Rahmenbedingungen.</i> <i>Die Hochschulen erhalten für die Umsetzung ihrer Aufträge genügend Spielraum.</i> <i>Die finanzielle Unterstützung der Hochschulen ermöglicht exzellente Forschungs- und Entwicklungsarbeit.</i>	
Leistungsauftrag für BFH ab 2009 verabschiedet. Leistungsauftrag für Universität und PH Bern ab 2010 verabschiedet. Die Leistungsaufträge der Universität, der Berner Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule werden mit Blick auf die Positionierung dieser Institutionen im internationalen (Universität) bzw. nationalen (BFH, PHB) Wettbewerb formuliert. In Teilbereichen wird von diesen Institutionen eine Spitzenposition erwartet. Teilrevision Universitätsgesetz: Vernehmlassung abgeschlossen; Behandlung im Grosse Rat geplant für Märzsession 2010.	

Ziele

Der Kanton Bern will mit einer hohen Qualität der Hochschulen seine Zukunft als Bildungs- und Wissensstandort sichern. Dies führt zu einer Stärkung des Innovations- und Wirtschaftsstandorts. <i>Der Regierungsrat setzt mit seinen Leistungsaufträgen an die Hochschulen dafür optimale Rahmenbedingungen.</i> <i>Die Hochschulen erhalten für die Umsetzung ihrer Aufträge genügend Spielraum.</i> <i>Die finanzielle Unterstützung der Hochschulen ermöglicht exzellente Forschungs- und Entwicklungsarbeit.</i>
--

Ergebnisse

Leistungsauftrag für BFH ab 2009 verabschiedet. Leistungsauftrag für Universität und PH Bern ab 2010 verabschiedet. Die Leistungsaufträge der Universität, der Berner Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule werden mit Blick auf die Positionierung dieser Institutionen im internationalen (Universität) bzw. nationalen (BFH, PHB) Wettbewerb formuliert. In Teilbereichen wird von diesen Institutionen eine Spitzenposition erwartet. Teilrevision Universitätsgesetz: Vernehmlassung abgeschlossen; Behandlung im Grosse Rat geplant für Märzsession 2010.

Beurteilung

Mit der geplanten Teilrevision des Universitätsgesetzes mit gleichzeitiger indirekter Änderung des Fachhochschulgesetzes sowie des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Bern (PHB) sollen die Berner Hochschulen in die Lage versetzt werden, rascher und gezielter auf die wissenschaftlichen Herausforderungen zu reagieren. Namentlich wird der Wissens- und Technologietransfer als Gesetzesauftrag der Hochschulen explizit festgelegt. Mit der Anpassung bzw. Neuformulierung der Leistungsaufträge der Universität und der PH Bern ab 2010 (Berner Fachhochschule BFH 2009) sollen die Hochschulen im zunehmend anspruchsvollen Umfeld ihren Lehr- und Forschungsauftrag erfüllen können.

Status / Weiteres Vorgehen

Auf Kurs Über die Erfüllung des Leistungsauftrags finden periodisch Controllinggespräche statt. Jährliche Berichterstattung an Regierungsrat und Grosse Rat.
--

Massnahme Nr. 4	«Forschung und Entwicklung fördern»	
	Federführung: VOL	Mitarbeit: ERZ, Private
Ziele	Forschung und Entwicklung im Kanton Bern stärker fördern. Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Forschungsstellen. Verbesserung der Beziehungen zwischen den Bildungsinstitutionen und den Unternehmen. <i>Forschung und Entwicklung ermöglichen Innovationen und schaffen damit eine wichtige Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum.</i>	
Ergebnisse	Schaffung eines Public Private Partnership-Gefässes überprüft. Da ohne konkrete Gegenleistung die Bereitschaft der Wirtschaft zur Mitfinanzierung fehlt, wurde Ende 2008 auf die Weiterbearbeitung des Vorprojekts verzichtet. Empfehlung: Die bestehenden Gefässe auf nationaler Ebene sollen besser genutzt werden. Die Kriterien der Wirtschaftsförderung des Kantons Bern (WFB) wurden im Herbst 2007 so angepasst, dass nun auch Gesuche von Berner Firmen an die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) des Bundes finanziell unterstützt werden können.	

Beurteilung

Obwohl ein neues PPP-Gefäss für die Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten nicht zustande kam, werden weitere Fördermassnahmen umgesetzt. Vgl. Massnahmen 2 und 3.

Status / Weiteres Vorgehen

Abgeschlossen

Massnahme Nr. 5

«Medizinalstandort Bern stärken»		
Federführung: GEF	Mitarbeit: VOL, ERZ	
Den Medizinalstandort Kanton Bern als medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie-, Ausbildungs- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung festigen und ausbauen. <i>Das Gesundheitswesen ist eine Hightechbranche. Medizintechnik, pharmazeutische Industrie, Biotechnologie und Informations-technologie sind innovationsintensive Branchen, in denen der Kanton Bern dank einer forschungsaktiven medizinischen Fakultät und deren Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen sowie des Universitätsspitals eine gute Ausgangslage besitzt. Diese Chance gilt es zu nutzen. Zudem wird die Nachfrage nach Gesundheitsversorgung durch die demografische Entwicklung weiter steigen.</i> Vereinbarung betreffend Strategische Allianz Medizin Basel-Bern (im Juni 2008 in Kraft getreten): Koordination von Lehrangeboten und Tätigkeitsfeldern (z.B. Herz- und Neurochirurgie) der Universitäten und Universitätsspitäler von Basel und Bern. Interkantonale Vereinbarung über die hoch spezialisierte Medizin (IVHSM, im Januar 2009 in Kraft getreten): bildet Grundlage für die gemeinsame Planung der Kantone im Bereich der hoch spezialisierten Medizin. Neustrukturierung der hoch spezialisierten Medizin innerhalb des Kantons mit Hilfe einer Liste definierter Leistungen der hoch spezialisierten Medizin (in Arbeit). Projekt «Kooperation zwischen Inselspital, Spital Netz Bern AG und Universität» (in Arbeit). Zielsetzung: abgestimmter Einsatz der verfügbaren Ressourcen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Grossraum Bern sowie für Lehre und Forschung. Mit dem Competence Center for Medical Technology (CCMT) hat die Wirtschaftsförderung Kanton Bern WFB ein Gefäss für die Förderung des Technologie-Transfers im Medizinalbereich geschaffen.		

Ziele

Beurteilung

Die in der Spalte «Ergebnisse» erwähnten Projekte tragen wesentlich zur Stärkung des Inselestandorts als Universitätsspital und damit zur Stärkung des Medizinalstandorts Bern bei. Zwei dieser Projekte sind noch in Arbeit, über deren Gelingen kann deshalb zurzeit noch nichts ausgesagt werden.

Ergebnisse

Status /
Weiteres
Vorgehen

Die Liste definierter Leistungen der hoch spezialisierten Medizin wird dem Regierungsrat 2010 vorgelegt.

Die Zielsetzung sowie der Terminplan des Projekts «Kooperation zwischen Inselestandort, Spital Netz Bern AG und Universität» werden zurzeit überprüft.

Die weitere Berichterstattung über die Ergebnisse dieser Projekte erfolgt in bestehenden Gefässen: Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz; ggf. im Geschäftsbericht GEF.

Vereinbarung betreffend Strategische Allianz Medizin Basel-Bern (im Juni 2008 in Kraft getreten): Koordination von Lehrangeboten und Tätigkeitsfeldern (z.B. Herz- und Neurochirurgie) der Universitäten und Universitätsspitaler von Basel und Bern.

Interkantonale Vereinbarung über die hoch spezialisierte Medizin (IVHSM, im Januar 2009 in Kraft getreten): bildet Grundlage für die gemeinsame Planung der Kantone im Bereich der hoch spezialisierten Medizin.

Neustrukturierung der hoch spezialisierten Medizin innerhalb des Kantons mit Hilfe einer Liste definierter Leistungen der hoch spezialisierten Medizin (in Arbeit).

Projekt «Kooperation zwischen Inselestandort, Spital Netz Bern AG und Universität» (in Arbeit). Zielsetzung: abgestimmter Einsatz der verfügbaren Ressourcen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Grossraum Bern sowie für Lehre und Forschung.

Mit dem Competence Center for Medical Technology (CCMT) hat die Wirtschaftsförderung Kanton Bern WFB ein Gefäss für die Förderung des Technologie-Transfers im Medizinalbereich geschaffen.

Massnahme Nr. 6**«Familie und Beruf vereinbaren»****Federführung:** GEF**Mitarbeit:** ERZ, FIN, JGK, STA, VOL**Ziele**

Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird grosses Gewicht beigemessen. Der Kanton schafft Förderanreize und unterstützt die Entwicklung innovativer tragfähiger Lösungen zwischen den beteiligten Partnern.

Förderung von Tagesschulen.

Förderung von Schulsozialarbeit und Kindertagesstätten.

In der Verwaltung werden die Teilzeitarbeit bei männlichen Mitarbeitenden auf allen Hierarchiestufen und der Anteil an Frauen in Kaderfunktionen erhöht.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert eine bessere Nutzung der Bildungsinvestitionen, steigert die Familieneinkommen, entschärft die Folgen der demografischen Alterung und verbessert die Bildungschancen für Kinder.

Ergebnisse

1. Kontinuierlicher Ausbau der schul- und familienergänzenden Kinderbetreuung: Schuljahr 2009/10: 80 Tagesschulangebote mit ca. 1 Mio. Betreuungsstunden; Anzahl KITA-Plätze subventioniert: 2'663, 2008: 2'790, 2009: 2'901 (2010: 3 Mio CHF für KITA-Plätze und Betreuungsstunden bei Tageseltern). Im November 2009 wurde im weiteren das Familienkonzept des Kantons Bern vorgestellt.

2. Information: Vorbereitung einer Informationskampagne (ab 2010), welche über die zahlreichen Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit informiert. Kernstück ist eine zweisprachige Internetseite, welche Eltern, Gemeinden, Unternehmen und weitere Interessierte über Vereinbarkeitsthematik und die entsprechenden Angebote informiert.

3. Sensibilisierung von Unternehmen: Konzipierung eines Aktionsprogramms für Unternehmen (2010) mit dem Ziel der Sensibilisierung/Motivation von Unternehmen zur Umsetzung familienfreundlicher Arbeits(zeit)-Modelle.

Beurteilung

Die im Rahmen dieser Massnahme geplanten Aktivitäten wurden an die Hand genommen. Beim Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung handelt es sich um eine Daueraufgabe. Sie wird in Zukunft im Rahmen der Familienkonferenz behandelt werden.

Die beiden Projekte «Informationskampagne» und «Sensibilisierung von Unternehmen» sind auf Kurs.

**Status /
Weiteres
Vorgehen**

1. Daueraufgabe; weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht GEF

2. Informationskampagne mit Internetseite auf Kurs; Medienanlass zur Lancierung; weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht GEF

3. Durchführung des Aktionsprogramms im 2010; Berichterstattung in Absprache mit beteiligten Unternehmen sowie ggf. im Geschäftsbericht VOL.

Massnahme Nr. 7

«Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglichen (Übergang I)»

Federführung: ERZ

Mitarbeit: VOL

Ziele

Allen Jugendlichen und Erwachsenen wird ein Abschluss auf Sekundarstufe II ermöglicht. Dies bedingt eine Verbesserung der Nahtstelle Volksschule / Sekundarstufe II.

Ein Abschluss auf Sekundarstufe II verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und vermindert die Gefahr einer langfristigen Arbeitslosigkeit. Der Volkswirtschaft geht damit weniger wertvolles Humankapital verloren, und die Sozialwerke werden weniger stark belastet.

Beurteilung

1. Die Empfehlungen des MBA liegen vor; über die Anwendung kann keine Aussage gemacht werden.
2. Attestausbildungen: 800 neue Lehrverträge nicht möglich (Wirtschaftssituation).
3. Validierung von Bildungsleistungen: auf Kurs.
4. Case Management ist auf Kurs.
5. Das Vorprojekt bei den Brückenangeboten ist abgeschlossen; Entwurf RRB vorliegend für Hauptprojekt Brückenangebote.
6. Steuerung Pädagog. Fördermassnahmen: zeitl. Verzögerung.
7. Berufswahlkonzept ist auf Kurs.

Ergebnisse

Umsetzung mit folgenden Einzelmassnahmen:

1. Empfehlungen des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA) zuhanden der Gymnasien für die Integration Fremdsprachiger in die Mittelschulen.
2. Attestausbildungen in 26 Berufen; Networker/-innen rekrutieren Lehrbetriebe.
3. Validierung von Bildungsleistungen: 4 Pilotprojekte; Verfahren BE beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) zur Anerkennung 2010 läuft.
4. Case Management: Umsetzung; Aufbau Netzwerk und indiv. Begleitmassnahmen; 8 Case-Manager/-innen im Einsatz.
5. Koordination Brückenangebote ERZ/VOL/GEF.
6. Steuerung Pädagog. Fördermassnahmen: Vorgehensänderung im Projekt aufgrund Rückmeldungen der Schulen.
7. Berufswahlkonzept in Volksschulen: Präsenz der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB) in den Schulen.

**Status /
Weiteres
Vorgehen**

1. Daueraufgabe. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ
2. Attestausbildungen: weitere Berufe kommen dazu.
3. Validierung von Bildungsleistungen: weitere Berufsabschlüsse geplant.
4. Case Management: Jugendliche begleiten, Netzwerk erweitern, Prozessabläufe evaluieren.
5. Brückenangebote: Entscheid ERZ geplant für März 2010.
6. Steuerung Pädagog. Fördermassnahmen: Vernehmlassung Rahmenkonzept geplant für 2010.
7. Berufswahlkonzept: Umsetzung ab Sommer 2010.

Massnahme Nr. 8

«Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern (Übergang II)»	
Federführung: VOL	Mitarbeit: ERZ
Das primäre Ziel ist es, dass stellensuchende, junge Erwerbstätige mit einem Bildungsabschluss den Einstieg in ein längerfristiges Arbeitsverhältnis schaffen. <i>Bei längerer Erwerbslosigkeit geht angeeignetes Wissen der jungen Erwerbstätigen verloren, und ein grosses Potenzial liegt brach. Der Volkswirtschaft gehen wertvolles Humankapital sowie potenzielle Innovationskraft verloren, und die Sozialwerke werden belastet. Die Nutzung des Humankapitals der Jugendlichen ist äusserst wichtig für das Wirtschaftswachstum im Kanton Bern.</i>	
Umsetzung erfolgt mit folgenden Einzelmassnahmen: • 1.1.2008: Inkrafttreten der revidierten Arbeitsmarktverordnung. • 1.1.2010: Inkrafttreten des revidierten Arbeitsmarktgesetzes. 2008 + 2009 Sprungbrettevents (Studierende treffen Unternehmen). September 2008: Der Lehrstellenbericht 2008 zeichnet ein insgesamt positives Bild. Er ortet primär in den Bereichen «Sozialhilfe» und «Nachwuchssicherung» Handlungsbedarf. November 2008: 2. Lehrstellenkonferenz mit rund 270 Vertreterinnen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik sowie Lernenden verschiedener Berufsgruppen. 2009: Neu konzipierte Publikation «Plan B» und Website (www.be.ch/planb) für Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen mit Informationen über sämtliche Angebote des Kantons.	

Ziele**Beurteilung**

Jugendliche ohne Ausbildung, welche eine Massnahme besuchen, finden zu 25-30 % eine Anschlusslösung.

Ergebnisse**Status /
Weiteres
Vorgehen**

Leistungsvereinbarungen zwischen öffentlicher und privater Arbeitsvermittlung abgeschlossen und in Kraft.

Jährliche Durchführung des Sprungbrettevents.

Lehrstellenkonferenz/Lehrstellenbericht alle 2 Jahre (2010).

Jährliche Neuauflage Publikation «Plan B».

Daueraufgabe; weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsberichte VOL und ERZ

Massnahme Nr. 9

«Internationales Schulangebot schaffen»	
Federführung: VOL	Mitarbeit: ERZ

Ziele

Der Kanton Bern verfügt über ein qualitativ hochstehendes internationales Schulangebot.

Ein internationales Schulangebot ist eine wichtige Voraussetzung, dass sich Kader internationaler Firmen beziehungsweise ihre Familien (Expatriates) im Kanton niederlassen. Internationale Schulen bieten international anerkannte und zertifizierte Ausbildungsgänge an, die primär auf Kinder von international mobilen Mitarbeitenden ausgerichtet sind. Dank der Standardisierung kann die Schulbildung auf der ganzen Welt fortgesetzt werden, wenn es zu einem Wechsel des Arbeits- und Lebensorts der Eltern kommt. Deshalb ist eine internationale Schule im heutigen Standortwettbewerb ein Schlüsselfaktor sowohl für den Wirtschaftsfaktor als auch den Wohnstandort Kanton Bern.

Ergebnisse

Mit Inkrafttreten per 1.8.2009 des revidierten Volksschulgesetzes (VSG) besteht die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung seitens ERZ für Privatschulen bzw. deren Schülerinnen und Schüler in Kindergarten und Volksschule, sofern sie bestimmte Qualitätskriterien erfüllen. Für die International School of Berne (ISB) ist der Entscheid der ERZ noch offen.

Für eine Unterstützung der Diploma-Jahrgänge der ISB besteht im Mittelschulgesetz (MiSG) eine Rechtsgrundlage, hier wurden von ERZ betr. Unterstützung keine Mittel fürs Schuljahr 2009/10 gesprochen (wegen momentaner Wirtschaftslage).

Aufgrund des negativen Ausgangs der Volksabstimmung in Muri-Gümligen (Mai 2009) betreffend die notwendige Zonenplanänderung verzögert sich die Realisierung eines Neubaus für den ISB-Campus.

Beurteilung

Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine finanzielle Unterstützung von internationalen Privatschulen wie der International School of Berne liegen vor.

Die fehlende Zonenplanänderung am Standort in Muri-Gümligen sowie finanzielle Unsicherheiten verzögern die Realisierung des Campus-Projektes der ISB.

Status / Weiteres Vorgehen

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: betreffend Beiträge an internationale Privatschulen: Geschäftsbericht ERZ.

Weitere Bearbeitung des Campus-Projektes und Prüfung von Alternativen durch die ISB.

Massnahme Nr. 10

«Wettbewerbsfähige Tourismus-Destinationen fördern»		
Federführung: VOL		Mitarbeit: -

Ziele

Förderung international konkurrenzfähiger Tourismusstrukturen und Vorantreiben des Professionalisierungsprozesses im Destinationsmanagement.

Der Kanton Bern ist einer der drei grossen Tourismuskantone der Schweiz. Der Tourismus ist arbeitsintensiv und gilt weltweit als Wachstumsbranche. Er ist stark mit anderen Branchen verknüpft und generiert daher einen hohen Wertschöpfungsanteil, insbesondere in strukturschwächeren Regionen und Alpenländern. Darüber hinaus trägt er dazu bei, den Bekanntheitsgrad und die Standortattraktivität des Kantons als Arbeits- und Wohnort zu erhöhen.

Ergebnisse

2007 hat die Volkswirtschaftsdirektion unter dem Titel «Destinationsentwicklung» ein entsprechendes Projekt zur Verdichtung von bisher 12 auf 5 bis 7 Destinationen gestartet und entsprechende Szenarien entwickelt. Folgende Resultate liegen vor: Gründung der Jungfrau Marketing AG (2007); Gründung einer (interkantonalen) Marketingkooperation im Raum Drei-Seen-Land/Arc Jurassien (2008); Gründung Marketingkooperation Berner Oberland Mitte (2009) und Destination Bern (2009). Revision der Tourismusverordnung per 1.1.2010.

Beurteilung

Die Destinationsentwicklung ist auf Kurs und die erste Phase erfolgreich abgeschlossen. Die konkreten Arbeiten haben aber gezeigt, dass der Prozess, an dem jeweils zahlreiche Akteure beteiligt sind, mit mehr Aufwand verbunden ist, als ursprünglich angenommen.

Status /
Weiteres
Vorgehen

Weiterführung der Projektarbeiten mit dem Ziel von 5 Destinationen per 1.1.2012.

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL

Massnahme Nr. 11

«Energieversorgung zukunftsfähig sicherstellen»	
Federführung: BVE	Mitarbeit: JGK, VOL

Ziele

4000-Watt-Gesellschaft im Kanton Bern bis 2035.
Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandorts Bern mit Impulsen zur Entwicklung energieeffizienter Systeme und zur Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien.
Schaffen von Arbeitsplätzen in der «Biomasse- und Holzkette» und in neuen Branchen.
Marktochancen für lokale KMU (Wärmepumpen, Pelletheizungen, ...).

Ergebnisse

Der Regierungsrat hat am 4.4.2007 einen Massnahmenplan zur Umsetzung der Energiestrategie verabschiedet. Es handelt sich um 30 Massnahmen. Die Umsetzungskontrolle der Massnahmen und die Abgleichung mit den Zielen der Energiestrategie erfolgt gemäss dem Reporting zur Energiestrategie (zu Händen des Regierungsrats im Frühling 2010, zu Händen des Grossen Rates 2011).
Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes: erste Lesung in der Novembersession 2009.
Energiestrategie 2006: Umsetzung Bereich Biomasse vom Regierungsrat im Mai 2008 zur Kenntnis genommen.
Mit Investitionshilfen, einer Anlaufstelle, einem effizienten Bewilligungsverfahren und einer Koordinationsplattform will der Kanton Bern konkret landwirtschaftliche Biogasanlagen fördern. Dank einem vom Regierungsrat verabschiedeten Förderprogramm sollen bis 2011 mindestens zehn neue Anlagen entstehen.

Auf Kurs	Beurteilung
Gemäss Massnahmenplanung 2007-2010 (RRB Nr. 589/07 «Umsetzung Energiestrategie 2006: Massnahmenplanung 2007-2010»).	
Reporting erfolgt gemäss Energiestrategie 2006, Kapitel 8, «Umsetzung», zu gegebener Zeit.	Status / Weiteres Vorgehen

Massnahme Nr. 12

«Wirtschaft und Verwaltung – als Partner zusammenarbeiten»

Federführung: FIN

Mitarbeit: alle Direktionen und STA

Ziele

Wirtschaft und Verwaltung suchen vermehrt gemeinsame Lösungen für anstehende Herausforderungen.

Der Bund ist für die meisten Regelungen in der Schweiz verantwortlich. Zu erwähnen sind Steuern, Sozialversicherungen, Raumordnung usw. Da die Anwendung des eidgenössischen Rechts oft delegiert wird, bleibt aus Sicht der Unternehmen die Verwaltungspraxis der Kantone und Gemeinden entscheidend für das meiste Recht. Nicht nur die Verfahren und Vorschriften sind für die Attraktivität eines Standorts ausschlaggebend, sondern auch deren Anwendung.

Beurteilung

Die neuen Massnahmen/Aktivitäten sind in Umsetzung und bewähren sich.

Der Perspektivenwechsel, gemeinsam von beco und Personalamt getragen, ist zu wenig bekannt, (neue) Mitarbeiter/-innen sind nicht systematisch informiert, wird folglich von verhältnismässig wenig Personen aus der Verwaltung in Anspruch genommen. Die Teilnehmenden berichten über wertvolle Erfahrungen. Feedback seitens der Unternehmen zu durchgeführten Stages durchwegs positiv.

PPP-Zeughausareal Burgdorf: auf Kurs.

Ob durch KAM vermehrt gemeinsame Lösungen gefunden werden, lässt sich nicht nachweisen. Die Zusammenarbeit läuft jedoch intensiver über Fachkontakte bzw. politische Kontakte als über die Verwaltung.

Ergebnisse

Für die kundenfreundlichere Anwendung von Verfahren und Vorschriften, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie auch für neue Lösungen wurde Folgendes in die Wege geleitet:

Die Steuerverwaltung hat das Verfahren für die Eingabe der Steuererklärungen weiter verbessert (z.B. Weiterentwicklung «TaxMe»- CD sowie «TaxMe»-online).

Im Stage-Programm «Perspektivenwechsel» werden Kantonsangeestellten Einblicke in den Arbeitsalltag der Privatwirtschaft vermittelt. Strategien und Arbeitsmethoden können diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden, Bedürfnisse und Erwartungen der Kunden werden erkannt sowie die Problemlage und Anliegen von privaten Unternehmen besser verstanden.

Das PPP-Projekt Zeughausareal Burgdorf ist gestartet und ein Partner gefunden, weitere PPP-Projekte sind in Abklärung.

Nach erfolgreichem Pilotversuch wurde 2007 das kantonale Key Account Management (KAM) eingeführt: die grössten Unternehmen im Kanton Bern sowie grosse Projektvorhaben werden von Verbindungspersonen in der Kantonsverwaltung (Key Account Manager bzw. Projektkoordinatoren/-innen / früher: Kernteam Grossprojekte) speziell betreut und stehen mit Unternehmen in regelmässigem Kontakt. Das gegenseitige Vertrauen und Verständnis zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft konnte gestärkt werden.

Status /
Weiteres
Vorgehen

Verbesserung der Rahmenbedingungen ist eine Daueraufgabe, keine spezifische Berichterstattung geplant.

Perspektivenwechsel: Artikelserie im BE-Info; verstärkte Informations- und Marketing-Anstrengungen; gezielte Akquisition von Privaten für Stage in der Verwaltung.

PPP: weitere Strassenbau-Projekte in Abklärung, weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht BVE.

KAM: Daueraufgabe, weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL

Handlungsfeld Finanzen und Leistungen

Massnahme Nr. 13

«Leistungsprofil definieren»	
Federführung: FIN	Mitarbeit: alle Direktionen
Das Ziel dieser Massnahme ist es, die Aufgaben und ihre Finanzierung langfristig sicherzustellen und aufeinander abzustimmen. Damit werden finanzpolitische Handlungsspielräume geschaffen, um sowohl für Aufgaben mit hoher Priorität wie auch für Steuer-senkungen ausreichende Mittel zu haben. <i>Die Steuerbelastung ist ein wichtiger Standortfaktor und damit bedeutsam für das Wirtschaftswachstum des Kantons Bern. Das Wachstum ist aber gefährdet, wenn wichtige staatliche Aufgaben nicht ausreichend finanziert sind. Steuererleichterungen dürfen aber – im Sinne der nachhaltigen Entwicklung über eine hohe Staatsverschuldung – nicht auf künftige Generationen abgewälzt werden. Deshalb muss der Kanton Bern seine wichtigsten Aufga-ben definieren und dafür genügend Mittel bereitstellen, um auch eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung zu betreiben.</i>	

Ziele

Beurteilung

Projekt abgebrochen

Der Regierungsrat erachtet Optimierungen und Anpassungen im staatlichen Leistungsangebot als Daueraufgabe. Er will deshalb parallel zum jährlichen Planungsprozess mit einem ergänzenden Verfahren jeweils periodisch die staatlichen Leistungen prüfen.

Ergebnisse

Daueraufgabe

Weitere Berichterstattung im Rahmen der Aufgaben- und Finanz-planung (jährlich).

Status /
Weiteres
Vorgehen

Massnahme Nr. 14

«Immobilienmanagement aktivieren»	
Federführung: BVE	Mitarbeit: alle Direktionen
Die Grundstücke und Gebäude, die der Kanton nutzt oder im Eigentum hat, stellen einen wichtigen Kosten-Nutzenfaktor dar und sind ein Teil unseres Kulturguts. Sie müssen umfassend und mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung bewirtschaftet werden. <i>Zentrale Bedeutung hat dabei das im Aufbau befindliche Instrument zur mittelfristigen Finanzplanung im Immobilienbereich (MIP+), das den Entscheidungsträgern die steuerungsrelevanten Informationen zur Wirtschaftlichkeit (was kostet das Immobilienportfolio?) und zur Entwicklung (welcher Investitionsbedarf zeichnet sich ab?) aufzeigt und eine langfristige Gesamtbetrachtung der Kosten und Entwicklungen im Immobilienbereich ermöglicht.</i> <i>Im Hinblick auf eine betriebswirtschaftlich optimierte Immobilienbewirtschaftung ist eine flächendeckende Raumkostenverrechnung vorrangig.</i>	
MIP+: Ein erster Zwischenbericht liegt vor (November 2008) mit Aussagen pro Teilportfolio aufgrund von Angaben der Nutzer und deren infrastrukturellen Folgerungen aus Sicht des Amts für Grundstücke und Gebäude (AGG). Raumkostenverrechnung (RKV): Verschiebung Produktivsetzung von 2011 neu auf 2012. Dies aufgrund Massnahmen des Regierungsrats zur Verhinderung einer Neuverschuldung.	

Ergebnisse

Beurteilung

MIP+: Projektarbeiten auf Kurs	Status / Weiteres Vorgehen
RKV: Projektverzögerung aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Projektarbeiten sind auf Kurs.	
MIP+: Nach Vorliegen IT-Instrumente Cockpit weitere detailliertere Aufbereitung, ab 2011/12.	Status / Weiteres Vorgehen
RKV: Budgetierungsprozess 2010 (VA/AFP 2012-2015), Produktivsetzung 2012. Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht BVE.	

Massnahme Nr. 15

«Investitionen priorisieren»	
Federführung: BVE	Mitarbeit: alle Direktionen

Ziele

Die Investitionen auf strategischer Ebene gezielt priorisieren, um die strategischen Zielsetzungen des Regierungsrats zu erreichen.

Auf der Ausgabenseite können öffentliche Investitionen, insbesondere in Verkehr und Telekommunikation, für das Wirtschaftswachstum förderlich sein. Infrastrukturen sind ein wichtiger Standortfaktor für den Berner Wirtschaftsstandort. Der Konflikt mit den finanzpolitischen Zielsetzungen fordert transparente Entscheidungsgrundlagen, die mit der mittelfristigen Investitionsplanung geschaffen werden sollen.

Ergebnisse

September 2008: Erhebung der Daten bei ERZ und BVE. Konzept, das als Grundlage für die konkrete Implementierung von MIP im gesamtstaatlichen Planungsprozess ab 2010 dienen soll, liegt dem Regierungsrat zum Beschluss vor.

Beurteilung

Die Projektarbeiten sind verzögert, da hoher Koordinations- und Abstimmungsbedarf besteht.

Status / Weiteres Vorgehen

Die Vorlage ist im Mitberichtsverfahren und wird voraussichtlich im Januar 2010 im Regierungsrat behandelt.

Mit dem neuen Strassennetzplan und dem Investitionsrahmen-kredit Strassen wurden Planungs- und Finanzierungsinstrumente geschaffen, welche künftig eine bessere Priorisierung der Investitionen ermöglichen werden.

Weitere Berichterstattung: Aufgaben- und Finanzplanung sowie, soweit nötig, Geschäftsbericht BVE

Massnahme Nr. 16

«Steuern reformieren»	
Federführung: FIN	Mitarbeit: VOL
Begründet durch das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung will der Regierungsrat das Steuersystem im Kanton Bern reformieren. Grundsätzlich sollen Entlastungen dort stattfinden, wo die Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich über dem Durchschnitt liegt. Steuereinnahmen sollen eher in jenen Bereichen erzielt werden, in denen gleichzeitig nachteiliges Verhalten reduziert werden kann (bspw. Umweltbelastung). Zudem will der Regierungsrat sozialpolitische Ziele verfolgen, indem er Familien mit Kindern steuerlich entlastet. <i>Die beste Wachstums- und Standortförderung aus steuerlicher Sicht liegt in vergleichsweise günstigen Steuern. Eine niedrige Steuerbelastung erhöht den Anreiz zu arbeiten. Leistet die Bevölkerung mehr Arbeitsstunden, steigt das Wirtschaftswachstum. Die Reduktion umweltschädlichen Verhaltens trägt dazu bei, den Kanton Bern zu einem attraktiven Wohnort und Wirtschaftsstandort zu machen.</i>	
Eine Arbeitsgruppe hat verschiedene Möglichkeiten für ökologische Steuerreformen geprüft und in einem «Bericht über mögliche Reformen bei den direkten Steuern und den übrigen Abgaben» vom Januar 2009 dargestellt. Die darin empfohlene Stromabgabe wurde vom Grosse Rat jedoch in der Novembersession 2009 in der ersten Lesung zur Revision des Energiegesetzes abgelehnt. Als langfristige Option ist das Mobility Pricing zu sehen. Im Weiteren wurden im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge die Voraussetzungen für eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern geschaffen. Der Grosse Rat hat in der Novembersession 2009 dem Vorschlag der Kommission in der zweiten Lesung zugestimmt. Bereits hat der Regierungsrat und noch weitergehend hat der Grosse Rat in der Novembersession 2009 in der ersten Leistung zur Revision des Steuergesetzes 2011 trotz schwieriger Wirtschafts- und Finanzlagen steuerlichen Entlastungen zugestimmt. Diese werden voraussichtlich mindestens 130 Mio. CHF betragen. Hinzuweisen ist ausserdem auf die bereits per 1.1.2009 erfolgte Revision des Steuergesetzes, die zu einer deutlichen Entlastung von Familien und Mittelstand, welche im interkantonalen Vergleich stark belastet sind, führte.	

Ziele

Beurteilung

Mit dem «Bericht über mögliche Reformen bei den direkten Steuern und den übrigen Abgaben des Kantons Bern» ist der Auftrag erfüllt.

Ergebnisse

Status /
Weiteres
Vorgehen

Abgeschlossen (Prüfung von Reformen mit Blick auf die ökologische Wirkung) bzw. Daueraufgabe (Steuern).

Massnahme Nr. 17

«Agglomerationsprogramme – Verkehrs- und Siedlungsentwicklung abstimmen»	
Federführung: BVE, JGK	Mitarbeit: FIN, VOL
Raumentwicklung und Mobilität aufeinander abstimmen. <i>In den Agglomerationen spielt sich ein grosser Teil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ab, und hier – als Folge davon – konzentriert sich auch ein grosser Teil des täglichen Verkehrsaufkommens. Nimmt der Verkehr weiter zu, stösst die Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. Schiene und Strasse werden überlastet. Die bedürfnisgerechte und zuverlässige Erschliessung der Agglomerationen und damit die Attraktivität städtischer Wohn- und Arbeitsstandorte werden gefährdet. Dank frühzeitiger und weitsichtiger Planung – insbesondere dank der sorgfältigen Abstimmung der Verkehrs- und Siedlungsplanung, dem Einsatz geeigneter Instrumente und der Koordination mit der Finanzplanung – soll die Bewältigung des Verkehrsaufkommens in den Agglomerationen langfristig sichergestellt werden.</i>	
Ziele	
Ergebnisse Mit Inkraftsetzung des Infrastrukturgesetzes des Bundes werden ab 1.1.2008 Beiträge zur Mitfinanzierung von dringenden Projekten des Agglomerationsverkehrs ausbezahlt. Erste Beiträge aus dem Infrastrukturfonds werden 2011 erwartet. Die bernischen Agglomerationsprogramme (AP) wurden Ende 2007 zusammen mit dem kantonalen Synthesebericht beim Bund eingereicht. Die Beurteilung der einzelnen Agglomerationsprogramme durch die Bundesverwaltung liegt vor. Mit Ausnahme des AP Langenthal, welches zurückgewiesen wurde, schneiden die bernischen AP im schweizweiten Vergleich gut ab. Namhafte Summen sollen in die bernischen Agglomerationen fliessen. Den definitiven Entscheid werden die Eidg. Räte Ende 2009/Anfang 2010 fällen. Zahlreiche Infrastrukturprojekte werden im Augenblick zur Baureife gebracht. Mitte 2009 sind die Arbeiten an der zweiten Generation der Agglomerationsprogramme angelaufen, welche im Kanton Bern Bestandteil der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte sind.	

Ziele

Die Ziele wurden erreicht.

Beurteilung

Ergebnisse

Daueraufgabe

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsberichte BVE und JGK

Status /
Weiteres
Vorgehen

Massnahme Nr. 18

«Gesamtheitliche Verkehrslösungen bieten»	
Federführung: BVE	Mitarbeit: JGK

Ziele

Die einzelnen Verkehrsträger entsprechend ihren Vorteilen einsetzen und miteinander verknüpfen.

Ein gut funktionierendes, umweltverträgliches Mobilitätssystem ist ein wichtiger Faktor der Standortqualität des Wirtschafts- und Wohnstandorts Kanton Bern.

Ergebnisse

Die Gesamtmobilitätsstrategie des Regierungsrats liegt vor (August 2008). Mit der Gesamtmobilitätsstrategie gibt der Regierungsrat die Stossrichtungen für die langfristige Ausrichtung der Mobilitätspolitik im Kanton Bern vor. Sie richtet sich in erster Linie an die kantonale Verwaltung und ist für diese verpflichtend. Definiert werden neben der generellen Strategie die Vorgaben für den Fuss- und Veloverkehr, den öffentlichen Verkehr, den motorisierten Individualverkehr, den Güterverkehr und den Luftverkehr.

Januar 2009: Inkrafttreten Revision Strassengesetzgebung: Der neue Strassennetzplan ist im Aufbau. Er soll die Veränderungen im Kantonsstrassennetz über einen Zeithorizont von 8 resp. 16 Jahren aufzeigen. Er berücksichtigt die Ergebnisse der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK). Der erste Strassennetzplan tritt voraussichtlich im Jahr 2013 in Kraft.

Beurteilung

Mit dem Vorliegen der Mobilitätsstrategie sind die in dieser Massnahme vorgesehenen Ziele erreicht worden.

Status / Weiteres Vorgehen

Die Umsetzung der Gesamtmobilitätsstrategie ist eine Daueraufgabe.

Laufende Einarbeitung der Gesamtmobilitätsstrategie in den kantonalen Richtplan.

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht BVE

Massnahme Nr. 19

«Schiene, Strasse, Luft: Erreichbarkeit sichern»	
Federführung: BVE	Mitarbeit: JGK, VOL

Ziele

Erhaltung und Verbesserung der nationalen und internationalen Erreichbarkeit auf der Schiene, der Strasse und durch die Luft.

Die Erreichbarkeit einer Region für Güter, Dienstleistungen, Arbeit, Kapital und Wissen ist ein wichtiger Standortfaktor. Über einen Ausbau oder eine bessere Verknüpfung der Verkehrsangebote lassen sich die Kosten der Raumüberwindung senken und damit die Erreichbarkeit verbessern. Dies führt zu einer Vergrösserung der Marktgebiete, einer besseren Erschliessung von Ressourcen und ermöglicht flexiblere Produktionsprozesse. Auch für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestimmt die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in hohem Mass die Lebensqualität an einem Standort.

Ergebnisse

Schiene:

Frankreich: Mit der Einführung von TGV-Verbindungen Basel-Paris verbessern sich die Verbindungen nach Paris (mit Umsteigen in Basel). Auf den Fahrplanwechsel 2009 hin wird eine von zwei TGV-Direktverbindungen Bern-Paris abgebaut und durch Zubringerzüge Bern-Frasne ersetzt. Die Planungsarbeiten für die Wiederinbetriebnahme der Linie Delle-Belfort kommen voran, Inbetriebnahme voraussichtlich Ende 2012.

Italien: Als Folge der Rollmaterialprobleme wurde die Firma Cisalpino aufgelöst und die Verbindungen Schweiz-Italien werden seit Dezember 2009 von SBB und FS angeboten. Neu gibt es nur drei Direktverbindungen.

Deutschland: Mit dem Ausbau des Bahnhofs Interlaken zum Vollknoten (Fahrplanwechsel 2008) verringerten sich die Umsteigezeiten in die Jungfrauregion. Die internationalen ICE-Verbindungen zwischen Interlaken und Deutschland verkehren rund alle zwei Stunden.

Strasse:

Die Fertigstellung der A16 ist im Gange.

Vollständige Eröffnung der A16 Biel - Grenze Frankreich voraussichtlich im Jahr 2017. Der A5 Ostast ist im Bau. Er wird voraussichtlich im Jahr 2016 eröffnet.

Luft:

Im Jahr 2009 verfügt Bern-Belp über Linienflugverbindungen nach München und Paris.

Beurteilung

Schiene:

Die internationale Anbindung auf der Schiene weist in Richtung Italien Qualitätsprobleme auf. Mit der Auflösung der Cisalpino AG ergibt sich per Ende 2009 eine neue Situation. Nach Paris werden von SBB und SNCF die Verbindungen via Basel und Genf favorisiert, während die Verbindungen durch den Jurabogen abgebaut werden.

Strasse:

Die Bauarbeiten der A16 sind auf Kurs.

Luft:

Die Passagierzahlen des Regionalflughafens Bern-Belp sind stabil, liegen allerdings deutlich tiefer als vor 10 Jahren.

Status /
Weiteres
Vorgehen

Internationaler Verkehr: Einsatz für verbesserte Anbindung an Frankreich in Zusammenarbeit mit den Kantonen Neuenburg (Verbindung via Pontarlier) und Jura (Verbindung via Delle) im Rahmen laufender Projekte und Kontakte mit den Bahnunternehmungen.

Daueraufgabe. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht BVE

Massnahme Nr. 20

«Einbindung in den nationalen Schienenverkehr verbessern»	
Federführung: BVE	Mitarbeit: -

Ziele

Voraussetzungen schaffen zur Verbesserung der nationalen Erreichbarkeit auf der Schiene. Die Erreichbarkeit im Bereich öV kann – wie in Massnahme 19 beschrieben – nur verbessert werden, wenn die notwendigen finanziellen Mittel dazu sichergestellt werden können.

Die Erreichbarkeit einer Region für Güter, Dienstleistungen, Arbeit, Kapital und Wissen ist ein wichtiger Standortfaktor. Über einen Ausbau oder eine bessere Verknüpfung der Verkehrsangebote lassen sich die Kosten der Raumüberwindung senken und damit die Erreichbarkeit verbessern. Dies führt zu einer Vergrösserung der Marktgebiete, einer besseren Erschliessung von Ressourcen und ermöglicht flexiblere Produktionsprozesse. Auch für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestimmt die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in hohem Mass die Lebensqualität an einem Standort.

Ergebnisse

Am 1.9.2009 trat das Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEBG) in Kraft. Darin sind unter anderem folgende Massnahmen vorgesehen:

- Leistungssteigerung Bern-Thun-Interlaken sowie Lausanne-Bern und Lausanne-Biel-Olten
- Raum Bern: Entflechtung Wylerfeld, Kapazitätsausbau Knoten Bern
- Massnahmen zu Gewährleistung der Bahnstromversorgung und Lärmschutzmassnahmen auf der Lötschbergachse

Leider wurden die Erweiterungsoptionen zum Jurasüdfuss (Ligerztunnel) und zum Lötschberg-Basistunnel nicht ins Projekt aufgenommen. Diese Infrastrukturausbauten werden im Rahmen des Nachfolgeprojekts Bahn 2030 geprüft.

Beurteilung

Die erwähnten Massnahmen im Rahmen des ZEBG auf Bundesesebene und die Prüfung weiterer Anliegen des Kantons Bern tragen mittelfristig zu einer Verbesserung der nationalen Einbindung bei.

Status / Weiteres Vorgehen

Stellungnahme des Kantons Bern (in Abstimmung mit den Verkehrsdirektorenkonferenzen der Westschweiz und der Nordwestschweiz) im Rahmen Vernehmlassung des Bundesrates zu Bahn 2030 (Anfang 2010).

Weitere Berichterstattung: im Rahmen des Angebotsbeschlusses öffentlicher Verkehr.

Massnahme Nr. 21

«Kantonale Raumplanung stärken – Umsetzung und Bewirtschaftung des kantonalen Richtplans»	
Federführung: JGK	Mitarbeit: alle Direktionen
Konzentration der Kräfte auf wirtschaftlichen Erfolg versprechende Gebiete; Förderung der regionalen Stärken; wirkungsorientierter Mitteleinsatz. Die im kantonalen Richtplan festgelegte Zentralitätsstruktur mit Zentren und Entwicklungssachsen unterstützt einen konzentrierten Mitteleinsatz. <i>Strategische Fragen erhalten in der Raumplanung ein grösseres Gewicht. Grundsätzliche, längerfristige sowie am Gemeinwohl orientierte Anliegen können sich besser durchsetzen und ermöglichen eine gemeindeübergreifende Planung.</i>	
Die Richtplananpassungen 2008 wurden durch den Regierungsrat im April 2009 beschlossen. Es handelte sich dabei nur um marginale Änderungen einzelner Massnahmenblätter.	

Ziele

Beurteilung

Die Umsetzung des kantonalen Richtplans ist auf Kurs.
Beim Richtplancontrolling 2010 (verbunden mit dem Raumplanungsbericht 2010) werden umfassendere Anpassungen erwartet.

Ergebnisse

Status / Weiteres Vorgehen

Daueraufgabe
Das Richtplancontrolling 2010 ist in Vorbereitung.
Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht JGK

Massnahme Nr. 22

«Entwicklungsschwerpunkte (ESP) – attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen»

Federführung: JGK

Mitarbeit: BVE, FIN, VOL

Ziele

Attraktive Standorte für Wohnen und Arbeiten an zentralen, gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Lagen schaffen.

Mit Entwicklungsschwerpunkten wird einerseits die Abstimmung zwischen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung verbessert und eine nachhaltige und kostengünstige räumliche Entwicklung des Kantons unterstützt. Andererseits wird damit ein Beitrag zur Förderung des Wohnstandorts Kanton Bern geleistet.

Beurteilung

ESP-Wirtschaft: Es wird immer schwieriger, geeignete neue Flächen zu finden. Gründe:

- Nicht genügende Infrastruktur und dafür fehlende Mittel
- Fehlende Bereitschaft der Gemeinden, Widerstand der ansässigen Bevölkerung

ESP-Arbeiten: Die Arbeiten laufen, das Ergebnis ist noch ungewiss.

ESP-Wohnen: Auf Kurs; gutes Echo bei Gemeinden und Medien.

Ergebnisse

ESP-Wirtschaft: Der 6. Zwischenbericht 2008 zum ESP-Programm zieht folgendes Fazit: Das ESP-Programm ist auf Kurs.

ESP-Arbeiten: Die Evaluation neuer Standorte als Ersatz für bereits realisierte Standorte ist in Arbeit: Lengnau und Tramelan als neue Standorte aufgenommen, Erweiterung des ESP Niederbipp und Oberbipp sowie Entwicklung eines ESP im Raum Ausfahrt Kirchberg sind im Gang.

ESP-Wohnen: Lancierung des Wettbewerbs im Juni 2007; erste Jurierung 2007: 4 Projekte prämiert, zweite Jurierung 2008: 2 Projekte prämiert.

**Status /
Weiteres
Vorgehen**

ESP-Wirtschaft und ESP-Arbeiten: Weiterführung der Arbeiten, nächster Controllingbericht 2012.

ESP-Wohnen: Jährliche Durchführung des Wettbewerbes bis 2011.

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht JGK

Massnahme Nr. 23

«Kräfte konzentrieren – Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)»		
Federführung:	BVE, ERZ, JGK, VOL	Mitarbeit: -

Ziele

Die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden fördern und verbindlich ausgestalten.

Die Agglomerationen sind schweizweit und speziell auch im Kanton Bern die Wachstumsmotoren der Volkswirtschaft. Die vorgeschlagenen Reformen und die Einführung des Regionalkonferenz-Modells führen einerseits zu effizienteren und verbindlichen Entscheidprozessen und verbessern damit die Standortgunst. Andererseits erlaubt das optimierte Planungsinstrumentarium eine bessere Koordination von Siedlungs- und Verkehrsplanung, womit die Erschliessungsqualität für Wohnen und Arbeitsplätze verbessert werden kann. Die regionale Richtplanung kann zudem in den sechs funktionalen Wirtschafts- und Lebensräumen des Kantons und damit in grösseren Perimetern als heute erarbeitet werden.

Beurteilung

Die Umsetzung von SARZ kommt gut voran. Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden hat sich sehr gut angelassen und trägt erste Früchte in der Erarbeitung der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK) und in weiteren Zusammenarbeitsfeldern.

Ergebnisse

Die Umsetzung von SARZ gestaltet sich wie folgt:

An der kantonalen Volksabstimmung vom 17.6.2007 wurde die Einführung der Regionalkonferenzen angenommen.

Die Regionalkonferenz Oberland-Ost hat am 1.7.2008 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Die Abstimmung zur Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland am 17.5.2009 ist positiv ausgefallen. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland wird ihre operative Tätigkeit am 1.1.2010 aufnehmen.

In Thun-Oberland West und Biel/Bienne-Seeland-Jura Bernois sind die Vorbereitungsarbeiten im Gang; die Volksabstimmungen sind für 2010 geplant.

Im Oberraargau und im Emmental fallen 2010 die Entscheide für oder gegen die Inangriffnahme der Vorbereitungsarbeiten für die Bildung einer Regionalkonferenz.

Status /
Weiteres
Vorgehen

Der Kanton unterstützt weiterhin die Prozesse zur Bildung der Regionalkonferenzen.

Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht JGK

Massnahme Nr. 24

«Berner Regionen stärken»

Federführung: VOL

Mitarbeit: BVE, JGK

Ziele

Mit zahlreichen innovativen, unternehmerischen Initiativen und wertschöpfungsorientierten Entwicklungsprojekten, die in sechs regionalen Förderprogrammen erarbeitet werden, leistet der ländliche Raum seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Kantons. Da es sich um langfristige Strukturpolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen handelt, haben die Ziele einen Zeithorizont von 4 bis 8 Jahren.

Die Neue Regionalpolitik (NRP) ist insbesondere deshalb wachstumsrelevant, weil sie über 80 % der Kantonsfläche mit einem Wertschöpfungsanteil von rund 60 % erfasst.

Ergebnisse

Das Umsetzungsprogramm 2008 bis 2011 des Kantons Bern zur Neuen Regionalpolitik des Bundes (kantonales Umsetzungsprogramm NRP) wurde vom SECO im April 2008 genehmigt. Der Kanton Bern konzentriert sich darin auf die strategischen Handlungssachsen Tourismus, Industrie, erneuerbare Energien, Reformen sowie innovative Angebote. Für Darlehen stehen 7 Mio. CHF/pa, für Projekt-Beiträge 1.2 Mio. CHF/pa zur Verfügung. Der Kanton erbringt eine gleichwertige Leistung.

Beurteilung

Die Realisierung des kantonalen Umsetzungsprogramms NRP ist auf Kurs. Die geplanten Aktivitäten wurden realisiert. 2008 wurden 32 Projekte unterstützt mit einem Fördervolumen von 45 Mio. Franken, 2009 waren es 37 Projekte. Die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen in den Regionen für das Regionalmanagement hat sich eingespielt.

**Status /
Weiteres
Vorgehen**

Folgende Schritte stehen an: Weitere Umsetzung des kantonalen Umsetzungsprogramms NRP in den Jahren 2010 und 2011; Erneuerung der Leistungsvereinbarungen mit den regionalen Partnerorganisationen 2010/11, Evaluation des kantonalen Umsetzungsprogramms NRP zuhanden des SECO im Jahr 2011.

Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht VOL

Massnahme Nr. 25

«Strukturentwicklung in der Landwirtschaft begleiten»	
Federführung: VOL	Mitarbeit: -
Ziele Die Wettbewerbsfähigkeit der bernischen Landwirtschaft stärken, die Lebensgrundlagen, die Lebensgemeinschaften sowie die traditionellen Kulturlandschaften langfristig erhalten. <i>Die Landwirtschaft erarbeitet zwar nur noch einen kleinen Teil der Wertschöpfung, im Kanton Bern ist dieser Anteil aber höher als in der Schweiz. Von einer verbesserter Wettbewerbsfähigkeit der Agrarprodukte kann der Kanton Bern somit besonders profitieren.</i>	
Ergebnisse Juni 2007: Strategie Strukturverbesserungen mit Stossrichtungen und Schwerpunkten bei der Bodenverbesserung und im landwirtschaftlichen Hochbau 2007-2010. Oktober 2007: Beratungsstrategie Inforama 2008-2012. Anfang 2008: Inkraftsetzung Agrarpolitik 2011 und NFA. Mai 2008: Förderprogramm Vergärungsanlagen 2009-2012. Mai 2008: Einbezug der «Bärner Bio Bure» ins Regionale Absatzförderungskonzept «Das Beste der Region» (Verein DBR). August 2009: Start 6-jähriges Förderprogramm Boden Kanton Bern. Dezember 2009: Kommunikation LANAT-Strategie 2014	

Beurteilung

Die Ausgestaltung der Förderprioritäten bewirkt, dass wirtschaftliche und ökologische Kriterien bei der Beurteilung von Projekten, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollen, stärker gewichtet werden.

Die mit der Massnahme 25 verknüpften Ziele sind langfristig ausgerichtet und nach wie vor aktuell. Sie sind auch von den agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen und der Unterstützung des Bundes abhängig. Der kantonale Spielraum ist entsprechend eingeschränkt.

Die Strukturentwicklung (Anzahl Betriebe) im Kanton Bern liegt mit -1.1 % im Durchschnitt der Jahre 2004-2007 tiefer als im Durchschnitt der übrigen Schweiz (-1.5 %).

Fazit: Die kantonalen Fördervorgaben im Sinne der Zielsetzungen der Wachstumsstrategie wurden weiterentwickelt; die Umsetzung bei konkreten Projekten ist im Gang. Die Wirkung ist langfristig.

Die landwirtschaftliche Beratung ist vermehrt auch mit sozialen Folgen der Strukturentwicklung konfrontiert («Begleitung»).

Status / Weiteres Vorgehen

Angesichts des dynamischen Umfelds, in der sich die einheimische Landwirtschaft befindet, ist diese Massnahme als Daueraufgabe einzustufen. Deshalb hat ihre Zielsetzung Eingang gefunden in die LANAT-Strategie 2014.

Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL

Handlungsfeld «Marke Kanton Bern»

Massnahme Nr. 26

«Profil für den Kanton Bern schaffen»

Federführung: VOL

Mitarbeit: alle Direktionen und STA

Ziele

Den Kanton Bern als Marke mit attraktiven Inhalten positionieren.

Den Kanton Bern durch gezielte Marketing- und Kommunikationsmassnahmen bei seinen Bewohnern, der schweizerischen Öffentlichkeit sowie ausländischen Interessenten als attraktive Region positionieren. Mehr Attraktivität bringt u.a. mehr Ansiedlungen von natürlichen und juristischen Personen und damit mehr Wirtschaftswachstum.

Ergebnisse

Das Institut für Marketing und Unternehmensführung der Universität Bern hat 2008 eine Imagestudie zum Kanton Bern durchgeführt, eine Analyse der Stärken und Schwächen abgegeben und ein Soll-Profil erarbeitet. Profilieren kann sich der Kanton Bern über seine Stärken. Ein künftiges Soll-Profil stützt sich auf die Kerneigenschaften «echt», «intakt» und «vernetzt».

Auf dieser Grundlage hat der Regierungsrat grünes Licht gegeben für drei Teilprojekte zu den Themen Erscheinungsbild, Kommunikation und Dienstleistungsorientierung. Aufgrund von veränderten finanziellen Rahmenbedingungen als Folge der Wirtschaftskrise wurden die Projektarbeiten im Februar 2009 vorläufig sistiert.

Beurteilung

Mit der Imagestudie und dem Soll-Profil liegt eine fundierte Aussensicht zum Kanton Bern vor. Die Grundlagen für das Soll-Profil sind erarbeitet. Die Notwendigkeit, daran weiter zu arbeiten, ist nach wie vor gegeben. Der Aufbau einer Corporate Identity benötigt aber entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen, die im heutigen Zeitpunkt nicht vorhanden sind.

Status / Weiteres Vorgehen

Eine Neubeurteilung und ein Entscheid über die weiteren Arbeiten erfolgen im Laufe des Jahres 2010.

Massnahme Nr. 27

«Kanton Bern als Wohnstandort fördern»	
Federführung: VOL	Mitarbeit: -

Ziele

Aktives Wohnstandortmarketing betreiben, um zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner für den Kanton Bern zu gewinnen.
Durch das Marketing wird das Image des Kantons Bern als Wohnstandort verbessert und die Wertschöpfung und das Steuersubstrat durch zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Bern erhöht.

Ergebnisse

Unter dem Titel «Wohnen im Kanton Bern» hat die kantonale Wirtschaftsförderung WFB in den Jahren 2007 bis 2009 folgende Aktivitäten durchgeführt:

- Aufbau eines Kontaktnetzes zu Immobilien-Dienstleistern
- Auftritte an Eigenheimmessen und Events
- Einrichtung einer Anlaufstelle
- Testimonial-Kampagne in Zusammenarbeit mit der Stadt Thun
- Leistungsvereinbarungen mit regionalen Partnerorganisationen
- Auf- und Ausbau einer Internet-Seite (www.be.ch/wohnen).

Beurteilung

Die geplanten Aktivitäten wurden realisiert. Die bestehenden Grundlagen und Netzwerke bilden eine gute Basis für weitere Kooperationen und dienen der punktuellen Imagepflege.

Status / Weiteres Vorgehen

Aufgrund der finanziellen Restriktionen im Voranschlag 2010 werden die Leistungen gestrafft.
 Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht VOL

Massnahme Nr. 28

«Bundesstadt als politisches Entscheidzentrum vermarkten»

Federführung: VOL

Mitarbeit: -

Ziele

Die Vorteile des Faktors Politzentrum aufzeigen und Unternehmen und Organisationen ansiedeln, die attraktive und vergleichsweise krisenresistente Arbeitsplätze schaffen.

Die Unternehmen und Organisationen, die sich im Umfeld des Politzentrums Kanton Bern ansiedeln, schaffen Arbeitsplätze.

Ergebnisse

Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Bern. Die kantonale Wirtschaftsförderung WFB hat mit dem Wirtschaftsamtsamt der Stadt Bern eine entsprechende Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

Beurteilung

Das Politzentrum Bern bezieht sich nicht auf den Kanton als Ganzes, sondern auf die Stadt Bern und allenfalls auf die umliegenden Gemeinden. Deshalb ist der Lead der Stadt Bern bei diesem Thema angezeigt. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit Stadt-Kanton werden ausgewertet.

Mit dem Projekt «Hauptstadtregion Schweiz» ergibt sich eine neue Ausgangslage.

Status / Weiteres Vorgehen

Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem Wirtschaftsamtsamt der Stadt Bern für 2010.

Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht VOL

Massnahme Nr. 29

«EURO 08 – Bern wirkt Wunder»		
Federführung:	POM, VOL	Mitarbeit: BVE

Ziele

Die EURO 08 als Plattform nutzen für die Präsentation des Kantons Bern im In- und Ausland als attraktive Ferienregion und idealen Wirtschafts- und Wohnstandort.

Von dieser Promotion profitiert der Tourismus-, Wirtschafts- und Wohnstandort Kanton Bern.

Beurteilung

Die EURO 08 war ein Erfolg für Stadt und Kanton Bern.
Der Schlussbericht vom 21.1.2009 zieht folgendes Fazit: «Die EURO 2008 darf als grosser Erfolg für die Stadt und den Kanton Bern gewertet werden. Diese Einschätzung wird nicht nur durch nationale und internationale Medien sowie Besucherinnen und Besucher geteilt, sondern auch von der eigenen Bevölkerung. Der Standort Bern hat mit der Durchführung der EURO 2008 bewiesen, dass internationale Grossanlässe durchaus in einen vernünftigen finanziellen Rahmen gestellt werden, Nachhaltigkeitsanliegen respektieren und die eigene Bevölkerung begeistern können.»
Die Zielsetzungen wurden erreicht.

Ergebnisse

Juni 2007: Kick-off auf dem Jungfraujoch.
9./13./17.6.2008: EM-Vorrundenspiele Bern.

Wirtschaftlich war die EURO 08 ein Erfolg. Sie trug in der Schweiz 0.18 % zum BIP 2008 bei; längerfristig und in Bezug auf Nachhaltigkeit kann nicht von messbaren Effekten ausgegangen werden. Gesamtschweizerisch wurde ein Gesamtumsatz von ca. 1.5 Mia. CHF und eine Bruttowertschöpfung von 870 Mio. CHF erzielt. Die 6.5 Mio. Besucher/-innen, davon 1.2 Mio. aus dem Ausland, haben rund 300 Mio. CHF ausgegeben. Die Zahl der zusätzlich generierten Hotellogiernächte lag bei 245'000 (von total 865'000). In Bern konnten an Stelle der prognostizierten 600'000 etwa 930'000 Fans begrüsst werden.

750 Mediensachfende aus aller Welt akkreditierten sich im Mediencenter. Im Vorfeld der EURO 08 kamen rund 220 Journalisten aus den Gastnationen nach Bern. Früchte trug auch die Gastgeber-Kampagne «Welcome to Bern», welche um die 10'000 Personen direkt erreichte: Ernten liessen sich beispielsweise Dankesbriefe von niederländischen Gästen, vorwiegend positive Medienberichterstattungen über und aus Bern usw.

Status / Weiteres Vorgehen

Die Massnahme und damit auch die Berichterstattung sind beendet.

Massnahme Nr. 30

«Kultur als Standortfaktor positionieren»	
Federführung: ERZ	Mitarbeit: -
Die kulturellen Stärken des Kantons Bern als Standortfaktor positionieren. <i>Beispiele der letzten Jahre aus dem In- und Ausland zeigen, dass Unternehmen bei der Suche nach neuen Wirtschaftsstandorten keineswegs nur auf den Steuerfluss, auf vorhandene Gewerbegebiete oder auf geeignete Liegenschaften achten, sondern für ihre Angestellten vielmehr auch Standorte mit überzeugenden Erlebnispotenzialen in den Bereichen Kultur, Freizeit, Sport und Bildung suchen. Wirtschaftsunternehmen in einer kulturell aktiven Region oder Stadt sind ihrerseits wiederum attraktive Arbeitgeber für Mitarbeitende mit guter Ausbildung und entsprechend hohen Ansprüchen an ein qualitativ überzeugendes kulturelles Freizeitangebot.</i>	
Der Grosse Rat hat in der Märzsession 2009 die «Kulturstrategie für den Kanton Bern». Eckpunkte: Kulturkanton Bern bietet hohe Lebensqualität, ist ein attraktiver Standort und besitzt gestaltende Kraft. Die Vorbereitungsarbeiten zur Revision Kulturförderungsgesetz (KFG) sind angelaufen, wichtigste Inhalte: Neudefinition Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden; Kanton finanziert künftig Kulturinstitutionen allein, wenn für Schweiz einmaliges Angebot; grosses (inter)nationales Publikum sowie Beachtung in (inter)nationalen Fachkreisen und Medien. Weitere Aktivitäten: NRP-Projekt «KulTour.BE» (in Zusammenarbeit mit beco): Bessere Positionierung der Museen und Schlösser rund um den Thunersee zur Steigerung der touristischen Wertschöpfung. Leitfaden für die Angebotsgestaltung für weitere Kulturinstitutionen im Kanton Bern in Erarbeitung.	

Ziele**Beurteilung**

Mit der Kulturstrategie für den Kanton Bern ist das Ziel erreicht. Weitere Einzelmassnahmen sind auf Kurs.

Ergebnisse**Status /
Weiteres
Vorgehen**

Revision Kulturförderungsgesetz (Inkrafttreten: 2013).
Zurverfügungstellung des Leitfadens «KulTour.BE» für weitere Kulturinstitutionen im Kanton Bern (Anfang 2010).
Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ

Anhang 2: Handlungsfelder und Massnahmen zu Wachstumsstrategie 2004

Handlungsfeld	Ausgaben	Status ¹
	Massnahmen	
	Umsetzung der Beschlüsse im Rahmen der strategischen Aufgabenüberprüfung SAR und SAR-E mit dem Ziel, den Staatshaushalt zu entlasten und die Schulden zu stabilisieren	Auftrag erreicht (CB 2006) ²
	Bewertung der Investitionsvorhaben und Priorisierung aus Wachstumsoptik	In Umsetzung Berichterstattung im Rahmen des Projekts «Mittelfristige Investitionsplanung (MIP)» Vgl. auch Massnahme 15 der wachstumsstrategie version 2007
	Umsetzung der im Rahmen der Budgetdebatte vom Grossen Rat überwie- senen Motionen und Aufträge	Auftrag erreicht (CB 2006)
Handlungsfeld	Steuern	Status
	Massnahmen	
	Schaffung der Voraussetzungen für steuerliche Entlastungen bei den natür- lichen Personen nach erfolgreichem Sanierungsprozess	Auftrag erreicht Teilrevision des Steuergesetzes vom 24. Februar 2008. Entlastet wurden in erster Linie Familien und der Mittelstand.
	Verzicht auf einen Gegenvorschlag zur Steuersenkungsinitiative	Auftrag erreicht (CB 2006)

1 Der systematische Hinweis «Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht ...» bedeutet: Diese erfolgt soweit nötig.

2 Die mit «CB 2006» gekennzeichneten Massnahmen wurden aus dem «Controllingbericht 2006 zur Wachstumsstrategie 2004 und zur Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums» vom 4. April 2007 übertragen. Es wurden keine weiteren Abklärungen getroffen.

Handlungsfeld

Bildung	
Massnahmen	Status
Räumliche Konzentration der Studienangebote im Fachhochschulbereich	Umgesetzt im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit der Berner Fachhochschule (2009) Vgl. Massnahme 3 der Wachstumsstrategie version 2007
Ausbildungstransfer zwischen Universität und Fachhochschule	Vgl. Massnahmen 2 und 3 der Wachstumsstrategie version 2007
Steuerung der Institutionen der Tertiär- und Sekundarstufe II über Leistungsvereinbarungen und Globalbudget	Auftrag erreicht (CB 2006)
Verlagerung von Teilen der höheren Berufsausbildung (Technikerschulen) an die Fachhochschule	Auftrag erreicht (CB 2006)
Optimierung Wissenstransfer Wirtschaft-Bildung-Forschung	Berichterstattung im Rahmen der Massnahmen 2 und 4 der Wachstumsstrategie version 2007
Sicherstellung der International School of Berne (ISB)	Auftrag teilweise erreicht Vgl. Massnahme 9 der Wachstumsstrategie version 2007
Bildungsstrategie für den Kanton Bern	Bildungsstrategie 2005 umgesetzt; Controllingbericht 2009 zur Bildungsstrategie: Behandlung in Grosse Rat Novembersession 2009 Berichterstattung: Geschäftsbericht ERZ
Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt	Auf Kurs Umsetzung im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit der Universität (Ausarbeitung ab 2010) Vgl. Massnahme 3 der Wachstumsstrategie version 2007
Rolle der Hochschulen des Kantons in einem Wissenscluster prüfen – integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt	
Lehraufträge an Universität und Fachhochschulen für Kaderangehörige und Spezialisten von Berner Unternehmen – integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt	
Ausbau familienergänzende Kinderbetreuung	Auftrag erreicht Vgl. Massnahme 6 der Wachstumsstrategie version 2007 Berichterstattung: Geschäftsbericht ERZ
Einführung von Blockzeiten in der Volksschule	Auftrag erreicht Umsetzung im Rahmen der Revision Volksschulgesetz (2008) Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht ERZ

Handlungsfeld

Verkehr/ Infrastruktur

Massnahmen

Status

Rahmenkredit öffentlicher Verkehr	Daueraufgabe (GRB alle 4 Jahre)
Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr	Daueraufgabe (GRB alle 4 Jahre)
Bahn 2000, 1. Etappe	Auftrag erreicht (CB 2006)
S-Bahn Bern 2005	Auftrag erreicht (CB 2006)
öV Erschliessung Bern West	Tram Bern West im Bau, Inbetriebnahme Ende 2010 geplant
Strassenbauprogramm	Seit 1.1.2009 ist das neue Strassengesetz in Kraft. In diesem Rahmen wird das Strassenbauprogramm durch den Strassennetzplan abgelöst. Im Rahmen der Übergangsphase wird 2010 noch ein letztes Strassenbauprogramm erstellt.
Umsetzung Gesamtverkehrsstudie Agglomeration Thun	Bypass Thun-Nord und weitere Massnahmen in Projektierung; Strassenplanverfahren 2010, Kreditantrag 2011, Baubeginn frühestens 2012
Umgestaltung Murtenstrasse, Brünnen, Bern	Abgeschlossen
Wankdorfplatz	Im Bau, Fertigstellung für Oktober 2012 geplant
Flughafenerschliessung Bern-Belp	Auftrag erreicht (CB 2006)
Aufrechterhaltung eines guten Linienflugangebotes ab Bern-Belp	2009: neue Verbindungen nach Paris. Vgl. Massnahme 19 der wachstumsstrategie version 2007
Autostrassenanschluss Studen	Ein genehmigter Strassenplan liegt vor. Im Rahmen des Netzbeschlusses soll die T6 an den Bund übergehen. Der Entscheid, ob das Projekt umgesetzt werden soll oder nicht, wird beim Bund liegen.
Agglomerationsprogramme Verkehr + Siedlung: Realisierung von Massnahmen aus den Mobilitätsstudien der Regionen Bern, Biel, Thun und Burgdorf	Ende 2007 beim Bund eingereicht Vgl. Massnahme 17 der wachstumsstrategie version 2007
HGV-Anschlüsse: Gute Einbindung des Kantons Bern in das schweizerische und europäische Hochleistungsverkehrsnetz	Rosshäuserntunnel (Strecke Bern-Neuchâtel): Baubeginn 2009, Inbetriebnahme voraussichtlich 2014 Vgl. Massnahmen 19 und 20 der wachstumsstrategie version 2007

Handlungsfeld	Raumordnung	Status
	Massnahmen	
	Kantonaler Richtplan – Umsetzung	Vgl. Massnahme 21 der wachstumsstrategie version 2007 Berichterstattung im Rahmen des Richtplancontrollings 2010
	B_01 Verkehr, Siedlung und Lufthygiene abstimmen (Fahrleistungsmodell)	
	B_02 Erschliessungsqualität im Gesamtverkehr prüfen und Finanzierungsmechanismen anpassen	
	C_01 Zentralitätsstruktur	
	C_03 Zentren- und Agglomerationspolitik erarbeiten	
	C_04 Kantonale Entwicklungsschwerpunkte (ESP) realisieren	
	F_01 Regional differenzierte Förderstrategien für den ländlichen Raum entwickeln: Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums	
	F_03 Koordinationsabkommen Kanton – Planungsregionen abschliessen	
	H_01 Die Bewirtschaftung des Richtplans und die Koordination des raumwirksamen Handelns sicherstellen	
	ESP-Idee weiterentwickeln: ESP-A (A = Arbeiten) identifizieren, aufbauen ESP-D (D = Dienstleistungen) realisieren ESP-W (W = Wohnen) identifizieren, aufbauen	Vgl. Massnahme 22 der wachstumsstrategie version 2007

Handlungsfeld**Standortpromotion****Massnahmen**

Weiterführung der Promotionsaktivitäten der WFB für den Wirtschaftsstandort Kanton Bern in ausgewählten Zielmärkten

«Wohnen im Kanton Bern»: Promotion für den Wohnstandort Kanton Bern aufbauen

«Bern hat ein Gesicht»: Key Account Management für Privatpersonen aufbauen

Status

Umsetzung im Rahmen der Geschäftstätigkeit der WFB
Weitere Berichterstattung: Jahresbilanz der WFB, Geschäftsbericht VOL

Erreicht: Realisierung einer Anlaufstelle mit Internet-Auftritt (www.be.ch/wohnen)
Vgl. Massnahme 27 der wachstumsstrategie version 2007
Berichterstattung: Geschäftsbericht VOL

Teilweise realisiert; vgl. Massnahme 27 der wachstumsstrategie version 2007
Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht VOL

Handlungsfeld**Verfahren und Vorschriften****Massnahmen**

KAM-Kundenschnittstelle Unternehmen: regelmässige Kundenkontakte

Einsetzung eines «Koordinators Unternehmenssteuern»

Beschleunigung von Verfahren

Teilrevision des HPG (Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern)

Überprüfung von Strukturen und Abläufen bei Handelsregister- und Grundbuchämtern

Optimierung von komplexen Bau- und Planungsverfahren

«Sonntagsarbeit ermöglichen»: Intervention auf Bundesebene zur Öffnung der geltenden Vorschriften für Sonntagsarbeit unter Berücksichtigung des Arbeitnehmerschutzes

Einführung des Anzeigeverfahrens an Stelle des Bewilligungsverfahrens im Baugesetz

Angleichung der kommunalen Bauvorschriften

Status

Dauerauftrag
Vgl. Massnahme 12 der wachstumsstrategie version 2007
Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht VOL

Auftrag erreicht (CB 2006)

Auftrag erreicht (CB 2006)

Auftrag erreicht (CB 2006)

Realisiert im Zusammenhang mit der Bezirksreform
Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht JGK

Teilweise realisiert und umgesetzt durch das Kernteam Grossprojekte
Vgl. Massnahme 12 der wachstumsstrategie version 2007

Abgebrochen (CB 2006)

Verzicht (CB 2006)

Vgl. Massnahme 21 der wachstumsstrategie version 2007

Handlungsfeld

Arbeitsmarkt	
Massnahmen	
Umsetzung des Arbeitsmarktgesetzes	
Übergänge in den Berufsbiografien optimieren durch Unterstützung von Pilotprojekten	

Status

Daueraufgabe; Teilrevision des Arbeitsmarktgesetzes und Inkraftsetzung 1.1.2010
Weitere Berichterstattung: Arbeitsmarktbericht beco (jährlich), Geschäftsbericht VOL
Erreicht. Alle zwei Jahre Publikation des Lehrstellenberichtes
Vgl. Massnahmen 7 und 8 der wachstumsstrategie version 2007

Handlungsfeld

Einzelbetriebliche und branchenorientierte Fördermassnahmen	
Massnahmen	
Weiterführung der Instrumente zur einzelbetrieblichen Förderung gemäss Wirtschaftsförderungsgesetz und Bereitstellung der notwendigen Kredite im bisherigen Rahmen	
Revision des Tourismusförderungsgesetzes	
Überarbeitung der Agrarstrategie des Kantons Bern	
Ausrichtung «Preis des Kantons Bern» für Leistungen von Neuunternehmern im Kanton Bern, die an Universität oder an Fachhochschule Ausbildung absolviert haben und im Kanton Bern tätig sind – integriert in Massnahme: Entwicklung der tertiären Bildung zum Wirtschaftsfaktor und zum Exportprodukt	

Status

Umsetzung im Rahmen der Geschäftstätigkeit der WFB
Berichterstattung: Jahresbilanz der WFB, Geschäftsbericht VOL
Auftrag erreicht (CB 2006)
Auftrag erreicht (CB 2006)
Abgebrochen – auf Umsetzung wurde verzichtet, da private Stiftungen und Vereine entsprechende Angebote geschaffen haben: Innovationspreis Ypsomed-Stiftung, Burgdorfer Innovationspreis

Handlungsfeld

Diverse	
Massnahmen	
Regierungsreform	
Parlamentsreform	
Reform dezentrale Verwaltung	
Zweite Justizreform	
Umsetzung von NEF (Neue Verwaltungsführung)	
«Bern hat ein Gesicht»: Aufbau eines Key Account Managements für die Zielgruppe «wohlhabende Neuzuzüger»	
«Bern international»: Internationalisierung des Standortes und der Gesellschaft fördern	
«Bern als Politzentrum»: Nähe zur Bundesverwaltung als Konkurrenzvorteil nutzen	

Status

Erreicht: Schlussbericht des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 27.02.2008
Auftrag erreicht (CB 2006)
Auftrag erreicht (CB 2006)
Auftrag erreicht (CB 2006)
Eingeführt 1.1.2005, Daueraufgabe, Evaluation bis 2013 Weitere Berichterstattung: Geschäftsbericht FIN
Teilweise realisiert im Rahmen der Promotionsaktivitäten Wohnen Vgl. Massnahme 27 der wachstumsstrategie version 2007
Auftrag erreicht (CB 2006)
Vgl. Massnahme 28 der wachstumsstrategie version 2007

Massnahmen Berner Jura

Nr. ¹	Ziel	Arbeitsgruppe Bloch	Status
Nr. 6.1		Im Rahmen der Arbeiten der «groupe de réflexion» im Berner Jura unter dem Vorsitz von Dr. Rolf Bloch wurden zur Stärkung des Berner Juras als Industriestandort 21 Massnahmen vorgeschlagen.	Abgeschlossen (SIAMS Moutier, Technoparc St. Imier, Espace DEFI Tramelan), Bildung Präzisionscluster, weitere Projekte in NRP überführt (Wissenstransfer, Mikrotechnik, Coaching KMU).
Nr. 6.2		Realisierung der A16 Die A16 ist als wichtige Verbindung zwischen dem Mittelland, dem Berner Jura, dem Kanton Jura, der Nordwestschweiz und dem Raum Belfort in Frankreich planmässig zu realisieren. Gute Verkehrswege sind sehr wichtig. Die Realisierung ist deshalb rasch voranzutreiben.	Moutier Nord-Kantonsgränze BE/JU: seit 1.12.2007 in Betrieb Moutier Nord-Moutier Süd: Eröffnung Ende 2011 Moutier Süd-Court: Eröffnung Ende 2012 Court-Loveresse: Eröffnung Sommer 2017 Loveresse-Tavannes: Eröffnung Ende 2012
Nr. 6.3		Verbindung Renan-Les Convers Eine gute Anbindung des St.-Immer-Tals an den Raum Neuenburg-La Chaux-de-Fonds ist von Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung.	Projekt zurückgestellt, stattdessen läuft eine Zweckmässigkeitsbeurteilung für die Ostumfahrung von La Chaux-de-Fonds (Federführung Kanton Neuenburg, Mitarbeit der Kantone Bern und Jura).
Nr. 6.4		Parc régional Chasseral Der Parc régional Chasseral (Association) hat sich bei der lokalen Bevölkerung bereits gut etabliert und hat in den vergangenen Jahren ein attraktives Angebot für den Besucher geschaffen. Der Parc régional Chasseral hat für die touristische Entwicklung der Region einen hohen Stellenwert.	Vom Bund als regionaler Naturpark anerkannt, Finanzierung für die Startphase sichergestellt.
Nr. 6.5		Unterstützung der Tourismusdestination Watch Valley Watch Valley nimmt vier verschiedene Aufgaben wahr: Marke, Marketingorganisation, Projektleitung, von Schweiz Tourismus anerkannte Region. Die Konsolidierung und Weiterentwicklung von Watch Valley ist für die touristischen Organisationen und Leistungsträger im Jurabogen unabdingbar.	Umsetzung bzw. Weiterentwicklung erfolgt im Rahmen NRP-Destinationsprojekt Jura/Drei-Seen-Land; Destinationsmarketinggesellschaft gegründet (2008).

¹ Die Nummerierung und Reihenfolge der Massnahmen wurden aus dem «Controllingbericht 2006 zur Wachstumsstrategie 2004 und zur Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums» vom 4. April 2007 übertragen.

Nr. 6.6 Förderung harmonisierter Beziehungen zwischen der Region und den Agglomerationen Biel, La Chaux-de-Fonds und Delémont	Ziel Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den vier Städten und Agglomerationen ist zu gewährleisten.	Status Plattform geschaffen: Réseau des villes de l'arc jurassien Im Aufbau: Regionalkonferenz Biel-Seeland-Berner Jura Vgl. Massnahme 23 der wachstumsstrategie version 2007
Nr. 6.7 Förderung erneuerbarer Energien Eine Informationsdrehscheibe für alle kantonalen Amtsstellen ist aufzubauen. Kanton und Gemeinden favorisieren bei eigenen Projekten einheimisches Holz als Baustoff und Energieträger.	Wurde in Energiestrategie aufgenommen Vgl. Massnahme 11 der wachstumsstrategie version 2007	
Nr. 6.8 Bedeutung der Bildungsanstalten für die Attraktivität des industriellen Berner Juras Berufsfachschulen im Berner Jura: Sie werden zum «Centre professionnel du Jura bernois» zusammengeschlossen.	Auftrag erreicht: Für das neue Centre professionnel du Jura bernois ist seit August 2009 die neue Direktion eingesetzt; der effektive Zusammenschluss sämtlicher Berufsfachschulen in St. Imier, Tramelan und Moutier zum neuen Centre professionnel wird auf Sommer 2010 vorbereitet. Unternehmen im Berner Jura haben für die berufliche Grundbildung und die höhere Berufsbildung einen Ansprechpartner. Berichterstattung: Centre professionnel du Jura bernois bzw., soweit nötig, Geschäftsbericht ERZ	

Massnahmen Berner Oberland

Nr. 1.1	Angebot von Spital- und Pflegebetten	
Ziel	Umnutzung und Umstrukturierung abgebauter Spital-Pflege und Heimbetten für Demenzkranke. Aufrechterhaltung einer erweiterten Grundversorgung auf der Basis der heutigen Spitalbetten mit den dazugehörigen Standorten.	
Nr. 1.2	Internationale Bahnanschlüsse	
	Block I: Sämtliche internationale Bahnverbindungen sehen mind. einen Halt im Berner Oberland vor. Kundenfreundliche Anschlussverbindungen in die Teilregionen mit dem öV sind gewährleistet. Direkte internationale Verbindungen nach Interlaken werden gestärkt und neue Direktverbindungen werden geschaffen (z.B. TGV, Eurostar). Interlaken-Ost wird zum Knotenbahnhof gemäss dem ursprünglichen Konzept. Block II: Der Bahnhof Thun bleibt in seiner Bedeutung erhalten und der Bahnhof Spiez wird aufgewertet.	
Nr. 1.3	Ausbau Kapazitäten der Bahn (Bern-Visp)	
	Durch die Inbetriebnahme des Lötschbergtunnels dürfen Pendler nicht benachteiligt werden. Deshalb ist eine Kapazitätserweiterung im Aaretal, speziell zwischen Bern und Thun, vorzusehen sowie der Einbau der Eisenbahntechnik in den schon ausgebrochenen Teil des Lötschbergbasistunnels.	
Nr. 1.4	40t für die Täler	
	Ein Ausbau der Strassenachsen Simmental-Saanental, Kandertal-Adelboden, Meiringen-Guttannen ist zu prüfen. Sobald die Studienergebnisse vorliegen, ist über eine Öffnung für 40t zu entscheiden (Sofortmassnahme: Kreuzungsverbot auf Brücken). Damit sollen Standortnachteile der produzierenden Industrie in Randregionen gemindert werden.	

	Nicht realisiert, stattdessen haben Heime Demenzabteilungen gebaut.	Status
	In Umsetzung. Berichterstattung in Geschäftsbericht der Spitäler fmi AG (Frutigen, Meiringen, Interlaken) sowie im Rahmen der Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz bzw. soweit nötig des Geschäftsberichts GEF.	
	Mit Vollknoten Interlaken zum Fahrplanwechsel 2008 umgesetzt. Internationale Züge halten im Berner Oberland. Kurze Umsteigezeiten in die Jungfrauregion, internationale Verbindungen durch ICE aus Deutschland. Unbefriedigend ist der Wegfall der direkten Verbindungen zwischen Interlaken und Zürich-Flughafen.	
	Knoten Interlaken umgesetzt. Leistungssteigerung im Aaretal im Agglomerationsprogramm aufgenommen.	
	Der Regierungsrat hat im Oktober 2006 vom Bericht «Wirtschaftlicher Nutzen und Kosten einer Anhebung der Gewichtslimiten» der Volkswirtschaftsdirektion Kenntnis genommen. • 40-Tonnen-Ausbauten auf den Strassenzügen Zweisimmen-Wimmis und Spiez-Frutigen sind gerechtfertigt. • Das Saanenland ist über den Kanton Waadt für 40-Tönnner erreichbar. • Für die restlichen Strassenzüge hat der Regierungsrat entschieden, auf einen konzentrierten 40-Tonnen-Ausbau zu verzichten.	

Nr. 1.5	Bauliche Massnahmen Strasseninfrastruktur	Status
	Verwirklichung der im Strassenbauprogramm 2005-2008 aufgeführten Projekte des Berner Oberlandes. Beschleunigung des Baubeginns der Umfahrungsstrasse Emdtal, Aeschi. Durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bleiben die Täler auch an verkehrsreichen Tagen erreichbar.	
Nr. 1.6	Höhere Fachschule Diplompflege	
	Gute Ausbildung in der Region und für die Region (Höhere Fachschule mit 20-50 Auszubildenden pro Stufe). Damit wird Qualitätssicherung, Nachwuchsförderung sowie Bindung an Arbeitsplatz gewährleistet.	Die Projekte im Strassenbauprogramm 2005-2008 wurden realisiert; Projekte aus dem Strassenbauprogramm 2009-2012 sind in Umsetzung. Die Umfahrung Emdtal ist realisiert und wurde 2008 dem Verkehr übergeben.
Nr. 1.7	Distance Learning	
	Distance Learning soll in den Volksschulen sowie in Sek-Stufe II eingeführt werden. Durch e-learning wird die Nutzung der zentralen Ausbildungszentren ermöglicht und die Abwanderung Junger in die Zentren abgemindert.	Auftrag erreicht: ca. 100 Ausbildungsplätze am Standort Thun des Berner Bildungszentrums Pflege. Weitere Berichterstattung: Jahresbericht Bildungszentrum Pflege bzw., soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ.
Nr. 1.8	Grundangebot Sport, Musik, Kultur	
	Als Massnahme der allg. Gesundheitsförderung und -prävention soll der jungen Bevölkerung ein gutes Grundangebot im kulturellen, sportlichen und musischen Bereich geboten werden. Dazu sind die Angebote der Musikschulen sowie des freiwilligen Schulsports aufrechtzuerhalten.	Verzicht auf Stufe Volksschule; anstelle Distance Learning wurde eine Filialklasse des Gymnasiums Interlaken in Gstaad eröffnet. Verzicht (CB 2006) ²

2 Die mit «CB 2006» gekennzeichneten Massnahmen wurden aus dem «Controllingbericht 2006 zur Wachstumsstrategie 2004 und zur Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums» vom 4. April 2007 übertragen. Es wurden keine weiteren Abklärungen getroffen.

Nr. 1.9	Jugendforum Berner Oberland		Status
Ziel	Unter dem Patronat der VWK BeO soll ein Jugendforum aufgebaut werden. Dieses soll der Jugend Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und für das BeO als Wohn- und Arbeitsort sensibilisieren.	Wurde wegen fehlender Nachfrage sowie Wegfall Finanzierung aus Lotteriefonds nicht vorangetrieben. Die Jugend wird als wichtig erachtet und in VWK BeO-Projekten berücksichtigt (z.B. Sensibilisierung für handwerkliche Berufe, Lehrstellenvermittlung).	
Nr. 1.10	Nichtlandwirtschaftliche Nutzungen im Landwirtschaftsgebiet 1. Die nicht landwirtschaftliche Nutzung landwirtschaftlicher Bauten und anderer Bauten in der Landwirtschaftszone wird gelockert. 2. Der Kanton setzt sich für eine möglichst flexible, liberale Regelung ein und nützt seinen aktuellen Spielraum vollständig aus.	Bauen ausserhalb der Bauzone wird in der Bundesgesetzgebung geregelt. Der Kanton Bern hat das ARE bei seinen Untersuchungen für eine Neuregelung als Pilotkanton unterstützt.	
Nr. 1.11	Dezentrale Zentralisierung Zusammengelegte Aufgaben und/oder Dienstleistungen sind unter Nutzung bestehender oder neu zu schaffender Infrastrukturen in den ländlichen Regionen und möglichst gleich verteilt über den Kanton anzusiedeln. Vorzugsweise werden die dezentral zusammengelegten Dienstleistungen in bestehenden Gebäuden des Kantons erbracht.	Bezirksreform tritt per 1.1.2010 in Kraft.	
Nr. 1.12	Entscheidungskompetenzen in den Regionen Kurze Entscheidungswege und kompetente Entscheidungsträger sollen rasche Entscheidungen – wenn möglich vor Ort – erlauben.	Auftrag erreicht (CB 2006)	Projekt ist realisierungsreif; Baubeginn voraussichtlich 2010.
Nr. 1.13	Sportstadion Berner Oberland Das Sportstadion Berner Oberland erfüllt die Voraussetzungen für Sportveranstaltungen auf hohem Niveau (FC Thun) und für die Durchführung von nationalen oder internationalen Grossanlässen. Das Leichtathletik-Stadion umfasst 10'000 Plätze.		
Nr. 1.14	Realisierung einer Fachhochschule für Tourismus und Wellness mit Einbezug möglicher Partner Gute Ausbildung in der Region und für die Region (Höhere Fachschule mit 20-50 Auszubildenden pro Stufe). Damit wird Qualitätssicherung, Nachwuchsförderung sowie Bindung an Arbeitsplatz gewährleistet.	Als Projekt der Strategie ländlicher Raum abgeschlossen, Markt- und Bedürfnisabklärungen Spa-Akademie laufen als NRP-Projekt weiter.	

Nr. 1.15	Nutzung der Kulturlandschaften		Status
Ziel	Kulturlandschaft und Artenvielfalt als unentbehrliches Potenzial für den Tourismus sind zu erhalten durch: 1. Unterstützung öff. Viehabsatzmärkte 2. Integration extensiver Bewirtschaftungsformen (Bio-, Mutterkuhhaltungsbetriebe etc.) im Verbund mit Erwerbskombinationen in allg. Förderungsmassnahmen 3. Anpassung Ökobeiträge an erschwerte Nutzungsmassnahmen der Hanglagen	Auftrag erreicht; Vollzug im Rahmen der LANAT-Strategie 2010. Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL	
Nr. 1.16	Tropenhaus Frutigen		
	Mit Abschluss der NEAT muss drainiertes Warmwasser aus dem Tunnel abgekühlt in die Kander eingeleitet werden. Das Wasser soll für den Betrieb einer neu zu erstellenden Produktionsanlage für Fische und spezielle Früchte sowie für Lehre/Forschung genutzt werden. Land in Landwirtschaftszone für Gewerbenutzung umzonen und Landabtausch mit VBS für Umzonung bewilligen.	Abgeschlossen Eröffnung Tropenhaus 21.11.2009	
Nr. 1.17	Wohnraum für den Generationenwechsel		
	Anpassung Richtlinien für Bauen ausserhalb der Bauzone und grosszügige Beurteilungspraxis durch LANAT und AGR. Damit wird in touristischen Gebieten einer Familie mit Erwerbskombination ab 0.3 Standardarbeitskräfte (SAK) eine Zweitwohnung als zonenkonform ermöglicht und somit der Generationenwechsel abgefedert.	Nicht realisiert, da ab 0.3 SAK undurchführbar (kein Gewerbe im Sinne des BGGB). In Absprache mit BLW und ARE soll Bauen für den Wohnbedarf gemäss Art. 34 Abs. 3 RPV inskünftig auch bei Gewerben im Sinne von Artikel 5 BGGB möglich sein. Das heisst im Kt. BE gestützt auf Art. 1 EV BGGB im Berg- und Hügелgebiet bei ≥ 0.8 SAK. Die definitive Rückmeldung ARE für diese neue Regelung steht zurzeit aus.	
Nr. 1.18	Koordinierte Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungspolitik in den Tourismusdestinationen		
	Für Tourismusdestinationen ist ein Programm zu entwickeln, welches hilft, touristische Investitionsvorhaben rasch zu realisieren und Bewilligungsverfahren zu erleichtern. Das Programm folgt dem ESP-Programm für die Wirtschaft.	Verzicht (CB 2006)	

Nr. 1.19	Bottom-Up Ansatz – Regio Speed	Den Akteuren in den Regionen sollen Möglichkeiten zur Entfaltung geboten werden. Dazu sollen eine Ideenbörse errichtet, die besten Projekte prämiert und Risikokapital auf privater Basis geäufnet werden.	Status
Ziel			
Nr. 1.20	Informationszentrum UNESCO Weltnaturerbe JAB	Das UNESCO Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn (JAB) soll weiterentwickelt werden. Im Umfeld des Weltnaturerbes sind ein zentrales oder mehrere dezentrale Informationszentren (im Sinne von Visitor-Centers) zu schaffen. Kanton fördert das Projekt bewilligungstechnisch und finanziell.	
Nr. 1.21	Flughafen Belp	Für den Flughafen Belp werden Rahmenbedingungen geschaffen, die langfristige Partnerschaften mit Fluggesellschaften ermöglichen und damit regelmässige Verbindungen in die wichtigen Metropolen Europas sicherstellen. Der Kanton sichert Projekt durch Anschubfinanzierung und Wirtschaftsförderung. Bei überproportionaler Entwicklung der Passagierzahlen und Wandlung in «Low-Cost-Carrier» bietet der Kanton finanzielle Absicherung.	
Nr. 1.22	Abbau Entwicklungshemmnisse	In ländlichen Regionen dürfen Schutzaspekte bei der Güterabwägung die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern. Übertriebene Schutzanforderungen sind abzubauen. Kantonale Vollzugsbestimmungen sind zu überprüfen und anzupassen, auf die Gesetzgebung soll Einfluss genommen werden.	Projektphase abgeschlossen; in den Führungsinstrumenten (Richtplan, Umsetzungsprogramm NRP) berücksichtigt.

Massnahmen Biel–Seeland

Nr. 5.1 Ziel	Dezentrale Grundversorgung im Gesundheitsbereich		Status
	Die Modernisierung der Akutspitäler für eine dezentrale Grundversorgung im ländlichen Raum ist zu gewährleisten (Spital Aarberg). Grundlage dafür ist die politische Intervention im Grosse Rat, um eine effizientere Bearbeitung und Umsetzung von Anträgen durch verwaltungsinterne Instanzen zu erreichen.	In Umsetzung Weitere Berichterstattung (Spitalstandort Aarberg der SNB AG) im Geschäftsbericht der Spital Netz Bern AG bzw., soweit nötig, im Geschäftsbericht GEF.	
Nr. 5.2	Koordination und Nutzung vorhandener Synergien		
	Aufbau von Koordinationsstellen für Spitex, Spitäler und Regionalheime zur Förderung der Koordination und Nutzung vorhandener Synergien.	Nicht realisiert: Bedarf nicht mehr nachgewiesen und Kosten im Verhältnis zum Nutzen zu hoch.	
Nr. 5.3	Neue Wohnformen für Leichtpflegebedürftige		
	Schaffung von speziellen Wohnformen für Leichtpflegebedürftige in privaten Haushalten.	In Umsetzung Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht GEF	
Nr. 5.4	Autobahnanschluss Studen		
	Der Autobahnanschluss Studen an das übergeordnete Strassennetz ist zu realisieren.	Bundesaufgabe Vgl. entsprechende Massnahme der Wachstumsstrategie 2004	
Nr. 5.5	A5-Umfahrung Biel und begleitende verkehrstechnische Massnahmen		
	1. Die A5-Umfahrung von Biel sowie verkehrstechnisch flankierende Massnahmen auf der Strecke «Lengnau-Büren-Lyss-Aarberg-Kerzers» soll rasch möglichst realisiert werden. Dazu ist der politische Druck zu erhöhen. 2. Die RVK soll sich für die weitere Attraktivierung des öV-Knotenpunktes Biel (Jura-Südfuss) und die Anbindung der Region an das internationale Bahnnetz einsetzen.	1. Baubeginn Ost-Ast: 2009; Inbetriebnahme voraussichtlich: Herbst 2016 West-Ast A5: in Planung. Voraussichtlich ist ein neues gene- relles Projekt zu erarbeiten. Entscheid voraussichtlich 2010 2. Vgl. Massnahmen 19 und 20 der wachstumsstrategie version 2007	
Nr. 5.6	Kombiverkehr und alternative Mobilitätslösungen		
	Prüfung, welche Mobilitätslösungen in den ländlichen Gebieten realisierbar sind, die nicht mehr durch den öV erschlossen werden.	In Umsetzung im Rahmen Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr Vgl. Massnahme 17 der wachstumsstrategie version 2007	

Nr. 5.7	Erhalt Personen- und Güterverkehr auf Bahnlinie Büren-Lyss-Lausanne	Die Bahnverbindung Büren-Lyss-Lausanne sowie ausreichende Güterverlademöglichkeiten entlang dieser Bahnlinie sollen aufrechterhalten werden (besondere Bedeutung für Transport Land- und forstwirtschaftlicher Güter wie Zuckerrüben, Holz etc.).	Umgesetzt
Nr. 5.8	Ablärung Konsequenzen für den Unterhalt der 40/44t-Regelung	Ablärung, wie auf die neue 40/44t-Regelung im ländlichen Raum betr. schnelleren Verschleiss der Gemeindestrassen und Flurwege für (landw.) Transporte zu reagieren ist.	Vgl. Massnahme 1.4
Nr. 5.9	Ausbildungsmöglichkeiten für Assistenzpersonal	Mehr Ausbildungsmöglichkeiten für das Assistenzpersonal im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen (für Langzeitbedarf, Kinderkrippen, Tagesschulen).	Auftrag erreicht: auf Sekundarstufe II Grundbildung Fachfrau/Fachmann Gesundheit (FaGe) für Langzeitpflege; Fachfrau/Fachmann Betreuung für Kinderkrippen und Tagesschulen; Projekt «Validierung» zur Nachqualifikation Erwachsener (ortsunabhängig). Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ
Nr. 5.10	Kulturkonferenz als Teil von seeland.bienne	Die zukünftige Kulturkonferenz ist eingebettet in die Struktur von seeland.bienne. Sie soll die Koordination der kulturellen Tätigkeiten und Institutionen über den ländlichen Raum der gesamten Region wahrnehmen und mit lokalen Netzwerkkoordinatoren vernetzen.	Kulturkonferenz wird Teil der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (Volksabstimmung für 2011 geplant, Aufnahme der Tätigkeit 2012).
Nr. 5.11	Strukturverbesserungen im Bildungsbereich	Die Entscheide für Schulzusammenlegungen sind unter Berücksichtigung der Gesamtkosten zu fällen, denn grössere Schulen bringen nicht unbedingt mehr Effizienz. Gedanke des New Public Management ist konsequent umzusetzen und Strukturen der Zentralverwaltung sind anzupassen. Für Berufe, die vorwiegend im ländlichen Raum ausgeübt oder aus grossen Einzugsgebieten rekrutiert werden, sollen die Ausbildungsstätten (Sekundarstufe II) in Zentren des ländlichen Raums angesiedelt werden (ESP-Standorte). Der Kanton soll Anreize für effiziente Schulen in der Weiterbildung schaffen. Die Förderungen sind so einzusetzen, dass sie im Sinne von Direktzahlungen die erwünschten Produkte (Kostenträger) unterstützen und nicht Schulen (im Sinne von Kostenstellen) finanzieren.	Daueraufgabe Umsetzung im Rahmen des Projektes »Berufsschulorganisation 08« Mittels Interkantonaler Fachschulvereinbarung Pauschalbeitrag für Bildungsangebote; bei kantonalen Angeboten erfolgt Finanzierung über Anbieter. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ

Nr. 5.12	Blockzeiten und Tagesschulen	Status
Ziel	Der Unterricht an der Volksschule erfolgt ab Schuljahr 2009/10 flächendeckend in Blockzeiten (fünf Vormittage mit Unterrichtsblocken à mind. vier Lektionen).	
Nr. 5.13	Änderung Art. 24 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG)	Auftrag erreicht mit der Revision des Volksschulgesetzes (2008) Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ
Der Artikel 24 soll dahingehend verändert werden, dass die bestehenden Bauernhausstrukturen zum Arbeiten und Wohnen/Freizeit umgenutzt werden können. In Vorbereitung auf diese Gesetzesänderung ist der politische Druck zu erhöhen.	Das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) wird aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung nicht total-, sondern teilrevidiert Vgl. auch Massnahme 1.10 Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht JGK	
Nr. 5.14	Kantonsübergreifende (teil-)regionale Raumentwicklung	Nicht realisierbar
Der politische Druck soll erhöht werden, damit die kantonalen Verwaltungen ihren Einfluss darauf verwenden, dass eine (teil-)regionale Raumentwicklung über die Kantons Grenzen hinweg möglich wird.		
Nr. 5.14a	Gemeindeübergreifende Zonenplanänderungen	Muss im Rahmen der Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte RGSK umgesetzt werden Vgl. Massnahme 23 der wachstumsstrategie version 2007
Block I: Es ist im Rahmen bestehender regionaler Strukturen zu prüfen, ob Zonenplanänderungen zukünftig über die Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht werden können. Damit können Kapazitäten erhöht werden. Block II: Die Delegation der Raumentwicklung an teilregionale Gremien ist ebenfalls zu prüfen.		
Nr. 5.15	Vereinfachung administrativer Prozesse im Bauplanungsbereich	15. Teilrevision BauG ist auf den 1. September 2009 in Kraft getreten.
Bezüglich Bewilligungsverfahren ist der Gewährleistung der wirtschaftlichen Existenz der Gesuchsteller eine hohe Priorität beizumessen. Die Verwaltungsverfahren i.S. Vereinfachung von Mitberichtsverfahren sind dementsprechend neu zu definieren und zu vereinfachen.		
Nr. 5.16	Pausenverpflegung mit regionalen Produkten	Verein «Das Beste der Region» hat Konzept und Handbuch zur Umsetzung erstellt. Mehrere erfolgreiche Gruppen im Emmental. Keine Umsetzung im Seeland
Schüler/-innen im Seeland sollen ganzjährig mit Pausenzwischenverpflegung, bestehend aus natürlichen Produkten des Seelands, versorgt werden. Grundlage dafür sind Kontakte mit Gemüse- und Fruchtproduzenten.		

Nr. 5.17	Förderung des Wissenstransfers zwischen Bildungsinstitutionen und Wirtschaft Ziel Die öffentliche Hand unterstützt Aus- und Weiterbildungsstätten des tertiären Bereichs nur noch, wenn laufend mind. zwei Projekte mit Wissenstransfer zwischen Aus- und Weiterbildungsstätten umgesetzt werden.	Nr. 5.18 Vermarktung und Produktion regionaler Produkte steigern Produkte der Region sind in der weiteren Umgebung zu promovieren um deren Marktanteil zu steigern. Organisationen zur Verbesserung der Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln und nachwachsenden Produkten sind auf- und auszubauen mit dem Ziel, das Produktionspotenzial vollständig und wirtschaftlich auszuschöpfen.	Nr. 5.19 Angleichung Produktionsbedingungen an EU-Raum Die Produktionsbedingungen und die gesetzlichen Voraussetzungen in der Land- und Forstwirtschaft sind an diejenigen der Konkurrenz aus dem EU-Raum anzugleichen.	Nr. 5.20 Verbesserungen im Umgang mit ökologischen Ausgleichszahlungen Ökologisch wertvolle Lebensräume sind in verbindlichen Plänen festzuhalten und die zur Erhaltung notwendigen finanziellen Mittel für Ausgleichszahlungen sind langfristig zu sichern.	Nr. 5.21 Förderung der Wertschöpfung im Tourismus Förderung der Alleinstellungsmerkmale (Drei-Seen, Zweisprachigkeit, HPM etc.) in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren und Leistungsträgern. Ausgestaltung bestehender und neuer kommerzieller Angebote. Der Auftritt soll gemeinsam koordiniert werden.	Status In dieser Form nicht umsetzbar. Tertiäre Bildungsstätten arbeiten laufend mit der Wirtschaft zusammen Vgl. Massnahme 2 der wachstumsstrategie version 2007 Umsetzung durch den Verein «Das Beste der Region» (DBR), bestehend aus 10 regionalen Vermarktungsorganisationen, davon 6 aus dem Kanton Bern, sowie den Bauernverbänden der Kantone Aargau, Bern und Solothurn Berichterstattung: DBR-Geschäftsbericht des Vereins «Das Beste aus der Region» Mehr Informationen: www.regionalprodukte.ch/das-beste-der-region Zuständigkeit Bund Umsetzung im Rahmen der Revisionen LKV, Verordnung über die Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft, sowie FTV, Verordnung über Beiträge an Trockenstandorte und Feuchtgebiete, in Kraft per 1.1.2009. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL Im Rahmen der Strategie Ländlicher Raum abgeschlossen; weitere Bearbeitung im NRP-Projekt «Weiterentwicklung von touristischen Angeboten im Seeland». Projekt wurde im Juni 2009 gestartet und wird mit CHF 160'000 gefördert.
------------------------	--	--	--	---	---	--

Nr. 5.22	Anerkennung von seeland.bienne als offizielle Tourismusregion		
Ziel	Das Seeland soll offiziell als Tourismusregion anerkannt werden. Damit wird das Zusatzeinkommen, welches der Tourismus generiert, erhöht.	Im Rahmen der Strategie ländlicher Raum abgeschlossen, Umsetzung im Rahmen NRP-Destinationsprojekt Jura/Drei-Seen-Land Vgl. Massnahme 10 der wachstumsstrategie version 2007	Status
Nr. 5.23	Kantonsübergreifende Koordination und Vernetzung im Tourismusbereich		
	Um das Drei-Seenland gegen aussen optimal als Tourismusdestination vermarkten und positionieren zu können, ist die Koordination und Vernetzung kantonsübergreifend auszugestalten (VD, FR, NE, SO, BE).	Vgl. Massnahme 5.22	
Nr. 5.24	Stärken-/ Schwächenprofil als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklungsstrategie		
	Um die zukünftige Entwicklungsstrategie für Gewerbe, Dienstleistungen und Industriebetriebe im ländlichen Raum neu zu definieren, soll ein Stärken-/ Schwächenprofil der Region seeland.bienne erstellt werden.	Auftrag erreicht (CB 2006)	
Nr. 5.25	Signet (Wertbekenntnis) «Région Francophile»		
	Schaffung eines Signets (Wertbekenntnis) «Région Francophile» mit dem die Anbieter bezeugen, dass französischsprachige Kunden willkommen sind.	Verzicht (CB 2006)	
Nr. 5.26	Koordination der Massnahmen (im Rahmen der Wachstumsstrategie)		
	Bei Durchführung der einzelnen Massnahmen ist auf deren Kompatibilität und Zielkonflikte zueinander Rücksicht zu nehmen. Die einzelnen Massnahmen sind zu vernetzen, um eine adäquate und ganzheitliche regionale Entwicklung des ländlichen Raums zu ermöglichen.	Daueraufgabe Die Abstimmung zwischen Massnahmen aus verschiedenen Strategien wird laufend angestrebt.	

Massnahmen Emmental

Nr. 2.1	Ausbau kantonales Kompetenzzentrum für Komplementär- und Alternativmedizin im Spital Langnau	Spital Langnau soll zum kantonalen Kompetenzzentrum für Komplementär- und Alternativmedizin werden. Die Bettenzahl ist bei steigender Auslastung schrittweise auf 30 zu erhöhen.	Status In Umsetzung; NRP-Projekt zum Betriebskonzept in Arbeit (Beitrag NRP gesprochen). Berichterstattung im Rahmen des Geschäftsberichts der Regionalhospital Emmental AG (RSE AG) bzw., soweit nötig, des Geschäftsberichtes GEF.
Ziel			
Nr. 2.2	Ausbau Betreuungsplätze in den Familien im ländlichen Raum des Emmentals	Für Menschen, die sich ein Leben in einem bäuerlichen Umfeld gewohnt und auf Betreuung angewiesen sind, sollen in ausreichender Zahl Betreuungsplätze in Familien als Alternative zu einem Heimeintritt bestehen. Der Bedarf ist im Vergleich zu Heimplätzen sehr gering (Nischenangebot).	Abgebrochen, da kein weiterer Bedarf
Nr. 2.3	Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) Zufahrt Emmental	ZMB als Voraussetzung für die Trasseesicherung und Bau in Etappen.	Umgesetzt (ZMB und Trasseesicherung) Für den Abschnitt Lyssach-Buchmatt wird ein Strassenplan erarbeitet. Der Kanton hat beim Bund die Aufnahme des Zubringers ins Nationalstrassennetz beantragt (im Rahmen Netzbeschluss).
Nr. 2.4	Stärkung des öffentlichen Verkehrs mit Bahn und Bus	Durch die Verbesserung des Bahn- und ergänzenden Busangebotes soll sichergestellt werden, dass die Agglomeration Bern und das Emmental optimal miteinander verbunden sind.	Umgesetzt (z.B. 30 Min-Takt nach Sumiswald im AGB 2010-2013) Daueraufgabe.
Nr. 2.5	Realisierung Bildungs- und Forschungsraum Emme	Vollständiges Ausbildungsangebot von der Sekundar- zur Tertiärstufe, ergänzt mit Massnahmen für Erwachsenenbildung und ausserfamiliäre Betreuungsangebote, Land- und Forstwirtschaft einschliessen.	Teilweise realisiert Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ
Nr.2.6	Erhöhung Anzahl Lehrstellen im Emmental	Aktive Nachwuchsförderung soll betrieben und die Anzahl Lehrstellen vor allem im Bereich Technologieberufe gefördert werden. Junge sollen animiert werden, wieder ins Emmental zurückzukehren.	Auftrag erreicht: Einsatz von Networker/-innen zur Lehrstellenförderung; Zusammenarbeit mit Organisationen der Arbeitswelt (OoAs). Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ

Nr. 2.7	Bereinigung Regionsperimeter Emmental	Status
Ziel	Der Regionsperimeter und die Teilregionenperimeter werden zusammen mit dem Kanton bereinigt und es wird ein einheitlicher Begriff «Emmental» verwendet als Basis für Kooperation und Koordination.	
Nr. 2.8	Förderung von Arbeitsplätzen im Emmental	
1. Ergänzend zu den ESP-A sollen weitere ESP-A mit grösseren Bauzonen ausgeschrieben werden. 2. Kanton soll Ausbau bestehender und Ansiedlung neuer KMUs im Hügelland und Berggebiet fördern.	1. Vgl. Massnahme 22 der wachstumsstrategie version 2007 2. Die kantonale Wirtschaftsförderung WFB hat in den Jahren 1998 bis 2008 in der Region Emmental 60 Unternehmen bei Ansiedlungen und Ausbauprojekten unterstützt.	
	Block I: An attraktiven Standorten soll das Wohnen gefördert und die Einwohnerzahl auch dezentral erhöht werden. Block II: Die Umnutzung von Gebäuden im ländlichen Raum soll möglich werden. Zielgruppe: Senioren.	
Nr. 2.10	Koordination raumwirksamer Massnahmen im Emmental	Status
Block I: Die Raum- und Ortsplanung wird gemeinde- und regionsüberschreitend koordiniert. Block II: Langfristig besteht im Emmental ein gemeinsamer Zonenplan und ein gemeinsames Baureglement.	Block I: Vgl. Massnahme 22 der wachstumsstrategie version 2007 Block II: Vgl. Massnahme 5.13	
	Umsetzung im Rahmen der künftigen Regionalkonferenz Emmental Vgl. Massnahme 23 der wachstumsstrategie version 2007	
Nr. 2.11	Marketing und Standortpromotion	Status
Nr. 2.12	Marketing und Standortpromotion für das Wohnen und Arbeiten im Emmental zur Steigerung der Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen.	
	Vermarktung Emmentaler Wasser	Umsetzung durch Verein «Region Emmental» Berichterstattung: Jahresbericht des Vereins Region Emmental www.region-emental.ch
	Durch die ausserregionale Vermarktung der Wasserversorgung und des Emmentaler Trinkwassers wird die Wertschöpfung des Rohstoffs Wasser gesteigert.	Nicht realisiert, keine Projektträgerschaft gefunden.

Nr. 2.13	Förderung der Wertschöpfung aus emmentalischem Rohstoff Holz	Unter der Führung des Emmentals soll ein «Holz-cluster» gegründet und die Steigerung der Wertschöpfung im Bereich Holz gefördert werden.	Status Das regionale Netzwerk «Holzenergie Emmental» ist aktiv, ebenso wie die Vermarktungsorganisation «Emmentaler Wald und Holz GmbH». Das Projekt «AURIGA», überbetriebliche Holzernte, wird umgesetzt.
Nr. 2.14	Stärkung Bildungs- und Beratungszentrum Inforama	Das Inforama Emmental Bäregg soll als Kompetenzzentrum im Hügel- und Berggebiet gestärkt werden. Damit werden Landwirtschaftsbetriebe unterstützt, ihre Produktion auf die Marktbedürfnisse und die Pflege des Kulturlandes auszurichten. Beratung für Landwirte und Berufsschule für Lehrlinge.	
Nr. 2.15	Förderung grossgewerblicher Käsestrukturen und kleiner, innovativer Milchverarbeitungsbetriebe	Grössere gewerbliche Käseereien und kleinere innovative, auf Spezialitäten ausgerichtete Milchverarbeitungsbetriebe sollen gefördert und in eine gemeinsame Struktur integriert werden.	
Nr. 2.16	Destinationskonzept Emmental	Erarbeitung und Umsetzung eines Destinationskonzepts Emmental zur Steigerung der Wertschöpfung, des Preisniveaus und der Angebotsqualität. Die Marke «Emmental» soll – u.a. durch verstärkte Zusammenarbeit – gesteigert werden.	

Daueraufgabe.
Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL

Umsetzung durch Verein «Region Emmental»
Vgl. auch Massnahme 10 der wachstumsstrategie version 2007

Massnahmen Gantrisch

Bedarfsgerechte Sicherstellung der Gesundheits(grund)versorgung		Status
Nr. 3.1	Ziel	
	Die Prinzipien und Grundlagen der Gesundheitsversorgung sind zu überprüfen, um die Gesundheits(grund)versorgung bedarfsgerecht sicherzustellen (inkl. Notfallversorgung, stationäre Grundversorgung, Spital Riggisberg).	Überprüfung abgeschlossen; siehe Versorgungsplanung 2007-2010 gemäss Spitalversorgungsgesetz. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht GEF
Nr. 3.2	Förderung von Holzenergie und Holz allgemein	Die Förderung der Holzenergie wurde in der Energiestrategie 2006 des Kantons Bern verankert.
Nr. 3.3	Erschliessung mit öV auch in der Fläche	Alle Linien sind bis jetzt erhalten geblieben. Rundkurs Gurnigel wieder eingeführt.
Nr. 3.4	Zugang zur Autobahn	Zweckmässigkeitsbeurteilung Bern und entsprechende Massnahmen liegen vor (keine Südtangente), Umsetzung: Bundeskompetenz.
Nr. 3.5	Erhalt und Ausbau Strassennetz und Infrastruktur	Erfolgt im Rahmen des Strassenbauprogramms 2009-2012 Vgl. Massnahme 18 der wachstumsstrategie version 2007
Nr. 3.6	Schlanke Anschlüsse an Fernverkehr	Umgesetzt Vgl. Massnahme 20 der wachstumsstrategie version 2007
Nr. 3.7	Attraktives Bildungsangebot	In Umsetzung Für Sekundarstufe II sistiert, Verkehrsverbindungen zu bestehenden Berufsfachschulstandorten gewährleistet. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ

Nr. 3.8	Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte für Wohnen		Status
Ziel	Im Rahmen der regionalen Richtplanung sind Schwerpunkte für die Bevölkerungs- und Wohnungsentwicklung zu definieren. Baureifes Bauland soll zur Verfügung gestellt und Wohnzonen in attraktiven Lagen sollen ausgeschieden werden.	Umsetzung im Rahmen der Massnahme 22 der wachstumsstrategie version 2007	
Nr. 3.9	Zusammenarbeit mit Agglomerationen und Nachbarregionen verbessern		
	Die Zusammenarbeit mit der Agglomeration und den Nachbarregionen soll durch regelmässige Mitarbeit in diversen Gremien verbessert werden.	Umsetzung im Rahmen der Massnahme 23 der wachstumsstrategie version 2007	
Nr. 3.10	Abbau entwicklungshemmender Vorschriften		
	Block I: Unter Federführung der Planungsverbände sollen die Bauvorschriften der Gemeinden harmonisiert werden.	Block I: Der Kanton Bern ist dem Konkordat für die Harmonisierung der Bauvorschriften beigetreten.	
	Block II: Entwicklungshemmende Vorschriften im Bau- und Raumplanungsgesetz sollen abgebaut werden.	Block II: Die Totalrevision des RPG ist in der Vernehmlassung durchgefallen, im Moment ist Teilrevision in Vorbereitung.	
Nr. 3.11	Aktionsprogramm «Nebenerwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft»		
	Nebenerwerbsmöglichkeiten im Bereich Gewerbe, Waldarbeit etc. für die Landwirtschaft sollen gefördert und vermittelt werden. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.	Umsetzung abgeschlossen Daueraufgabe im Rahmen LANAT-Strategie 2010 Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL	
Nr. 3.12	Leistungsvereinbarungen Landschaftspflege		
	Basierend auf Leistungsvereinbarungen soll mit gezielten Massnahmen im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion auch die Landschaft gepflegt werden.	Umsetzung im Rahmen der Revisionen LKV, Verordnung über die Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft, sowie FTV, Verordnung über Beiträge an Trockenstandorte und Feuchtgebiete, in Kraft per 1.1.2009. Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht VOL	
Nr. 3.13	Ansiedlung von 2 bis 3 Industrie- und Gewerbebetrieben		
	Ansiedlung von 2 bis 3 Industrie- und Gewerbebetrieben in der Region durch aktives Standortmarketing der Gemeinden, unterstützt durch die Wirtschaftsförderung.	Bisher nicht erreicht; ein Unternehmen (produktionsnahe Dienstleistungen) wurde angesiedelt.	

Nr. 3.14 Ziel	Erhalt Flughafen Belp Erstellen eines überregionalen Marketingkonzepts zwecks Erhalt des Flughafens Bern-Belp.	Wurde in die Massnahme 19 der wachstumsstrategie version 2007 aufgenommen.	Status
Nr. 3.15	Aufbau Regionalmanagement und der Regionalmarke Gantrisch Heutige Verbände sollen zu einem «Regionalmanagement» zusammengelegt werden. Die Organisation soll akzeptierte Strukturen erhalten und die «Regionalmarke Gantrisch» aufbauen.	Umsetzung über das Projekt «Regionaler Naturpark Gantrisch» sowie durch den Verein «Das Beste der Region» (Vgl. Massnahme 5.18) Weitere Berichterstattung: Jahresberichte des Vereins «Das Beste aus der Region» bzw., soweit nötig, Geschäftsbericht VOL.	
Nr. 3.16	Touristische Erschliessung Gantrischgebiet Das Gantrischgebiet ist möglichst ganzjährig touristisch zu erschliessen (öV, Schneeräumung). Dafür ist ein Konzept für die touristische Erschliessung zu entwickeln.	Abgeschlossen Betrieb Alpentälerbus aufgenommen.	
Nr. 3.17	Gemeinsame Tourismusplattform Tourismuskonzept nach Strategie prüfen; sofortige Umsetzung im Bereich Naherholung; Schaffen einer gemeinsamen Tourismusplattform.	Im Rahmen der Strategie ländlicher Raum abgeschlossen; Weiterbearbeitung im Rahmen des Postulates Schär P 136/2009 und Massnahme 10 der wachstumsstrategie version 2007.	

Massnahmen Oberaargau

Nr. 4.1	Spital Region Oberaargau SRO AG	
Ziel	Spitalregion wird den aktuellen Bedürfnissen angepasst und weiterentwickelt, um eine optimale Versorgung im Gesundheitsbereich anzubieten.	
Nr. 4.2	Stationäre medizinische Versorgung	
	Stationäre med. Versorgung wird bedürfnisgerecht über die Kantonsgrenzen durch interkantonale Zusammenarbeit organisiert und angeboten.	
Nr. 4.3	Stationäre psychiatrische Versorgung – Teilprojekt Psychiatrieplanung	
	Stationäre psych. Versorgung wird bedürfnisgerecht über die Kantonsgrenzen durch interkantonale Zusammenarbeit organisiert und angeboten.	
Nr. 4.4	Autobahnzubringer Oberaargau Süd, «Wirtschaftsstrasse Oberaargau»	
	Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) durchführen, Trasse rechtlich sichern.	
Nr. 4.5	Bildungszentrum Region Oberaargau (heute bzL)	
	In der Region soll ein umfassendes Ausbildungsangebot auf Sekundarstufe II geboten werden: 1. Ausbau Bildungszentrum in Langenthal mit Filialen in Herzogenbuchsee, Huttwil; Integration aller Schulen in BZ unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit. Zudem Umbenennung bzL in «Bildungszentrum Region Oberaargau BRO»; Förderung der regionalen Bedeutung und Einbindung; Integration kaufm. Berufsschule 2. Entwicklung regionaler Standort für Pflegeberufe (FAGE).	
Nr. 4.6	Bildungszentrum Region Oberaargau (heute bzL)	
	Interkantonales Bildungszentrum mit allen Schultypen der Sekundarstufe II in Region und laufender Ausbau/Aktualisierung des Bildungszentrums Langenthal sowie der Filialen Herzogenbuchsee und Huttwil.	

Status

In Umsetzung.
Weitere Berichterstattung im Rahmen der Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz, der Geschäftsberichte der SRO AG bzw., soweit nötig, des Geschäftsberichtes GEF.

In Umsetzung.
Weitere Berichterstattung im Rahmen der Versorgungsplanung gemäss Spitalversorgungsgesetz bzw., soweit nötig, des Geschäftsberichtes GEF.

Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen im Oberaargau realisiert
Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht GEF 2007

ZMB liegt vor, Trasse gesichert. Der Kanton hat beim Bund die Aufnahme des Zubringers ins Nationalstrassennetz beantragt (im Rahmen Netzbeschluss).

1. Teilweise erreicht. Das bzL mit Hauptstandort in Langenthal und Filialen in Huttwil und Herzogenbuchsee bestehen. Die Region hält aber am Namen bzL fest. Der Neubau des KV ist in Langenthal unmittelbar neben den anderen Schulen der Sekundarstufe II realisiert, womit die Integration des KV ins bzL verbessert werden konnte.

2. Die Ausbildung zur/zum Fachangestellten Gesundheit FaGe ist in Langenthal realisiert und in die Berufsfachschule Langenthal integriert.

Auftrag erreicht: Stärkung bzL im Rahmen des Projekts «Berufsschulorganisation 08» (BSO 08)
Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ

Nr. 4.7	Schulstrukturen Sekundarstufen I-II		
Ziel	Bedürfnis- nicht verwaltungsgerechte Organisation der Bildungsinfrastrukturen über die Kantonsgrenzen hinweg.	Weiterhin Handlungsbedarf: Interkantonale Zusammenarbeit mit umliegenden Kantonen in Diskussion Weitere Berichterstattung, soweit nötig: Geschäftsbericht ERZ	Status
Nr. 4.8	Steuerbelastungen für natürliche Personen		
	Für den Mittelstand/höhere Einkommen soll ein schweizerisch vergleichbares Steuerniveau geschaffen werden. Dazu sind die Möglichkeiten steuerlicher Anpassungen auf kantonaler und kommunaler Ebene auszuloten.	Abgeschlossen Vgl. Massnahme16 der wachstumsstrategie version 2007	
Nr. 4.9	Autobahnzubringer Oberraargau Süd, «Wirtschaftsstrasse Oberraargau»		
	Schaffung einer Spezialfinanzierung für den Gemeindeanteil an den Baukosten.	Hinfällig: Gemeinden zahlen aufgrund des neuen Strassengesetzes keinen Anteil.	
Nr. 4.10	Waffenplatz Wangen a. A. / Wiedlisbach		
	Infracenter Bern-Region Mittelland W.a.A. / Wiedlisbach im neuen Stationierungskonzept Armee; Vollausbau Kompetenzzentrum für Rettungstruppen mit Stärkung Logistik und vollwertiger Standort für Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverband.	Auftrag erreicht (CB 2006)	
Nr. 4.11	Designers Saturday		
	Designers Saturday in der Region halten und pflegen. Er ist Anlass für Initiativen in der Schweiz. Oberraargau wird zur Designregion.	Erreicht Durchführung alle 2 Jahre als Opendoors-Day für Unternehmen	
Nr. 4.12	doppelt aufgeführt		
	doppelt aufgeführt	Doppelt aufgeführt	

Nr. 4.13	Design Preis Schweiz	Design Preis Schweiz, wenn möglich zusammen mit Kanton SO, in der Region halten, konsolidieren und international positionieren. Design Preis hat nationale Bedeutung in allen Design Aspekten. Oberaargau wird zur Designregion.	Status Durchführung alle 2 Jahre, gemeinsam mit dem Kanton Solothurn; Preisvergabe in Solothurn (2007) und in Langenthal (2009). Zukunft offen wegen Problemen bei der Finanzierung.
Ziel			
Nr. 4.14	Design Center AG (DC AG)	Durch die Stärkung der DC AG soll Design als Faktor für die Standortpromotion gefördert werden (Überprüfung Strategie, Angebote, personelle Zusammensetzung etc.). Oberaargau als Designregion.	
Nr. 4.15	Design Center Alte Mühle Langenthal	Das Design Center soll reaktiviert werden (Überprüfung Strategie, Angebote, personelle Zusammensetzung etc.). Oberaargau als Designregion.	
Nr. 4.16	Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern	Vergrößerung des Handlungsspielraums für Firmen, Abbau Vorschriften zur Förderung der Ansiedlung von Betrieben durch Massnahmenpaket (Verbesserung Steuerbedingungen, infrastrukturelle Einbindung der Region, Servicequalität und Wirtschaftsverständnis in öff. Diensten; Liberalisierung ktn. und komm. Gebührenregelung etc.; Perfektionismus bei den behördlichen Auflagen vermeiden [Vergleich mit den Nachbarkantonen]).	Nicht erreicht. Die Liegenschaft Alte Mühle wurde von Stadt Langenthal übernommen und ist deshalb nur noch nutzbar für Anlässe, aber nicht als Standort des Design Centers. Daueraufgabe der Wirtschaftspolitik.

Anhang 4: Planungserklärungen

Vom Grossen Rat bei der Beratung der wachstumsstrategie version 2007 überwiesene Planungserklärungen, 14. Juni 2007.

Planungserklärung

Es wird eine stärkere Vernetzung des Vollzugs der Massnahmen gemäss dem vorliegenden Bericht, der Wachstumsstrategie und der Bildungsstrategie gefordert. Die jeweiligen Controllingberichte sind aufeinander abzustimmen.

Stand

Der Controllingbericht zur wachstumsstrategie version 2007 informiert über die Umsetzung der 30 Massnahmen. Die Bildungsstrategie ist Teil der Massnahme 1 «Gute Bildungsqualität anbieten».

Die Bildungsstrategie definiert die strategischen Ziele und die geplanten Massnahmen in einem systematischen Zusammenhang. Sie wird in einem Rhythmus von vier Jahren im Hinblick auf die Legislaturziele überprüft, den aktuellen Verhältnissen angepasst und dem Grosse Rat in Form eines Berichts zur Stellungnahme unterbreitet. Der Grosse Rat hat diesen Bericht in der Septembersession 2009 zur Kenntnis genommen.

Die Berichterstattung zur Wachstumsstrategie und zur Bildungsstrategie ist inhaltlich abgestimmt.

Weiteres Vorgehen

Die Berichterstattung zu den Massnahmen der Wachstumsstrategie 2004 sowie zur Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums wird mit dem vorliegenden Bericht abgeschlossen. Das Controlling über die Umsetzung der Massnahmen der wachstumsstrategie version 2007 erfolgt im Rahmen der Geschäftsberichte der Direktionen. Die Bildungsstrategie wird 2013 einem Controlling unterzogen.

Abschreibung

Planungserklärung

Vor der Realisierung neuer Verwaltungsbauten ist ein Nutzungskonzept bzw. Desinvestitionskonzept für nicht mehr genutzte Gebäude zu verabschieden.

Stand

Die Planungserklärung verlangt den wirtschaftlichen Umgang mit den kantonseigenen Gebäuden. Beim Betrieb der Liegenschaften fordert dies die optimale Nutzung der Gebäude und bei der Entwicklung des Liegenschaftsbestandes eine wirtschaftliche Wertschöpfung bei Investitionen und Desinvestitionen. Mit den vom Regierungsrat beschlossenen Strategischen Grundsätzen für das kantonale Immobilienmanagement wird dies sichergestellt. Diese Kriterien gelangen für jede Investition und damit auch jede Investition für Verwaltungsbauten zur Anwendung.

Für die aufgrund der Reform der dezentralen Verwaltung und der Justizreform nicht mehr benötigten Gebäude ist ein Desinvestitionskonzept in Umsetzung.

Weiteres Vorgehen

Die Umsetzung der strategischen Grundsätze für das kantonale Immobilienmanagement ist eine Daueraufgabe.

Abschreibung

Planungserklärung

Es ist Handlungsspielraum für weitere im interkantonalen Vergleich notwendige Senkung der Steuern für natürliche Personen zu schaffen.

Stand

Die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre führten im Kanton Bern zu einer Erweiterung des finanzpolitischen Handlungsspielraums. So wurden in den Jahren 2007 und 2008 weitere Schulden in der Höhe von über 300 Mio. Franken abgebaut. Gleichzeitig konnten im Rahmen der Steuergesetzrevision 2008 sowie mit dem einmaligen Steuerrabatt 2008 Verbesserungen im Steuerbereich erzielt werden. Auch die Steuergesetzrevision 2011 wird zu weiteren steuerlichen Entlastungen führen. Die seit Herbst 2008 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise schränkt den finanzpolitischen Handlungsspielraum in Zukunft indessen stark ein. Aus diesem Grund konzentrieren sich die finanzpolitischen Anstrengungen des Regierungsrats in den Jahren 2009 und 2010 primär auf die Verhinderung einer Neuverschuldung.

Weiteres Vorgehen

Abschreibung

Planungserklärung

Die raumplanerischen und verfahrenstechnischen Abläufe bei der Erweiterung von bestehenden oder bei der Ansiedlung von neuen Wirtschaftsbetrieben sind weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Stand

Die Anliegen sind in die Teilrevision des Baugesetzes (BauG, in Kraft seit 1.9.2009) eingeflossen.

Weiteres Vorgehen

Abschreibung

Planungserklärung

Der Kanton Bern schafft im Steuersystem weitere positive Anreize zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Stand

Im Rahmen der Steuergesetzrevision 2008 (gestaffelt in Kraft gesetzt per 1.1.2009 bzw. 1.1.2010) ist eine spürbare Entlastung von Familien realisiert worden, insbesondere durch die Erhöhung der Kinderabzüge.

Weiteres Vorgehen

Abschreibung